

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze 4/6, durch die Expedition der „Volkswacht“: Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Sigarenngeschäft Reichelt, Wallstraße 140, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. Postpreis freibrieflos. Bezugpreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bestellung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Anstaltsdirektion: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3161.
Postfach-Ronto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf., auswärts 45 Pf., Stebenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleihen, Besammlungs- und Wohnungsanzeigen 3 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fette Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Berständigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschluß der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlussfolgerungen der Berichte der Sachverständigen beitrifft;
2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlussfolgerungen und des Textes der Berichte die Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Reparationskommission zu übermitteln, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Organisationskomitees betreffend die Eisenbahn und die Industriehypothek, wie sie in dem Bericht des Sachverständigenkomitees vorgesehen sind, vertreten sollen;
5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Organisationskomitees zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zuzuschicken;
6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Versicherungen zum Trotz, die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgelegenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in keiner heftigen Form nur ein sehr geringes Interesse hat. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem verlangten Verzicht Frankreichs auf seine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu entziehen, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zusammenziehung der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend darauf hingewiesen, daß, nachdem Amerika den Versailler Vertrag nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Gläubigerstaaten Deutschlands zähle, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südkorea, die einen berechtigten Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Botschafter habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Waldeck unternommen und nach Auffassung der französischen Regierung könne ein offizielles Erlauchen dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht abgelehnt werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südkoreas in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmgleichheit die Präzisionsstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ andeutet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kompetenz der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Plan der Sachverständigen aufgestellten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Souveränität der deutschen Regierung über die besetzten Gebiete hinauschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsbank, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchzuführen kann, ohne die hindernisse zu überwinden, die durch Erfüllung der ihm in diesem Programm vorgeschriebenen Bedingungen die Voraussetzung dazu schafft. Die französische Taktik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayrischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayrische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigenurteilen gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Knilling nachstehende Bayrische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtssubjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen sei darüber hinaus auch noch die vollwertige Verpfändung vor. Veräußerung wie Verpfändung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayrischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Vorausgenommener Genehmigung der bayrischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Änderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht aufzwingen. Werde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn für wieder Beschäftigung des bayrischen Staates. Es erscheine notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die völkische „Medienburger Warte“:

Wie wir aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die thüringische (soll wohl heißen: bayrische) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichstabinet über die Antwort an die Repto dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenurteile als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinetspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmanövern der Deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutsch-nationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landbundes Westfalen-Schwerin, dessen Vorsitzender Eggelsen Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Belange der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisse wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumköpfern und Talspieldarstellern aus der Nähe so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogiert. In Thüringen, in Medienburg kommen die deutsch-nationalen Regierungskandidaten aus dem Wadeln gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden? Wie lange könnte ein solches Possenspiel überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk kosten?

Auch Helfferich und Quag in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Nummer erstens eine Erklärung des Reichslandbundes, zweitens einen Artikel Helfferichs und weiter einen Artikel von Quag, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Vorkämpfer der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quag gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Klünder und Wypfen, was für die schwerindustriellen Nationalliberalen Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am härtesten geht, entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Medienburg, der der Annahme zustimmte, Helfferich ins Zeug, der seinen Aufsatz „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlussfolgerung kommt:

„Seite nach acht Monaten einer Politik unbedingten Verständigungswillens stehen wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einschnittspitze der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Fluß der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Furch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelafet und das deutsche Volk hart an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluß wieder von neuem auf sich läßt.“

Das ist Helfferichs Geist. Die Ausschichten für die Befreiung des besetzten Gebietes sind durch die Vorkämpfer der Sachverständigen wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig zerstört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenurteile die diplomatische Aktion Englands und Frankreichs vereiteln würde. Die Rechte verliert, die Verhandlungen abermals zu sabotieren.

Politische Ostern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterglauben für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Auferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Mätern die „völkische Auferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegenstand ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extremste aller pazifistischen Lehren für die politischen Machtkämpfe auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstoßen muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volkssymbolen vom Hasen und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Lasten, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtswidrige Befehlsmacht der wichtigsten deutschen Wirtschaftsgebiete ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigenurteile für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchsetzter Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helft euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Keime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. In der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Rückwirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verständigung erfüllen, die uns die Beschlüsse dieser Ostertage vorheilen haben!

Belgien für eine Alliertentagung.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen an Konferenzen zu eröffnen.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverkehr?
Ist eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Odrau ist so gering, daß die Spannung in den Röhren von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wirren in Oberschlesien halten also das städtische Elektrizitätswerk und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Räumerverbrauch sparsamer werden sollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller übrigen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 1. Weltkriegs. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51. Kasernen, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichende Zwecke reserviert bleiben muß. Es sei den Veranstalterinnen offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnernde Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100.000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Gegen die Zuziehung der Betriebsobleute zu den Deputationsitzungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Hinzuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Hinzuziehung doch erreicht, und die Betriebsobleute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Laternen der Straßenbeleuchtung zu Reklamezwecken zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die Laternenlosen Kandelaber wirken noch übler, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Kostenträgerarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Zukowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum maß bei dieser Gelegenheit dem Pfingstentag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindestermittelte wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptkosten von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber meist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeblicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirkswohnungsamtmanns von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Behauptungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergabe von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstantz erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Wohnungsverhältnisse als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheiß von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel schrie.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Töbler vier bürgerlichen Arbeitervereine ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterverein Gelände zur Errichtung eines Boothauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Mündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbauens wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationalen Demagogie. Die deutschnationalen schwingen regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldwertverfallung, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteidigen sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupten, nur Schieber könnten sich bei diesen Preisen noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewalttätig-wirtschaftlichem Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldwertverfallung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hätten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschauermangel mehr kranke. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot gerodet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, hielten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verkehrten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldwertverfallung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostensteigerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadtvater Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Wagner in Berlin-Kaumitz und Reichstagspräsident Lohé war es gelungen, den Fürsten Hagefeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagefeldt diejenigen Erinnerungsstücke auszuliefern, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die An- gleichung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtendienstentgelt vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßiger vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereine wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenchaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeinbedürftigen.

Die Einführung einer Wohnungsluzussteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person hießen nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badestube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badestube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungsluzus. Jede Steuerermäßigung mußte mit dem Vorbehalt ausgesprochen werden, daß die Steuerpflichtigen für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkinder und für Schulspendungen wurden am 20. Juni 1922 537.000 Mark bewilligt.

Der Rathenauer wurde veranlaßt die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Mördern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Fest in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennend über die sachliche Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Notstandsversammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besondern Notstandes eingegriffen hat.

Im Gebetsstube Ferdinand Lassalles am Karfreitag wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schatz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200.000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmittel und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Verammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 19. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Sonntag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke lag unter dem raschen Währungsverfall ins Ungemeine. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterstützungssätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Potancars die Ausfuhr seiner Ruhrgeleise. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3.600.000 verließ sie endlich am 14. August 1922 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war zu ritterlich; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Abwendung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Notwendigkeit herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst veran. Phantastische Summen mußten zur Unterhaltung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die gern durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch die verlustiger Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Beklemmung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reichsbürgerliche Regierung durch Beamtenabgabe und Herabminderung aller Unterstützungen das ganze Volk auf die unteren Schichten geworfen. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Gesundungsprozeß, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unnatürliche Maßnahme noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40.000 Arbeitslose vorhanden, denen die reichsbürgerliche Regierung Marx nur 1,68 Mark bis höchstens 6,03 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubte. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notstandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzuwirken. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Räumerverbrauch auf einen Beschäftigten von 1.825.000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Höhepunkte erreicht. Der Magistrat suchte aus begreiflichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und der Betriebswerten aufzuheben, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschloßen, Müllfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20.000 Mark geliehen und der Sterbefälle der Beamten ein jinsoltes Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226.000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50.000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trübseligen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für zweckdienlicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfänglicher Bericht von Vertretern des deutschen Städteverbandes erschienen, und die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen ständig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Grandauer Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Miethilfemission beschloßen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechsmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch fernerhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier daselbst gestatten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss

für Alt und Jung



ist stets
OETKER
AUS DR. OETKER'S
Mit Milch oder eingemochten Früchten, Pflaumen oder Trüffel, nicht haltbar & gesund.



zur
PUDDING
PUDDING-PULVER
Der Zusatz von kochenbildenden Salzen macht ihn zu einem der vorragenden Kindernahrungsmittel.



Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverkehr? lautet eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Erbstohle aus Wärsch, Ostau ist so gering, daß die Spannung in den Röhren von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wärsen in Oberschlesien hatten also das höchste Heizwertverhältnis und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Räumerverbrauch wolle, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 1. Weltkriegs. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 11er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichende Zwecke reserviert bleiben muß. Es sei den Veranstalter öffentlichlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 13. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnrührende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiepfand für die Gerhart Hauptmann-Festschmiede bewilligt.

Gegen die Zuziehung der Betriebsoblieue zu den Deputationsitzungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zuziehung doch erreicht, und die Betriebsoblieue haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Laternen der Straßenbeleuchtung zu Reklameszwecken zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Kandelaber müßten noch höher, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Koststandsarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Bujakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum maß bei dieser Gelegenheit dem Faschistentag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindeermittel wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrling, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptkosten von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber zuweilen in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Wohnungsamtsleiters von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Begründungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstanz erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationale Wohnungsziehung als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheulen von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel schrie.

Gegen die Zuziehung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Töpler vier bürgerlichen Rubergesellschaften ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterruberverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbauens wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationale Demagogie. Die Deutschnationalen schränkten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber erflehten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich bei diesen Preisen noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewaltig wirtschaftlichem Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschau mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot getreten worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, hielten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verletzten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig beschlossen“, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 20 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadtvordneter Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürfen, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Mancy in Berlin-Lautwig und Reichstagspräsident Löbe war es gelungen, den Fürsten Haxfeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Haxfeldt diejenigen Erinnerungsgeldausgaben, die von Ferdinand Raffalle stammen und die der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angliederung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtenstellenkontingent vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegengekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenchaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeinbedürftigen.

Die Einführung einer Wohnungsluzussteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person diejenen nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badestube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badestube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungsluzus. Jede Befreiungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschlossen. So sorgten die Besühenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulspellungen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenauer wurde veranlaßt die Station zu dem Antrage, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Mördern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Feyer im Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feyer hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkend über die schätzbare Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Koststandsversammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Koststandes eingegriffen hat.

Im Geburtshause Ferdinand Lassalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schuß genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Montag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke lag unter dem raschen Währungsverlust ins Ungemeine. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterhaltungsätze für die

Kostleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Poincaré die Ausfuhr seiner Ruhestück. Bei einem Dollarstande von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarstande von 800 000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war zutiefst niedergeschlagen. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Unterzung auch nur den äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst veran. Phantastische Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die ganz ihre Arbeit als allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekümmertnis. Mit Gewalt wurde eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabbau und Herabminderung aller Unterhaltungen das ganze Geld auf die unteren Schichten gewandt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Gesundungsprozeß, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unnatürliche Verhältnisse noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die rein bürgerliche Regierung Marx nur 1,88 Mark bis höchstens 6,08 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweiligen Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Koststandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einkumfieren. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Räumerverbrauch auf einen Gehälter von 1 825 000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Höhe erreicht. Der Magistrat suchte aus begründeten Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und den Betriebswerten aufzuhelfen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Rückfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sierbekasse der Beamten ein ginstiges Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Koststandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien legt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für ausbleibender angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städteverbandes erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Grandhotel-Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Ausschussentwurf beschaffen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechzigmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in vorwiegend bewußten Händen gelegen, möge das auch femerhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste leisten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

ist stets **OETKER-AUS DR. OETKER'S** Mit fischen oder eingemachten Früchten, Rhabarber oder fruchtig aromatisch u. gesund.



zu **PUDDING PUDDING-PULVER** Der Zusatz von knochenbildenden Salzen macht ihn zu einem der vorragenden Kindernahrungsmittel.

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Expedition der „Volkswacht“ Neue Grauerstraße Nr. 6, durch die Zweigstellen: Magdeburgerstraße 140, sowie durch alle Postämter zu beziehen. Preis pro Vierteljahr 1.70 Goldmark. Bei Bestellung im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bestellung in Papiermarkt nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Telegraphisch-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postfach-Nr. 1010. Postfach-Amt Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärtig 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verzeichnisse, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 3 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fette Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Verständigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschluß der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlußfolgerungen der Berichte der Sachverständigen beitrifft;
2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlußfolgerungen und des Textes der Berichte die Geleis- und Verordnungsentwürfe der Reparationskommission zu übermitteln, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Organisationskomitees betreffend die Eisenbahn und die Industriehypothek, wie sie in dem Bericht des Sachverständigenkomitees vorgesehen sind, vertreten sollen;
5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Organisationsauschüsse zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zuzustehen;
6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Versicherungen zum Trotz, die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgeschlagenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in keiner heftigen Form nur ein sehr geringes Interesse hat. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem vorliegenden Bericht Frankreichs auf keine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu entscheiden, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zusammenziehung der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend darauf hingewiesen, daß nach dem Verfall der Vertrag nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Ständigenvertretern Deutschlands wählte, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südafrika, die einen berechtigten Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Vorschlag habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Palancares unternommen und nach Auffassung der französischen Regierung könne ein offizielles Erlauchen dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht absehbar bleiben werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südafrikas in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmengleichheit die Präzisionsstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ andeutet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kompetenz der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Plan der Sachverständigen aufgestellten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität der deutschen Regierung über die besetzten Gebiete hinausschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsbank, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchzuführen könne, ohne die ständige Unterstützung, daß Frankreich durch Erfüllung der ihm in diesem Programm vorzulegenden Bedingungen die Voraussetzung dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayrischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayrische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigenentwürfen gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Knilling nahegelegene „Bayrische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtssubjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen sei darüber hinaus auch noch die vollwertige Verpändung vor. Veräußerung wie Verpändung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayrischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Voraussetzungen durch den bayrischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Änderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht aufzwingen. Würde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn wieder Besitz des bayrischen Staates. Es erhebe sich notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die völkische „Medienburger Warte“:

Wir aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die thüringische (soll wohl heißen: „bayrische“) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichsamt über die Antwort an die Repts dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenentwürfe als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen. Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinettspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmännern der deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen? Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutschnationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landbundes Mecklenburg-Schwerin, dessen Vorsitzender Erz. Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Belange der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisselei wieder einmal über Bord geworfen werden!

Auch Helfferich und Quaaß in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Nummer erstens eine Erklärung des Reichslandbundes, zweitens einen Artikel Helfferichs und weiter einen Artikel von Quaaß, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Vorklage der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quaaß gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Klägern und Wäffeln, was für die schwerindustrialisierte Nationalliberale Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am härtesten geht, entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Mecklenburg, der der Annahme zustimmt, Helfferich ins Zeug, der seinen Aufsatz „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlußfolgerung kommt:

„Seute nach acht Monaten einer Politik unbedingten Verzichtenswärtens treten wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einheitsfront der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hart an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch wieder von neuem auf sich lädt.“

Das ist Helfferichs Geist. Die Ausschichten für die Befreiung des besetzten Gebietes sind durch die Vorklage der Sachverständigen wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig zerstört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenentwürfe die diplomatische Aktion Englands und Amerikas vereiteln würde. Die Rechte verlor, die Verhältnisse abermals zu sabotieren.

Politische Ostern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterglauben für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Auferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Blättern die „völkische Auferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegenatz ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extremste aller pazifistischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstößen muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volkssymbolen vom Hasen und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wissenschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Lasten, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtswidrige Befehung wichtigster deutscher Wirtschaftsgebiete ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigenentwürfe für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchsetzter Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helft euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Reime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Auswirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verkündung erfüllen, die uns die Völkische dieser Osterzeit verhelfen haben!

Belgien für eine Alliertent Konferenz.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen an Konföderation zu eröffnen.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverkehr?
 lautet eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Erbstohle aus Mährisch-Ostau ist so gering, daß die Spannung in den Röhren von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wägen in Oberschlesien halten also das künftige Elektrizitätswerk und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Räumereparatur wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller übrigen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 1. Weltkriegs. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichende Zwecke reserviert bleiben muß. Es sei den Veranstalter öffentlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 13. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung kürzlichen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnernde Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer gekübeln wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100.000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festschule bewilligt.

Gegen die Zuziehung der Betriebsoblieue zu den Deputationsleistungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Hinzuziehung widerzogen werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Hinzuziehung doch erreicht, und die Betriebsoblieue haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Fortschritte machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Laternen der Straßenbeleuchtung zu Kellern zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die Laternen Kandelaber müßten noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehn von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Kostenträger an. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Bujakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum muß bei dieser Gelegenheit dem Pfingstsonntag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mietwohnungen wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrling, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptteil der Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber zumeist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeblicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirkswohnungsamts von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Verfügungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergabe von Wohnungen begangen hatte. In der Berufung erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationale Wohnungsziehung als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggelehrten von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel schrie.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Lobler vier bürgerlichen Arbeitervereine ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaus wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trägt die deutschnationale Demagogie. Die deutschnationalen schwänzten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteidigten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich bei diesen Preisen noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewirtschaftlichen Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besetzt gewesen, daß es fast gar keinen Zuschau mehr brachte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot getreten worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, hielten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig beschlossen“, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbaubewilligt. Der demokratische Stadtvater Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Wancz in Berlin-Lautzig und Reichstagspräsident Löbe war es gelungen, den Fürsten Hagefeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagefeldt diejenigen Erinnerungsgeld auszuliefern, die von Ferdinand und Raffaele stammen und die der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angelegenheit der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtenstelleneinstellung vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegengekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenvereinigungen gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeinbedienten.

Die Einführung einer Wohnungsluzussteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person diejenen nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badstube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungsluzus. Jede Steuerermäßigung muß damit von vornherein ausgeschlossen sein. So sorgten die Besessenen für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulspendungen wurden am 20. Juni 1922 537.000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Mördern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Fest in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkend über die sechste Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Kostensparungsverammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Kostensparungsbeschlusses fähig war.

Im Geburtshaus Ferdinand Lassalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gemahlung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200.000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 19. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Sonntag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke hing unter dem raschen Währungsverfall ins Ungeheuer. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterstützungsätze für die

Kostleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Poinecaré die Ausfuhr seiner Ruhestellen. Bei einem Dollarstande von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarstande von 800.000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war zutiefst niedergedrückt; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Einziehung auch nur der äußersten Not Verwendung finden müßten, ohne daß diese Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst veran. Phantastische Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die gern durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten, die gern durch ihre Arbeit bei verletzter Arbeitslosigkeit Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitslosigkeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnung zellen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekämpfung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabwahl und Herabminderung aller Unterstützungen das ganze Volk auf die unteren Schichten gedrückt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Gesundungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unnatürliche Notstände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40.000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,88 Mark bis höchstens 6,08 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubte. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweiligen Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Beheizung und Schuhwerk solche zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notstandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einkommen. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Räumereparatur weist auf einen Heizverbrauch von 1.828.000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Kohlenvorräte eingebüßt. Der Magistrat suchte aus begründeten Gründen das Notwendigste abzubauen, und der Betriebswerten aufzuhelfen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum herabgesetzten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschaffen, Rückfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20.000 Mark geliehen und der Stierbefälle der Beamten ein ginsloses Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226.000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50.000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trübseligen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit der dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für unannehmlicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städtetages erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterhaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Grandhotel-Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Fraktionemittelpunkt beschaffen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechsmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewussten Händen gelegen, möge das auch fernerhin so bleiben, und mögen geregeltere Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

ist stets **OETKER** AUS DR. OETKER'S

Mit frischen oder eingemachten Früchten, Pflaumen oder Fruchtsaft nahrhaft u. gesund.

zu **PUDDING** PUDDING-PULVER

Der Zusatz von kochenbildenden Salzen macht ihn zu einem der vorragenden Kindernahrungsmittel.



Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Expedition der „Volkswacht“ Neue Braunstraße Nr. 6, durch die Zweigstelle: Hauptstraße 14/15, sowie durch alle Ausverkäufer zu beziehen. Preis pro Vierteljahr 1,70 Goldmark, bei Vorzahlung 1,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bestellung in Papiermarkt nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsgesellschaft „Volkswacht“ Dresden 2
Telegraphisch-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Adresse: Postfach-Nummer Dresden Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je 20 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Kamillenanzeigen, Stellenangebote, Verleihen, Veräußerungen und Wohnungsanzeigen 3 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fette Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Verstädigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschluß der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

- 1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlussfolgerungen der Berichte der Sachverständigen beitrifft;
- 2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
- 3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
- 4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlussfolgerungen und des Textes der Berichte die Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Organisationskomitees beizutreten die Eisenbahn und die Industrie beizutreten, wie sie in dem Bericht des Sachverständigenkomitees vorgesehen sind, vorzulegen sollen;
- 5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Organisationsausschüsse zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zuzustehen;
- 6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Versicherungen zum Trotz, die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgelegenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in keiner Weise interessiert ist. Sie hat nur ein sehr geringes Interesse. Sie hat eine Reihe von Vorarbeiten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem verlangten Bericht Frankreichs auf seine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu beziehen, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zusammenziehung der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend dargelegt, daß, nachdem Amerika den Versailler Vertrag nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Gründungsstaaten Deutschlands zähle, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südafrika, die einen berechtigten Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Vorkämpfer habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Poincaré unternommen und nach Auffassung der französischen Regierung könne ein offizieller Erlaß dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht abgelehnt werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südafrikas in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmgleichheit die Präzisionsstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ andeutet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kommission der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Plan der Sachverständigen aufgestellten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Souveränität der deutschen Regierung über die besetzten Gebiete hinausschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsbank, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekalen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchzuführen könne, ohne die fällige Zustimmung, daß Frankreich durch Erfüllung der ihm in diesem Programm vorgeschriebenen Bedingungen die Voraussetzung dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayrischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayrische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigenentwürfen gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Knilling nahegelegene „Bayrische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtssubjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen sei darüber hinaus auch noch die vollwertige Verpfändung vor. Veräußerung wie Verpfändung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayrischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Voraussetzungen durch den bayrischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Veränderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht aufzwingen. Würde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn wieder wissentlich durch den bayrischen Staat verletzt. Es erhebe sich notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die völkische „Meditation“:

Wie wir aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die thüringische (soll wohl heißen: „bayrische“) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichskabinett über die Antwort an die Repts dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenentwürfe als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinettspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmanövern der Deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutsch-nationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landbundes Mecklenburg-Schwerin, dessen Vorkämpfer Erz. Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Belange der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorzuzieht, zugunsten einer faulen Regierungskompromisselei wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumköpfern und Lachspielern aus der Nähe so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogiert. In Thüringen, in Mecklenburg kommen die deutsch-nationalen Regierungsschläger aus dem Wadeln gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Rollenpiel überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk kosten?

Auch Hefferich und Quaaß in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Nummer erstens eine Erklärung des Reichslandbundes, zweitens einen Artikel Hefferichs und weiter einen Artikel von Quaaß, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Vorkämpfer der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quaaß gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Käufern und Woffen, was für die schwerindustriellen Nationalliberalen Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am härtesten geht, entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Mecklenburg, der der Annahme zustimmt, Hefferich ins Zeug, der seinen Auftrag „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlussfolgerung kommt:

„Seite nach acht Monaten einer Politik unbedingten Verstandungsweidens treten wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einheitsfront der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hat an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch wieder von neuem auf sich lädt.“

Das ist Hefferichs Geist. Die Ausschichten für die Befreiung des besetzten Gebietes sind durch die Vorkämpfer der Sachverständigen wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig zerstört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenentwürfe die diplomatische Aktion Englands und Amerikas vereiteln würde. Die Rechte verliert, die Verhängung abermals zu sabotieren.

Politische Ostern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterglauben für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Auferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Blättern die „völkische Auferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegenstand ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extremste aller pazifistischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstößen muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volkssymbolen vom Hasen und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Lasten, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtswidrige Befehlsmacht der Wirtschaftsgewalt ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigenentwürfe für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchsektor Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helft euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Reime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Auswirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verfindigung erfüllen, die uns die Vorkämpfer dieser Osterzeit verhelfen haben!

Belgien für eine Alliertentagung.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die kritische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen an Konferenzen zu eröffnen.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverleiher?
Istete eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Odrau ist so gering, daß die Spannung in den Leitern von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Leitern in Oberschlesien hatten also das doppelte Elektrizitätswert und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Räumereisparen wollte, von unserer Partei abgelehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Aufstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 1. Weltkrieges. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichliche Zwecke reserviert bleiben muß. Es ist den Veranstaltern offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 19. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnsprechende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100.000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festschspiele bewilligt.

Gegen die Zugziehung der Betriebsoblieute zu den Deputationsitzungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zugziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputations damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zugziehung doch erreicht, und die Betriebsoblieute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Laternen der Straßenbeleuchtung zu Kellern zu vermicen. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Kandelaber müssen noch abler, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehn von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Koststandsarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Rajatowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum mahnt bei dieser Gelegenheit dem Kämpfenden die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindeermittel wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptantrag von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Beihilfen nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber meist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese herangezogen zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirkswohnungsamts von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Behauptungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungssitzung erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationale Wohnungseigenschaft als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheulen von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel stiege.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach andauern, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Lohrer vier bürgerlichen Kameradschaften ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbauens wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund war die deutschnationale Demagogie. Die Deutschnationalen schränkten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verkündeten sie dem Publikum den Theaterbankrott, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich „bei diesen Preisen“ noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewissermaßen wirtschaftlichem Betrieb zu verwalten, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadträte darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschuh mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot geredet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, hielten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verweherten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „unbillig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenvermehrung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadterordnete Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittleramt der Genossen Professor Wagner in Berlin-Lautwig und Reichstagspräsident Lobe war es gelungen, den Fürsten Hagelbiel-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagelbiel diejenigen Erinnerungsbilder auszuwählen, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Aufzeichnung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtenstellenamt vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Geld gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenvereinigungen gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindearbeitern.

Die Einführung einer Wohnungsluststeuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person bleiben nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badestube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badestube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungsluststeuer. Jede Steuerermäßigung wurde mit Vorbehalt ausgeschrieben. So sorgten die Besitzer für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Pandalententhalt von Schulkindern und für Schulpeilungen wurden am 20. Juni 1922 537.000 Mark bewilligt.

Der Rathenauord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wählern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Feier im Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennd über die soziale Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Koststandsvermittlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besondern Koststandes eingegriffen hat.

Am Geburtshaus Ferdinand Lassalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200.000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Verammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Geld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am 2. November 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer härter auszuwirken. Die Not im Volke wuchs unter dem raschen Wertungsverfall ins Ungemeine. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterhaltungsätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Poincaré die Durchführung seiner Ruhestellung. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3.800.000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war ruiniert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Umänderung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst vertan. Unantastliche Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die ganz durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekahrung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabzug und Herabminderung aller Unterhaltungen das ganze Geld auf die unteren Schichten gewälzt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Gesundheitsprozeß, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unantastliche Maßstäbe noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40.000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,68 Mark bis höchstens 4,03 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeit leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeit leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notstandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzuwirken. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeit leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Räumereis weiß auf einen Gehaltsbetrag von 1.825.000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Rohwertvorteile eingebüßt. Der Magistrat suchte aus begreiflichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und den Betriebswerten auszuweichen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Betrag des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Rückfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Für Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20.000 Mark geliehen und der Sierbekasse der Beamten ein zinsloses Darlehn von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226.000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50.000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragendsten Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für zweckmäßiger angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städtetages erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandauert-Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Fraktionemissionar beschaffen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechsmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

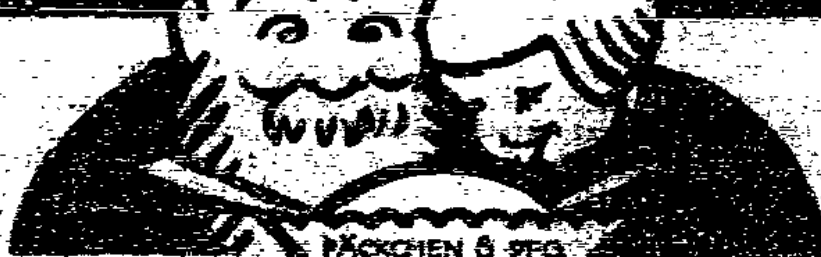
In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewussten Händen gelegen, möge das auch weiterhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss

für Alt und Jung



ist stets
OETKER
AUS DR. OETKER'S
Mit frischen oder eingemachten Früchten, Nusskuchen oder
Fruchtsaft reichhaltig u. gesund.



zur
PUDDING
PUDDING-PULVER
Der Zusatz von knochenbildenden
Salzen macht ihn zu einem der
vorragenden Kinder-Nährmittel.



Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 4/6, durch die Expedition der „Volkswacht“: Neue Gewandstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen: Algenrotenstraße 11, Mathiasstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Postpreis freibleibend! Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft des Reiches
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Num. Dresden Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 3 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fette Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum Freitag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Berständigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschluß der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

- Die Reparationskommission beschließt:
1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlussfolgerungen der Berichte der Sachverständigen beitrifft;
 2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
 3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
 4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlussfolgerungen und des Textes der Berichte die Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Reparationskommission zu übermitteln, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Delegationskomitees beizutreten beabsichtigt, wie sie in dem Bericht des ersten Sachverständigen-Komitees vorgeschrieben sind, vertreten sollen;
 5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Delegationsausschüsse zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zuzuschicken;
 6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Versicherungen zum Trotz die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgeschlagenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in keiner heftigen Form nur ein sehr geringes Interesse hat. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem verlangten Bericht Frankreichs auf keine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu entscheiden, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchbringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zusammenkunft der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend darauf hingewiesen, daß nach dem Verfall der Reparationsfrage nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Gliedstaaten Deutschlands zähle, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südlawien, die einen berechtigten Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Vorkämpfer habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Poincaré unternommen und nach Auffassung der französischen Regierung könne ein offizielles Erklären dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht absehbar beschieden werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südlawiens in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmengleichheit die Präzisionsstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ anberichtet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kompletz der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Plan der Sachverständigen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Souveränität der deutschen Regierung über die besetzten Gebiete hinauschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsbank, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchführen könnte, ohne die fühlbare Unterstützung, daß Frankreich die Erfüllung der ihm in diesem Programm vorzulegenden Bedingungen die Voraussetzung dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bairischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bairische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigen Gutachten gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Knilling nachstehende bairische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtssubjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen gehe darüber hinaus und noch die vollwertige Verpfändung vor. Veräußerung wie Verpfändung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bairischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Voraussetzungen durch den bairischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Veränderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht aufzwingen. Werde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn für wieder Bestätigung des bairischen Staates. Es erhebe sich notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die völkische „Medienburger Warte“:

Wie wir aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die thüringische (soll wohl heißen: „bairische“ Red.) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichsministerium über die Antwort an die Repts dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenentwürfe als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinettspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmanövern der deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutschnationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landbundes Medienburg-Schwerin, dessen Vorsitzender Eggelsen Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Belange der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisse wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumköpfern und Talschneidern aus der Nähe so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogiert. In Thüringen, in Medienburg kommen die deutsch-nationalen Regierungsführer aus dem Wadeln gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Rollenpiel überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk kosten?

Auch Helfferich und Quag in Opposition. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Nummer erstens eine Erklärung des Reichslandbundes, zweitens einen Artikel Helfferichs und weiter einen Artikel von Quag, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Vorkäufliche Lage der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quag gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Köhner und Wippen, was für die schwerindustrielle Nationalliberale Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am schärfsten geht entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Medienburg, der der Annahme zustimmte, Helfferich ins Zeug, der seinen Aufsatz „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlussfolgerung kommt: „Heute nach acht Monaten einer Politik unbedingten Verständigungswillens stehen wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einseitigkeit der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hat an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch wieder von neuem auf sich lädt.“

Politische Ostern.

Hunderter von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterglauben für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Auferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Blättern die „völkische Auferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegensatz ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extreme aller pazifistischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschließen, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstoßen muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volkssymbolen vom Hasen und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeiziehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Lasten, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtswärtige Befehung wichtigster deutscher Wirtschaftsgebiete ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigen Gutachten für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchsektor Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helft euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Keime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Rückwirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verständigung erfüllen, die uns die Weisheiten dieser Osterzeit verheißen haben!

Belgien für eine Alliertentagung.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen an Konferenzen zu eröffnen.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruzt der Straßenbahnverkehr?
Lautete eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Oltau ist so gering, daß die Spannung in den Rädern von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wirren in Oberschlesien halten also das städtische Elektrizitätswerk und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Räumerverlust von unterer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller übrigen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 1. Weltkrieges. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weiter reichende Zwecke reserviert bleiben mußte. Es sei den Veranstalter offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung Harklens Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat hohnsprechende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer gekübelte wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiepfand für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Gegen die Zuziehung der Betriebsoblieute zu den Deputationsfahrten sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zuziehung doch erreicht, und die Betriebsoblieute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Zuwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Masten der Straßenbeleuchtung zu Reklameszwecken zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die laterneleeren Kandelaber müßten noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Kostenträgerarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietersvertreter“ Dr. Bujakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum maß bei dieser Gelegenheit dem Schlußkundentag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindestermittelte wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptkosten von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber zumeist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirkswohnungskommissars von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Begründungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergabe von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstante erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Wohnungszuziehung als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheule von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel stiege.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterpartei wurde die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Tobler vier bürgerlichen Ruderer ein Erbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterclubverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbauens wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationalen Demagogie. Die deutschnationalen schwanzten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldwertminderung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteilten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich bei diesen Preisen noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewirtschaftlich betrieblichen Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldwertminderung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besetzt gewesen, daß es fast gar keinen Zuschau mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot gerodet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, heßten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldwertminderung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baustostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadtratsmitglied Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Wancz in Berlin-Lautwig und Reichstagspräsident Löbe war es gelungen, den Fürsten Hagel die Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagel die diejenigen Erinnerungsgüter auszuwählen, die von Ferdinand Raffalle stammen und die der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angliederung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtenstellenkontingent vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenvereinigungen gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeinbediensteten.

Die Einführung einer Wohnungszusatzsteuer war in Breslau verabschiedet, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person die über die Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badestube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badestube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungszusatz. Jede Besteuerungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschaltet. So sorgten die Bescheidenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulspeditionen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenauer voranlagte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wählern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Festier in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feyer hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennd über die schätzbare Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Notstandsversammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besondern Notstandes eingegriffen hat.

Im Geburtenhause Ferdinand Raffalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schuß genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmittel und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 19. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Montag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer härter auszuwirken. Die Not im Volk ließ unter dem raschen Währungsverfall ins Ungeheulere. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterstützungssätze für die

Kostenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungsstellen. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Poincaré die Durchführung seiner Ruhezüge. Bei einem Dollarstande von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarstande von 3 800 000 verteilte sie endlich am 14. August 1923 den Blak ihres Ruhmes. Das ganze Volk war zutiefst niedergeschlagen. Die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Einberung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Maßnahmen herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst veran. Humanitäre Summen mußten zur Unterfütterung von Arbeitslosen angewendet werden, die ganz durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitskraft.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekämpfung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabbau und Herabminderung aller Unterfütterungen das ganze Volk auf die unteren Schichten gewälzt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Gesundungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unzulässige Maßnahme noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,88 Mark bis höchstens 6,08 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitsausfluß gewährt, b) den jeweiligen Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Kostenträgerarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzuwirken. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Räumerverlust auf einen Gehalt von 1 828 000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Höhe erreicht. Der Magistrat suchte aus begrifflichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und die Betriebswerke aufzuheben, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Rückfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sierbekasse der Beamten ein ginsloses Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien legt zur Nachdenklichkeit an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für ausbleiblicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städtebundes erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Wandauer Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Frühmittagsplan beschaffen, der den Schloßplatz von der Besaung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren zum sechstenmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch fernerhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

ist stets **OETKER** AUS DR. OETKER'S

Mit frischen oder eingemachten Früchten, Rhabarber oder Fruchtzucker nahrhaft u. gesund.

zu **PUDDING** PUDDING-PULVER

Der Zusatz von Knochenbildenden Salzen macht ihn zu einem hervorragenden Kindernahrungsmittel.

PACKETEN 8 913



Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und in der Hauptausgabe 12 mal. Preis für den Abnehmer 1,20 Goldmark. Bei Bestellungen im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Bei Bestellungen im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Bei Bestellungen im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Anstaltsstraße Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postfach-Nummer: Postfach-Nummer Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf., auswärts 25 Pf. Anzeigen unter 200 Zeilen 10 Pf., auswärts 15 Pf. Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Währungs-Anzeigen 3 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das zweite Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11. Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Platzstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Verstädigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschluß der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

- Die Reparationskommission beschließt:
1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlußfolgerungen der Berichte der Sachverständigen beiträgt;
 2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
 3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgelegten Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
 4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlußfolgerungen und des Textes der Berichte die Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Delegationskomitees beizutreten die Eisenbahn und die Industriehypothek, wie sie in dem Bericht des Sachverständigenkomitees vorgelegt sind, beizutreten sollen;
 5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Organisationsausschüsse zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zuzustehen;
 6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorzuschlagen hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Verhandlungen zum Trotz, die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgelegten Programms zur Lösung der Reparationsfrage in keiner Weise zurückzutreten bereit ist. Sie hat eine Reihe von Vorarbeiten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem verlangten Bericht Frankreichs auf keine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu entscheiden, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zusammenziehung der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend berichtet, daß, nachdem Amerika den Versailler Vertrag nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Gründungsstaaten Deutschlands zähle, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südlawien, die einen beträchtlichen Anbruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Vorkämpfer habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Poincaré unternommen und nach Auffassung der französischen Regierung könne ein offizielles Ergehen dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht absehbar beschieden werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südlawiens in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmengleichheit die Präzisionsstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ anberichtet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kompetenz der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Plan der Sachverständigen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Souveränität der deutschen Reichweite über die besetzten Gebiete hinausschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsbank, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchsetzen könnte, ohne die hindernisse zu überwinden, die durch Erfüllung der ihm in diesem Programm vorgezeichneten Bedingungen die Voraussetzung dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayrischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayrische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigenurteilen gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Anklage nahe liegende „Bayrische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtssubjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen sei darüber hinaus auch noch die vollwertige Veräußerung vor. Veräußerung wie Veräußerung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayrischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Voraussetzungen durch den bayrischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Veränderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht aufzwingen. Werde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn sei wieder Besitz des bayrischen Staates. Es erhebe sich notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die völkische „Medienburger Warte“:

Wie wir aus Berlin erfahren, soll Exz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die Thüringische (soll wohl heißen: „bayrische“) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichsamt über die Antwort an die Replo dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenurteile als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinettspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmanövern der Deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutsch-nationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landbundes Medienburg-Schwerin, dessen Vorkämpfer Exzellenz Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Belange der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisse wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumköpfern und Lachenspielern aus der Nähe so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogiert. In Thüringen, in Medienburg kommen die deutsch-nationalen Regierungsführer aus dem Wackeln gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Rollenpiel überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk kosten?

Auch Helfferich und Quag in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Nummer erstens eine Erklärung des Reichslandbundes, zweitens einen Artikel Helfferichs und weiter einen Artikel von Quag, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Vorkämpfer der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quag gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Kämpfern und Wölfen, was für die schwerindustrielle Nationalliberale Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am stärksten geht entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Medienburg, der der Annahme zustimmt, Helfferich ins Zeug, der seinen Aufsatz „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlusfolgerung kommt:

„Seute nach acht Monaten einer Politik unbedingten Verständigungsverwehrens stehen wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einheitsfront der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelagert und das deutsche Volk hart an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch wieder von neuem auf sich lädt.“

Das ist Helfferichs Geist. Die Ausschichten für die Befreiung des besetzten Gebietes sind durch die Vorkämpfer der Sachverständigen wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig zerstört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenurteile die diplomatische Aktion Englands und Amerikas verfehlen würde. Die Rechte verliert, die Verhältnisse abermals zu sabotieren.

Politische Ostern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterglauben für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Auferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Blättern die „völkische Auferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegenatz ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extreme aller pazifistischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstoßen muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volkssymbolen vom Hasen und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Lasten, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtswidrige Befehung wichtigster deutscher Wirtschaftsgebiete ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigenurteile und gutachten für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchsehter Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helft euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Reime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Rückwirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verwirklichung erfüllen, die uns die Botschaft dieser Osterzeit verheißen haben!

Belgien für eine Alliertent Konferenz.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen an Konfrenzanzial zu eröffnen.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverleiher?
laute eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Odrau ist so gering, daß die Spannung in den Kesseln von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wägen in Oberschlesien halten also das städtische Elektrizitätswerk und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Räumerverlust sparten wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 51. Regiments. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51. er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichende Zwecke reserviert bleiben muß. Es sei den Veranstaltern offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsergebnis höhnsprechende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100.000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festschilde bewilligt.

Gegen die Zugabe der Betriebsobstente zu den Deputationsgehältern sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zugabe wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputaturen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zugabe doch erreicht, und die Betriebsobstente haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Randleaber und Ratten der Straßenbeleuchtung zu Kellern zu vermicen. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Randleaber miffen noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Kostenträgerarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Bujakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum mahnt bei dieser Gelegenheit dem Wirtschaftstag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindeermittel wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptnutzen von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber meist in die Großbetriebe abwandern, mußten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirks-Verwaltungskommissars von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Behauptungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenfalls deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstante erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationale Behauptung als nicht erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheulen von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel stiege.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach andauern, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Többer vier bürgerlichen Ruderclubs ein Erbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterclubverein Gelände zur Errichtung eines Boothauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbauens wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund lag die deutschnationale Demagogie. Die Deutschnationalen schwängten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber versetzten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, aus Schieber-Sonaten sich bei diesen Preisen noch einen Theaterbesuch leisten. Es fehlte nichts übrig, als das Theater in einem gewissermaßen wirtschaftlichem Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschau mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot geredet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, heßten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verurteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „enigentlich beschlossen“, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 20 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadtvater Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittleramt der Genossen Professor Mayer in Berlin-Lautz und Reichstagspräsident Lobe war es gelungen, den Fürsten Hagefeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagefeldt diejenigen Erinnerungsschilde auszuliefern, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Anfertigung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtenvereinungskomitee vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinschaften wurde dabei nach Möglichkeit entgegengekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenvereinschaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindearbeitern.

Die Einführung einer Wohnungssteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person die über diese Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badstube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungselend. Jede Steuerermäßigung war damit von vornherein ausgeschlossen. So sorgten die Bescheidenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulspellungen wurden am 20. Juni 1922 537.000 Mark bewilligt.

Der Rathenau-Mord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wählern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Feier in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennend über die sachliche Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Rathenau-Veranstaltung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Notstandes eingegriffen hat.

Im Geburtenhause Ferdinand Lassalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gebärdin entbunden. Die Laßel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gemächung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200.000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Geld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Freitag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer härter auszuwirken. Die Not im Volke ließ unter dem raschen Währungsverfall ins Ungeheuerliche. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterstützungssätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Die Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Potancars die Ausfuhr seiner Ruhrzylinder. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3.800.000 verließ sie endlich am 14. August 1922 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war ruiniert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit für Linderung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst vertan. Unantastliche Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die gern durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnung reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekümmung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabzug und Herabminderung aller Unterstellungen das ganze Geld auf die unteren Schichten gewälzt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Geländungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unantastliche Maßnahme noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40.000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,68 Mark bis höchstens 6,03 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Kostenträgerarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Räumerverlust auf einen Festbetrag von 1.825.000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Kohlenvorräte eingebüßt. Der Magistrat suchte aus begrenzten Gründen das Defizit möglichst rasch abzurufen, und den Betriebswerten aufzuhelfen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Rückfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20.000 Mark geliehen und der Sierbekasse der Beamten ein zinsloses Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226.000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50.000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trübseligen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Verwaltung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für unbedenklicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfangreicher Bericht von Vertretern des deutschen Stadttages erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Grandauer Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Ausschreitungsplan beschaffen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechsmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewussten Händen gelegen, möge das auch femerhin so bleiben, und mögen geregeltere Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweitrittelsmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss



ist stets
OETKER
AUS DR. OETKER'S
Mit frischen oder eingemoch-
ten Früchten, Rhabarber oder
Fruchtsaft natürlich u. gesund.



für Alt und Jung

zur
PUDDING
PUDDING-PULVER.
Der Zusatz von knochenbildenden
Salzen macht ihn zu einem der
vorragenden Kinder-Nährmittel.



Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Expedition: Neue Gewandstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Abonnementgeschäfte, Buchhandlungen, sowie durch alle Anzeigenverleger zu beziehen. Einzelpreis 10 Pfennige. Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft „Volkswacht“ Breslau 2
Verlags- und Anzeigengeschäft: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Nr. 205; Postfach-Adress: Postfach-Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je 100 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf. Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Wohnungsanzeigen 3 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zummittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Verständigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschluß der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

- Die Reparationskommission beschließt:
1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlussfolgerungen der Berichte der Sachverständigen beiträgt;
 2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
 3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzuleiten, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
 4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlussfolgerungen und des Textes der Berichte die Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Reparationskommission zu übermitteln, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Organisationskomitees beizutreten die Eisenbahn und die Industriehypothek, wie sie in dem Bericht des Sachverständigenkomitees vorgeschrieben sind, vorzuziehen sollen;
 5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Organisationsausschüsse zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zuzustimmen;
 6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Versicherungen zum Trotz die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgeschlagenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in keiner heftigen Form nur ein sehr geringes Interesse hat. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem verlangten Verzicht Frankreichs auf seine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu entziehen, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchbringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zusammenkunft der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend darauf hingewiesen, daß nach dem Verfall der Verträge nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Gläubigerstaaten Deutschlands zähle, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südlawien, die einen beträchtlichen Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Botschafter habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Poincaré unternommen und nach Auffassung der französischen Regierung könne ein offizielles Erklären dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht abgelehnt werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südlawiens in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmengleichheit die Präzisionsstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ anberichtet ist, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kommission der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Plan der Sachverständigen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität der deutschen Regierung über die besetzten Gebiete hinausschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsbank, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchführen könnte, ohne die hindernde Zusicherung, daß Frankreich die ihm in diesem Programm vorgeschriebenen Bestimmungen die Voraussetzung dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayrischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayrische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigenaufträge gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Knilling nachstehende bayrische Kurier unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben ist schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtsobjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen, welche darüber hinaus auch noch die vollwertige Verpfändung vor. Veräußerung wie Verpfändung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayrischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Voraussetzungen durch den bayrischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Veränderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht aufzwingen. Werde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn sei wieder Besitz des bayrischen Staates. Es erscheine notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die völkische „Medienburger Warte“:

Wie wir aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die thüringische (soll wohl heißen: bayrische) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichsamt über die Antwort an die Repts dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenanträge als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinettspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmanövern der deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutsch-nationalen seit jeher betreiben haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landbundes Medienburg-Schwerin, dessen Vorsitzender Eggelsen Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Belange der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisselei wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumköpfern und Talspieler aus der Nähe so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogiert. In Thüringen, in Medienburg kommen die deutsch-nationalen Regierungsführer aus dem Wackeln gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Possenspiel überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk kosten?

Auch Helfferich und Quag in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Nummer erstens eine Erklärung des Reichslandbundes, zweitens einen Artikel Helfferichs und weiter einen Artikel von Quag, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Vorkämpfer der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quag gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Klöckner und Hopfen, was für die schwerindustrielle Nationalliberale Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am schärfsten geht entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Medienburg, der der Annahme zustimmte, Helfferich ins Zeug, der seinen Auftrag „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlussfolgerung kommt:

„Seite nach acht Monaten einer Politik unbedingten Verständigungswillens stehen wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einschnittspitze der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hat an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch wieder von neuem auf sich lädt.“

Das ist Helfferichs Geist. Die Ausschichten für die Befreiung des besetzten Gebietes sind durch die Vorkämpfer der Sachverständigen wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig zerstört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenanträge die diplomatische Aktion Englands und Amerikas verfehlen würde. Die Rechte verliert, die Verständigung abermals zu sabotieren.

Politische Ostern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterglauben für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Auferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Blättern die „völkische Auferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegensatz ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extremste aller pazifistischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstoßen muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volkssymbolen vom Hasen und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Lasten, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtsradikale Befehlshaber deutscher Wirtschaftsbereiche ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigenanträge für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchgeführter Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helft euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Reime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Auswirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verkündung erfüllen, die uns die Beschlüsse dieser Osterzeit verheißen haben!

Belgien für eine Alliertentagung.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen an Konferenzen zu eröffnen.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III

Warum nun der Straßenbahnverkehr? Lautete eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Odrau ist so gering, daß die Spannung in den Röhren von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wägen in Oberschlesien hatten also das doppelte Gewicht und mit ihm viele Breslauer Gewerbetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Räumerverlust sparsam, von unserer Partei abgelehnt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 51. Regiments. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51. Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichliche Zwecke reserviert bleiben muß. Es sei den Veranlassern offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsergebnis höhnsprechende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Gegen die Zugabe der Betriebsobere zu den Deputationsfunktionen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zugabe wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationsämtern damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zugabe doch erreicht, und die Betriebsobere haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Laternen der Straßenbeleuchtung zu Kassamessern zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Kandelaber miffen noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Koststandsarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Bujakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum mußte bei dieser Gelegenheit dem Mieterschutz die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Kinderheilstätten wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptnutzen von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber meist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirks-Vorstandsmitglieds von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Behauptungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Sienauth bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstante erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Behauptungen als nicht erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheulen von Sienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel schrie.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Toller vier bürgerlichen Arbeitervereinen ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterverein Gelände zur Errichtung eines Boothauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbauens wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund war die deutschnationalen Demagogie. Die Deutschnationalen schwängten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteilten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich „bei diesen Preisen“ noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gemäßigten, wirtschaftlichem Betrieb zu verwalten, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschuß mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot gerodet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, heßten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verließen damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „unbillig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadtvordneter Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Mayer in Berlin-Kaumitz und Reichstagspräsident Lohse war es gelungen, den Fürsten Haffelbühl-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Haffelbühl die bisherigen Erinnerungsstücke auszuliefern, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Anlegung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtenheimtommengeld vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegengekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenchaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindebeamten.

Die Einführung einer Wohnungssteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person hießen nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei. Bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählten Küche, Badstube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungsluzus. Jede Besteuerungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschlossen. So sorgten die Bescheidenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schülkindern und für Schulpeilungen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wählern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Feyer in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feyer hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennend über die soziale Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Koststandsvermittlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besondern Koststandes eingegriffen hat.

Am Geburtshaus Ferdinand Lassalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Montag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer härter auszuwirken. Die Not im Volke ließ sich dem raschen Währungsverfall ins Ungeheure. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterhaltungsätze für die

Kostenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Die Steuern erweiterten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Notlage dieser Regierung erleichterte Poincaré die Durchführung seiner Aufrüstung. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3 800 000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war ruiniert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit für die Verringerung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst vertan. Unantastliche Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die gern durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekahrung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabbau und Herabminderung aller Unterhaltungen das ganze Volk auf die unteren Schichten gewälzt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Selbsterlöschungsprozeß, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unantastliche Notstände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,68 Mark bis höchstens 6,03 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubte. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeit leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeit leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solche zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Koststandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzumirken. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeit leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Räumerverlust auf einen Fehlbetrag von 1 825 000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Kohlenvorräte eingeschliffen. Der Magistrat suchte aus begreiflichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und den Betriebswerten aufzuhelfen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Rückfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sierbekasse der Beamten ein zinsloses Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Koststandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien bestand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlichen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überhand genommen ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überstanden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für unbedienlicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städtetages erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandauer Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Frühmitempien beschlossen, bei dem der Schloßplatz von der Bebauung ausgeschlossen ist.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechshundertmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch fernerhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

ist stets
OETKER
aus DR. OETKER'S
Mit frischen oder eingemachten Früchten, Rhubarber oder fruchtig-milchhaft u. gesund.

zur
PUDDING
PUDDING-PULVER
Der Zusatz von knochenbildenden Salzen macht ihn zu einem hervorragenden Kinder-Nahrungsmittel.



Volkswacht

für Schlesien

Bezugpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 40, durch die Nachhandlung der „Volkswacht“: Neue Eisenstraße Nr. 6, durch die Zeitungshandlung: Altes Rathaus Nr. 10, sowie durch alle Anzeigenstellen zu beziehen. Postpreis (einschl. Postgebühren) im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bestellung in Papiermarkt nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Telegraphisch: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Nr. 1011; Postfach-Nr. Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je 2000 Zeichen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Kamillenanzeigen, Stellenangebote, Verzeichnisse, Verfallens- und Wohnungsanzeigen 3 Pf., Kleinanzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 40 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Verstädigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschluß der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

- Die Reparationskommission beschließt:
1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlussfolgerungen der Berichte der Sachverständigen beitrifft;
 2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
 3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
 4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlussfolgerungen und des Textes der Berichte die Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Reparationskommission zu übermitteln, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Reparationskomitees beizutreten die Eisenbahn und die Industrieprivatbetriebe, wie sie in dem Bericht des Sachverständigenkomitees vorgeschrieben sind, beizutreten sollen;
 5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Reparationskommission zuzusetzen, deren Ernennung der Reparationskommission zuzusetzen;
 6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Versicherungen zum Trotz die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgeschlagenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in keiner Weise interessiert ist. Sie hat ein sehr geringes Interesse. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem verlangten Bericht Frankreichs auf keine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu entscheiden, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchbringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zusammenkunft der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend darauf hingewiesen, daß nach dem Verfall der Reparationsfrage nicht ratsam ist, auch nicht zu den Gläubigerstaaten Deutschlands zählte, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südlawien, die einen berechtigten Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Vorkämpfer habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Wainards unterzeichnet und nach Auffassung der französischen Regierung könne ein offizielles Erklären dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht abschließen beschlossen werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südlawiens in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmengleichheit die Präzedenzfallstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstagabend ebenfalls der „Temps“ andeutet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kompetenz der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Plan der Sachverständigen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Souveränität der deutschen Regierung über die besetzten Gebiete hinausschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsbank, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchführen könnte, ohne die hindernisse zu überwinden, die durch Erfüllung der ihm in diesem Programm vorzulegenden Bedingungen der Voraussetzung dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, den Wert der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayerischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayerische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigenurteilen gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Knilling nachstehende bayerische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtssubjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen sei daher hinaus auch noch die vollwertige Veräußerung vor. Veräußerung wie Veräußerung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayerischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Voraussetzungen durch den bayerischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Veränderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht aufzwingen. Weder die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollziehen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn nie wieder Bestätigung des bayerischen Staates. Es erhebe sich notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die „Völkische“ „Medienburger Warte“:

Wie wir aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die Thüringische (soll wohl heißen: „bayerische“ Red.) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichsministerium über die Antwort an die Rechtsdiktandien ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenurteile als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinettspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmandaten der deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutsch-nationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landvolkes Mecklenburg-Schwerin, dessen Vorsitzender Erz. Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Belange der Landwirtschaft, für die der Landvolk noch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisse wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumköpfern und Talspieler aus der Nähe so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogiert. In Thüringen, in Mecklenburg kommen die deutsch-nationalen Regierungsverstärker aus dem Wackeln gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Possenspiel überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk kosten?

Auch Helfferich und Quag in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Nummer erstens eine Erklärung des Reichslandvolkes, zweitens einen Artikel Helfferichs und weiter einen Artikel von Quag, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Vorkämpfer der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quag gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Käufern und Woffen, was für die schwerindustrielle Nationalliberale Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am schärfsten geht entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Mecklenburg, der der Annahme zustimmt, Helfferich ins Zeug, der seinen Aufsatz „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlussfolgerung kommt:

„Seute nach acht Monaten einer Politik unbedingten Verzichtes sind wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einheitsfront der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hat an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch wieder von neuem auf sich lädt.“

Das ist Helfferichs Geist. Die Aussichten für die Befreiung des besetzten Gebietes sind durch die Vorkämpfer der Sachverständigen wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig zerstört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenurteile die diplomatische Aktion Englands und Amerikas vereiteln würde. Die Rechte verliert, die Verhältnisse abermals zu sabotieren.

Politische Ostern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterglauben für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Auferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Blättern die „völkische Auferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegensatz ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extremste aller pazifistischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstößt muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volkssymbolen vom Hasen und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Laiten, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtswidrige Befehung wichtigster deutscher Wirtschaftsgebiete ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigenurteile und gutachten für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchgeführter Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helft euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Reime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Rückwirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verwirklichung erfüllen, die uns die Botschaft dieser Osterzeit verheißen haben!

Belgien für eine Alliertentagung.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen an Konferenzen zu eröffnen.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum nun der Straßendahuverkehr? Lautete eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Odrau ist so gering, daß die Spannung in den Kesseln von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wirren in Oberschlesien hatten also das künftige Elektrizitätswert und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Räumerverlust sparsam, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 1. Weltkrieges. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere zehrende Zwecke reserviert bleiben mußte. Es sei den Veranstaltern offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnernde Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Gegen die Zugleichung der Betriebsoblieue zu den Deputationsleistungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zugleichung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationsämtern damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zugleichung doch erreicht, und die Betriebsoblieue haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Randelaber und Wäiten der Straßenbeleuchtung zu reklamieren und zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Randelaber müssen noch länger, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Koststandsarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Rajakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Befreiung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum muß bei dieser Gelegenheit dem Achtstundentag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Minderbemittelte wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptkosten von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber zuweilen in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirkswohnungskommissars von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Behauptungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinferenz erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Behauptungen als nicht erwiesen angesehen hätte. Dem Junggeheißenen von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel stiege.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Lohrer vier bürgerlichen Arbeitervereinen ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterverein Gelände zur Errichtung eines Bootsbaus nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaus wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund war die deutschnationalen Demagogie. Die deutschnationalen schwänzten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verkelteten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich „bei diesen Preisen“ noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewaltig wirtschaftlichem Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschuß mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tat geredet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, heßten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verurteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadtvater Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Wagner in Berlin-Raumitz und Reichstagspräsident Lohse war es gelungen, den Fürsten Haffeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Haffeldt diejenigen Erinnerungsgeldes auszuliefern, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Spende wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Spende gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angleichung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtendiensteinverhältnis vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unter Ausschuss unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenvereinigungen gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindearbeitern.

Die Einführung einer Wohnungssteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person hießen nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei. Bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählten Küche, Badstube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungselend. Jede Befreiungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschaltet. So sorgten die Bescheidenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulspellungen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wählern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Fest in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feiertage hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennend über die soziale Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Koststandsvermittlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unglücklichen Fällen eines besonderen Koststandes eingegriffen hat.

Im Geburtenhause Ferdinand Lassalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Verwaltung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Reichgeld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Im Budget 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke ließ sich durch den raschen Währungsverlust ins Ungeheure steigern. Die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterhaltungsätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern erweiterten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Polnars die Ausfuhr seiner Ruhrgeleise. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3 800 000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Rufes. Das ganze Volk war ruiniert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Verringerung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben Verwendung finden könnten, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst veran. Maniaitliche Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die ganz durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekämpfung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reichbürgerliche Regierung durch Beamtenabbau und Herabminderung aller Unterhaltungen das ganze Volk auf die unteren Schichten gemißt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angeketteten und Beamten vollzog sich der Seigniorungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unzulässige Maßnahme noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reichbürgerliche Regierung Marx nur 1,88 Mark bis höchstens 4,00 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten teilnehmenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeit leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Koststandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeit leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Räumerverlust auf einen Gehaltsbetrag von 1 828 000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Kohlenvorräte fast eingeleert. Der Magistrat suchte aus begründeten Gründen das Defizit möglichst reich abzubauen, und den Betriebswerten aufzuhelfen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Mischfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sierbekasse der Beamten ein zinsloses Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Koststandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trübseligen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begünstigt, doch wurde es für unbedenklicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städteverbandes erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen ständig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandauert-Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Frühmitempien beschaffen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschlief.

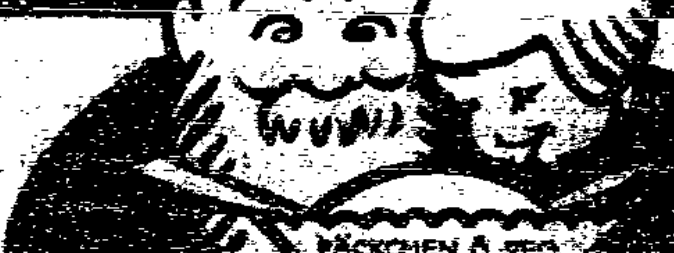
Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechshundertmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewussten Händen gelegen, müge das auch fernere so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung



ist stets
OETKER
AUS DR. OETKER'S
Mit frischen oder eingemachten Früchten, Pflaumen oder
fruchtig nahrhaft u. gesund.



zu
PUDDING
PUDDING-PULVER
Der Zusatz von knochenbildenden
Salzen macht ihn zu einem
vorragenden Kinder-Nahrungsmittel.



Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverkehr? Lautete eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Erbstohle aus Mährisch-Odrau ist so gering, daß die Spannung in den Röhren von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wägen in Oberschlesien hatten also das städtische Elektrizitätswert und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Räumerverbrauch sparsamer von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 1. Weltkrieges. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere wichtige Zwecke reserviert bleiben mußte. Es sei den Veranlassern offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung kürzlichen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat kühn sprechende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantie für die Gerhart Hauptmann-Festschilde bewilligt.

Gegen die Zugabe der Betriebsoblasten zu den Deputationsleistungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Hinzugabe wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationsleistungen bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zugabe doch erreicht, und die Betriebsoblasten haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Randelaber und Raiten der Straßenbeleuchtung zu Reklamezwecken zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die internen Randelaber mifften noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Kostenträgerarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Rajatowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum muß bei dieser Gelegenheit dem Achtstundentag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindefemittelle wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptkosten von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber zum Teil in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirkswohnungsamts von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Verfügungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Stenauth bei der Vergabe von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstantz erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationale Wohnungshandhabung als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheulen von Stenauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel schrie.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Lohrer vier bürgerlichen Arbeitervereinen ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterportverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund ruz die deutschnationale Demagogie. Die deutschnationalen schwänzten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldmangel galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteilten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich „bei diesen Preisen“ noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gemäßigten, billigen Betrieb zu verwalten, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschuß mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot geredet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, heßten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verurteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverleuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbaubau bewilligt. Der demokratische Stadtvordneter Dr. Hanko beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Mayer in Berlin-Kaumitz und Reichstagspräsident Lohse war es gelungen, den Fürsten Haßfeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Haßfeldt diejenigen Erinnerungsgelder auszuliefern, die von Ferdinand Lassalle stammen und die der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorbilders.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Anlegung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtenheimtommengeld vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegengekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenvereinigungen gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindearbeitern.

Die Einführung einer Wohnungssteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person die über drei Zimmer mindestens drei Wohnräume Feuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badstube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungssteuer. Jede Steuerermäßigung muß damit von vornherein ausgeschlossen. So sorgten die Bescheidenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulspeditionen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenau-Mord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wählern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Feyer im Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feyer hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennd über die sachliche Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Rathenau-Versammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besondern Notstandes eingegriffen hat.

Am Geburtsfeste Ferdinands Lassalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Sonntag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer härter auszuwirken. Die Not im Volke lag unter dem raschen Währungsverfall ins Ungeheuer. Auch die Stadt Breslau kam in die düsterste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterhaltungsätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern erweiterten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit vieler Regierung erleichterte Poincarés die Ausfuhr seiner Ruhrgeleise. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3 800 000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war ruiniert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Vinderung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst veran. Maniaische Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die gern durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekümmung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reichsbürgerliche Regierung durch Beamtenabzug und Herabminderung aller Unterhaltungen das ganze Volk auf die unteren Schichten gewälzt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Sejnungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unaufrichtige Maßnahme noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reichsbürgerliche Regierung Marx nur 1,88 Mark bis höchstens 4,03 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubte. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeit leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notstandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeit leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Räumerverbrauch auf einen Gehlfekttrag von 1 825 000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Kohlenvorräte eingebüßt. Der Magistrat suchte aus begründeten Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und den Betriebswerten auszuheben, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Rückfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Für Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sierbekasse der Beamten ein zinsloses Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn zur Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für unabweislich angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städteverbandes erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen ständig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandauer Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Fraktionemittelpunkt beschaffen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfanges bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechshundertmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch fernerhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

OETKER'S
ist stets
OETKER'S
LAUS DR. OETKER'S
Mit fischen oder eingemoch-
ten Früchten, Rhabarber oder
fruchtig nahrhaft u. gesund.



PUDDING
PUDDING-PULVER.
Der Zusatz von knochenbildenden
Salzen macht ihn zu einem her-
vorragenden Kinder-Nahrungsmittel.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum nun der Straßenbahnverkehr? Lautete eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mähren ist so gering, daß die Spannung in den Kesseln von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wirren in Oberschlesien hatten also das städtische Elektrizitätswerk und mit ihm die Breslauer Gewerbetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Räumervertrag wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 51. Regiments. Ein solches Denkmal gehöre eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichende Zwecke reserviert bleiben müsse. Es sei den Veranstaltern offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnsprechende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festschule bewilligt.

Gegen die Zugziehung der Betriebsoblieute zu den Deputationsitzungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zugziehung wiederholt gestoppt werden, obwohl man in einzelnen Deputationsen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zugziehung doch erreicht, und die Betriebsoblieute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Rantelaber und Laternen der Straßenbeleuchtung zu Reklamewerben zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die Laternenlosen Rantelaber müssen noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Koststandsarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Rajatowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum mußte bei dieser Gelegenheit dem Achtstundentag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindeermittel wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterworfen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptantrag von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber zum Teil in die Großbetriebe abwandern, mußten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirkswohnungsamts von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Behauptungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenfalls deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstante erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationale Wohnungsziehung als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggehehen von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel schrie.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach andauern, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Lohrer vier bürgerlichen Arbeitervereinen ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierjährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbauens wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationale Demagogie. Die Deutschnationalen schwängten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldwertmangel galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteilten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich „bei diesen Preisen“ noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewissermaßen zivilisiertem Betrieb zu verwalten, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldwertminderung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschuß mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot gerodet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Galoppfenning betrug, hefteten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verurteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldwertminderung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadtratordner Dr. Hanko beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Wagner in Berlin-Kaumitz und Reichstagspräsident Lohse war es gelungen, den Fürsten Haffeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Haffeldt diejenigen Erinnerungsgeldstücke auszuwählen, die von Ferdinand Raffalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angleichung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtendienstentgelt vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenvereinigungen gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeinbediensteten.

Die Einführung einer Wohnungssteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person werden nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badstube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungselend. Jede Besteuerungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschaltet. So sorgten die Bescheidenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulpflichtungen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschnitt gegenüber den deutschnationalen Wählern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Feier in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feiern hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennend über die sachliche Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Rathandsversammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Notstandes eingegriffen hat.

Am Geburtshaus Ferdinands Raffalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Verammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Freitag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer härter auszuwirken. Die Not im Volke ließ sich dem raschen Währungsverfall ins Ungeheure. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterhaltungsätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern erhöht werden und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Notfähigkeit dieser Regierung erleichterte Cuno die Durchführung seiner Kautzpolitik. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3 800 000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war zuihnert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Verringerung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst veran. Monarchistische Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die ganz durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekräftigung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabbau und Herabminderung aller Unterhaltungen das ganze Volk auf die unteren Schichten gedrückt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Einigungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unmaßstäbliche Notstände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,68 Mark bis höchstens 4,08 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten teilnehmenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notstandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Räumervertrag auf einen Gehaltsvertrag von 1 824 000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Kohlenvorräte einbehalten. Der Magistrat suchte aus begründeten Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und der Betriebswerten aufzuhelfen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wohnkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Rückfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sierbekasse der Beamten ein zinsloses Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trübsamen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für unbedenklicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städteverbandes erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandauer Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Fraktionentwurf beschaffen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechsmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in heranwachsenden Händen gelegen, möge das auch fernere sein, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweitrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

ist stets **OETKER'S** AUS DR. OETKER'S

Mit frischen oder eingemachten Früchten, Rhubarber oder fruchtlos roh schmeckt u. gesund.

zu **PUDDING** PUDDING-PULVER

Der Zusatz von knochenbildenden Salzen macht ihn zu einem hervorragenden Kinder-Nährmittel.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III

Warum ruft der Straßenbahnverkehr?
Ist eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Erzkohle aus Mährische Ostrau ist so gering, daß die Spannung in den Leitungen von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Motoren in Oberschlesien halten also das städtische Elektrizitätswerk und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Kreditantrag, zwei Volkshochschulen zu schließen, womit der Kammerer sparen wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 88 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 1. Weltkriegs. Ein solches Denkmal gehörte eventuell an eine Stelle in der Nähe der 31er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichende Zwecke reserviert bleiben mußte. Es sei den Veranlassern offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnernde Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Wegen die Zuziehung der Betriebsobleute zu den Deputationsfähigkeiten trübten sich die meisten Deputierten. Von unserer Partei wurde diese Zuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zuziehung doch erreicht, und die Betriebsobleute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Laternen der Straßenbeleuchtung zu reklamieren und zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Kandelaber wirken noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Koststandsarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Rajatowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum maß bei dieser Gelegenheit dem Achtstundentag die Schuld am Wohnungsseind zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindeermittel wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgebühren zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetriebern bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptzweck von einer guten Schulbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Klein- und Handwerk in die Großbetriebe abwandern, müßten diese heranzuziehen zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Verleumdung des deutschnationalen Bezirks-Wohnungskommissars von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Begünstigungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Beratungssitzung erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Wohnungszuziehung als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheule von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünfstückerwohnung verschafft, während das Wohnungsgeld zum Himmel flog.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Tolmer vier bürgerlichen Ruderer-vereine ein Erbschaftsrecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterportverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationalen Demagogie. Die deutschnationalen schwängten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldwertminderung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteilten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich „bei diesen Preisen“ noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gesellschaftlich-fälligen Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldwertminderung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschuß mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot gerodet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Cent betrug, bekamen bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verletzten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschahren zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig beschlossen“, zur Ausführung ist es infolge der Geldwertminderung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenvermehrung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbaue bewilligt. Der demokratische Stadtverordnete Dr. Hankel beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Wagner in Berlin-Kauzig und Reichstagspräsident Löbe war es gelungen, den fünften Hagfeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagfeldt diejenigen Erinnerungsgeldstücke auszuliefern, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Spende wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Spende gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angleichung der städtischen Besoldungsordnung zu der Besoldungsordnung des Reichstags vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtengewerkschaften wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenschaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindearbeitern.

Die Einführung einer Wohnungssteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Rückfälle des Reichstags über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person bleiben nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei. Bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badstube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichstags kein Wohnungszugang. Jede Besteuerungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschlossen. So sorgten die Bescheidenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulspeditionen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wählern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Fest in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennd über die sachliche Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Koststandsversammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Koststandes eingegriffen hat.

Am Geburtshaus Ferdinand Lassalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Rotgeld herauszugeben.

Am 19. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Sonntag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke lag unter dem raschen Währungsseind ins Ungemessene. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterstützungssätze für die

Kostleiden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Notfähigkeit dieser Regierung erleichterte Boicars die Durchführung seiner Aufrufe. Bei einem Dollarstand von 7500 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarstand von 3 600 000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war ruiniert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Förderung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß die Kommunen weitaus herabgemindert wurde, für den Wohnungsbaue, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst verthan. Phantastische Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die getrieben durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verfallener Arbeitskraft.

Der Sinz Cunos ließ neue Hoffnung reifen, aber die Mehrheit zeigte erst die volle Beförderung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabbau und Herabminderung aller Unterstützungen das ganze Geld auf die unteren Schichten gewälzt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Gesundheitsprozeß, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unnatürliche Notstände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,88 Mark bis höchstens 6,08 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweiligen Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, b) den jeweiligen Pflichtarbeiten herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, c) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Koststandsarbeiten bereitgestellt werden; d) für Schaffung von Arbeitsgelegenheiten auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Kammerer weist auf einen Fehlbetrag von 1 828 000 Goldmark, und die Betriebswerke haben ihre Kohlenvorräte entleert. Der Magistrat suchte aus begrifflichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und der Betriebswerke auszuhebeln, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabziehung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschloß, Kündigungsarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sterbekasse der Beamten ein zinsloses Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Koststandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragendsten Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorstoß wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für unannehmlicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung zunächst durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städtetages erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen ständig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandauer-Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Frührentenplan beschloffen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

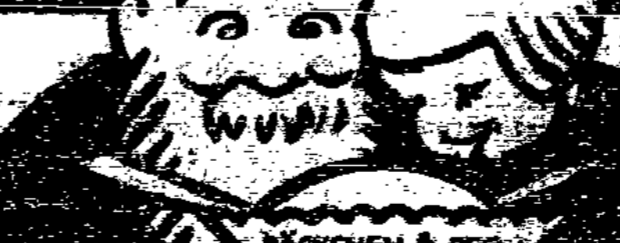
Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfanges bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechshundert eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch weiterhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das allgemeine Wohl in diesem Jahre zu leisten vermögen.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung



ist stets
OETKER
AUS DR. OETKER'S
Mit fischen oder eingemachten
Früchten, Rhubarber oder
Trockenfrüchten haltbar & gesund.



zu
PUDDING
PUDDING-PULVER
Der Zusatz von kochenbildenden
Salzen macht ihn zu einem der
vorragenden Kinder-Nährmittel.



Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III

Warum ruft der Straßenbauverleiher?
lautete eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Erzkohle aus Wärschitz-Distrau ist so gering, daß die Spannung in den Kesseln von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wirren in Oberschlesien halten also das städtische Elektrizitätswerk und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volkshilfskassen zu schließen, womit der Kammerer sparen wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 38 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 51. er Regimentes. Ein solches Denkmal gehörte eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51. er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weiter reichende Zwecke reserviert bleiben mußte. Es sei den Verankerten offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnsprechende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Gegen die Zuziehung der Betriebsobleute zu den Deputations-Sitzungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zuziehung doch erreicht, und die Betriebsobleute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Masten der Straßenbeleuchtung zu Kellamessern zu vermieten. Schön steht das nicht aus, aber die laternenlosen Kandelaber wirken noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Koststandsarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Rajatowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Befreiung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum maß bei dieser Gelegenheit dem Achtundtags die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindestermittelte wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptzweck von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Klein- und Großgewerbe abwandern, mußten diese herangezogen zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeblicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirks-Wohnungsstommars von Scheitha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Begründungen zur Sprache gebracht hatte, die von Scheitha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenfalls deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Beratungssitzung erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Wohnungsziehung als voll erwiesen annehmen mußte. Dem Junggeheulen von Gienauth hatte Herr von Scheitha rechtswidrig eine fünfzimmerige Wohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel stiege.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Tolier vier bürgerlichen Kadergesellschaften ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterportverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbauens wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Rot des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationalen Demagogie. Die deutschnationalen schwanden regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteilten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich „bei diesen Preisen“ noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einen gewöhnlich-kassierendes Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtverordneten darüber noch zu beschließen hätten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschuß mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot gerodet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, hielten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verurteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschahren zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber bisher nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenversteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadtverordnete Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Mayer in Berlin-Kaumitz und Reichstagspräsident Lohde war es gelungen, den Fürsten Hagfeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagfeldt diejenigen Erinnerungsgeldstücke auszuwählen, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Spentung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Spentung gehörte vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorbilders.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angleichung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtengehaltensgesetz vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenschaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindearbeitern.

Die Einführung einer Wohnungssteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person bleiben nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei. Bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badstube, Veranda, richtige Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungszusatz. Jede Verbesserungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschlossen. So sorgten die Besitzenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulspeditionen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten eines Umbenennens der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungstrieb gegenüber den deutschnationalen Mördern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Fest im Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr merkend über die städtische Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Koststandsberichterstattung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Koststandes eingegriffen hat.

Am Geburtshaus Ferdinand Lassalle's am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedenkfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schatz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Reingeld herauszugeben.

Am 19. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Montag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke wies unter dem raschen Währungsverfall ins Ungeheulere. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterstützungen für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern erhöht und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Notlage dieser Regierung erleichterte Kainars die Durchführung seiner Kuhngeleit. Bei einem Dollarkurs von 7000 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3 800 000 verließ sie endlich am 14. August 1922 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war ruiniert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Förderung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß die Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst verthan. Phantastische Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die auch durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verkrüppelter Arbeitslosigkeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Beklemmung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabbau und Herabminderung aller Unterstützungen das ganze Elend auf die unteren Schichten gewälzt. Auf Kosten der Arbeiter, der Kranken und Beamten vollzog sich der Gesundungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unnatürliche Notstände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,68 Mark bis höchstens 6,68 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuwerkzeuges zur Befreiung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notkassen-arbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Kammerer weist auf einen Gehaltsrückstand von 182 000 Goldmark, und die Betriebswerke haben ihre Kohlenvorräte eingebüßt. Der Magistrat suchte aus begrifflichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzuhaken, und der Betriebswerke aufzuhellen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erzielte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschloßen, Kutschfahrten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Die Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sierbekasse der Beamten ein zinsloses Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion einen der hervorragendsten Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorstoß wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für unbedenklicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städtetages erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterhaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen ständig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandauer-Grasplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Fluchtlinienplan beschloßen, der den Schloßplatz von der Bedrohung aus sich liebt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfanges bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechsigmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschehnisse der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch weiterhin so bleiben, und mögen geregeltere Verhältnisse hier hergestellt werden, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss

für Alt und Jung



ist stets
OETKER
AUS DR. OETKER'S

Mit frischen oder eingemachten Früchten, Pflaumen oder Kirschen, reichhaltig und gesund.



ein
PUDDING
PUDDING-PULVER

Der Zusatz von knochenbildenden Salzen macht ihn zu einem hervorragenden Kinder-Nährmittel.



Die Breslauer

Fünf Jahre sozial

III.

Warum zum Straßenbahnverkehr?

„Warum zum Straßenbahnverkehr?“ lautet eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Oltau ist so gering, daß die Spannung in den Kesseln von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wirren in Oberschlesien hatten also das schädliche Elektrizitätswert und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Koksblöthketten zu schließen, womit der Kammereinsparen wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaisers-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 51. er Regiments. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51. er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weiter reichende Zwecke reserviert bleiben muß. Es sei den Veranstaltern offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfsten Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnernde Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100.000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Gegen die Zuziehung der Betriebsoblieute zu den Deputationsitzungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Hinzuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Hinzuziehung doch erreicht, und die Betriebsoblieute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Randleber und Laternen der Straßenbeleuchtung zu reklamieren und zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Randleber wirken noch übler, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Notstandsarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietvertreter“ Dr. Bujatowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Befreiung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum mahnte bei dieser Gelegenheit dem Achtundtags die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindestermittelte wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptzweck von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber zum Teil in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schullosen herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Verleumdung des deutschnationalen Bezirks-Wohnungskomitees von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Behauptungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergabe von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungssitzung erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Behauptungen als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheulen von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünfstümmwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel stiege.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Tobler vier bürgerlichen Arbeitervereine ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeitervereine Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Die deutschnationalen schränkten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteilten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich bei diesen Preisen noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewöhnlich wirtschaftlichen Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise m ohne daß die Stadträte da seit die deutschnationalen gischen Reden mehr haben, in der ganzen weiteren In es fast gar keinen Zutritt aber auch die städtische worden. Als in der In die einen Goldpfennig b die ungeheuerlichen Fahrpre die Benutzung der Bahn, die kapitalistische Krise verschä

Der Bau eines G. April 1922 wieder ein führung ist es infolge der kommen. Nachdem nun st wird der Bau schon in der

Wegen Baukostenwert weitere 30 Millionen Ma mäßig. Der demokratische trage, daß nicht mehr Ma sich mit dem bisher bewill von unserer Mehrheit gege gefehlt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit in Berlin-Dankow und K lungen, den Fürsten 5 h j aus dem Nachlaß der Grä Erinnerungstafel auszufu Rasse alle in a m m en anzubieten. Die Schenkung bei einer späteren Ausstellu Male der Öffentlichkeit zu gehört vor allem die wert kämpfers.

Eine umfangreiche u gleichung der städt au das Beamtendiensteink In vierzehn Sitzungen von sich ein Unterauschuß unter dieler Mühe unterzogen, schaften wurde dabei nach sich auch nicht alle Wünsche Grenzen erfüllen ließen. B antenschaft gegenüber die kommen, wie gegenüber d

Die Einführung einer in Breslau beabsichtigt, w Reichsrats über die Erbede ein er Verlor bleiben na Wohnräume steuerfrei, vier Wohnräume. Außer richte, Veranda nicht als darf also haben drei Zimm ist nach den Richtlinien J Jede Wohnungsvermöglichschaltet. So sorgten die B Volk bei den Reichstagsun hatte.

Für den Landbau S schulspesen wurden bewilligt.

Der Ratenaumw Antrage, den Magistrat zu zweck Umbenennung der erinnernden Straßen u zu treten. Der Antrag kam Dabei zeigte sich Zentrum Trennungssitric gegenüber machen, und m die Ann machen die bürgerlichen P lassen des Saales beschlußu lammlung vor den Zeiten h Antrages bis zum 28. Sept

Am 12. August 1922 an der Gerhart Haupt hause teil. Nach der offizie raum eine Unterredung m und der Stadtverordnetenfr über die sachliche Arbeit Rathause von der sozial worden ist.

Am 31. August 1922 endigung der Ferien auf s besonderen Notstand teure Lebenshaltung, die R wegen des kommenden Win auch sonst in unzähligen Fä gegiffen hat.

Am Geburtstau Karstplatz wurde Sonntag, denksel enthält. Die La weiteren Schuß genommen.

Für Gewährung von wurden am 12. Oktober 19 Beschaffung von Lebens n die minderbemittelte Bevö Bewilligung von 15 Million demokratischen Antrag verbo

Die Versammlung besch Rdtliches Rotgeld h

Am 19. Oktober wurd Hauptmann zum Erb gestimmt.

Am Suhtag 1922 tr rzung Cuxa an. Die B begannen sich nun immer Wolke lag unter dem zapide Auch die Stadt Breslau ka kommunalpolitische Notschri Lohn- und Gehaltsauflagen,

„auf männliche Angestellte ist eine weitere der Arbeitsmarktlage zu verzeichnen gewesen; namentlich der erwerbslosen Kaufleute ist stark zurückgegangen. Leihende und Versicherungsangestellte werden in Dlegnig ch. In Breslau fehlt es an jüngeren tüchtigen Steno-

Arbeiter-Sport

Serienspiele am Freitag, den 18. April:

A II	Wader II	Wlad	Schiedsrichter
B II	Wader III	Staschin	Wohl
C II	Wader III	Diaschin	Pohl

Serienspiele am Sonntag, den 20. April:

I Krieg	Sturm I	Brieg	Komanie, Brieg
II Krieg	Sturm II	Brieg	Günther

Alle Herren „Nord“ — Alle Herren „West“.

am 1. April 1924, Beginn 3^u Uhr.

Kammer (W. f. U.)	Böckel (W. f. U.)		
mit (Sport)	Bittlich (W. f. U.)	Jubelstich (Wader)	
Gebel (West)	Blasche (Wader)	Schal (Stem)	Uttmann (W. f. U.)
Käbe (Fr. Sp.)	Trdel (West)	Rosner (Schwofisch)	Preisleit (West)
hle (Fr. En.)	Duang (West)	Nudoli (Sturm)	
Grante (Fr. Sp.)	Tulag (West)		
	Wit (Sturm)		

Die Nordmannschaft spielt in, welche Hölz; die Westmannschaft spielt im Westhofen, welche um 1/2 Stunde vorher auf dem U. S. L. Sportplatz. Hüfte stellt „Sparta“. Derber Jugendspiel, Beginn 2 Uhr. West I G. Schiedsrichter Wagner. Eintrittspreis 1/2 Fig. Arbeitsloje habe Preise.

Die für Karfreitag, Karfreier: Gudo (Vorwärts), Habinski (West), Sport), Scholz (W. f. U.). Linienrichter: Neugebauer, Stadich, Her.

achrichten. Für Sonntag, den 27. April und für Sonntag, den 28. April, ist über den ganzen Bezirk stätkes hängt. — Die Bekanntmachungen für den 27. April sind in der dieser Zeitung genau zu beachten. Die Verabreichung, Quarg.

Wettspiel um die Deutsche Verbandsmeisterschaft.

Sonntag, den 27. April.

Die I. Nord — Stern I Breslau auf dem U. S. L. Sportplatz. Jugendspiel, Beginn 3^u Uhr. Vorwärtsspiel. Es spielt der U. S. L. Sturm gegen eine Repräsentativ-Jugend. Verlet für stellt „W. f. U.“ Die Hüfte stellt Sturm. Schiedsrichter Neumann. Wagner (Stem)

Höhler (West) Fänder (W. f. U.)

at (Wader)	Hampel (Union)	Hüblich (W. f. U.)	
Koti	Hoffmann	Anoblich	Vins außen
(Stem)	(West)	(West)	(Stell Süd)

Stunde vorher: welche Hölz mitbringen. Ersatzleute: Koch (W. f. U.)

der Funktionäre für Sonntag, den 27. April. Protektionmission: Schampawit, Sisko. Pannschick: Schaffer, Wiesner, Kade-ler, Daller, Spiller, Kauerer: Demann Altmann, Kellch, Gudo, Wagner, Wladislaw und G. Grunert. Treffpunkt 1 Uhr. Parade. Demann Wladislaw, Protzschke, Scholz, Neumann, Stephan, Gehr, G. Kade, Gröschl, Artemel, Pöcher, West und Zische. Drei och Stem. Treffpunkt mittig 1 Uhr. Musikabende. Eintritts-ge 1/2 Fig. 1. Was 70 wie, 2. Was 40 bis. Jugendliche halbe stöße gegen Woyzigen der Karte 20 Fig. für den 2. Was. eige. Am Sonntag, den 11. Mai, findet auf dem Schloß das piel zur Stadtmannschaft statt. Bekanntmachung demnach, 18. Mai, Stadtmannschaft, Berlin — Breslau auf dem U. S. L. Im Auftrage der Kreisleitung: M. Quarg.

Kreismeister im Ringen von 1922, 23 und 24, sowie Kreismeister S.-B. „Eichenlaub 1914“, mit Sonntag, den 20. April (1. Ostermittags 5 Uhr, im Bergell: „Kriegswallstraße 33, mit einem gelegten Sportprogramm hervor. Im Ringen hat „Eichenlaub“ Kreismeister der A-Klasse, den S.-B. „Libertas 1896“ verpflichtet, ist in vom Bantane bis Schwergewicht gut besetzt und weiß nicht in Schwachen Punkt auf. „Eichenlaub“ hat keine härteste Mannschaft gegenübergestellt. Aufschlag über die Kämpfe wird das Resultat idem gelangen Ringereisübungen, Schwereübungen u. a. zur Der Jugendweltanschauung im Ringen „Eichenlaub 1914“ gegen 04“ wird auch spannende Kämpfe hervorbringen. Die Berliner Sonntag, den 20. April, nachmittags 2,36 Uhr in Breslau Haupt- und werden vom S.-B. „Eichenlaub“ sowie „Hera 1910“, scholl. Am 2. Feiertag ringen die Berliner Gäste normittags die bestbekannte Mannschaft des S.-B. „Hera 1914“ im Wäblers platzstraße 15/19. Auch „Hera“, welcher in stätker Ausstellung alles daran legen, um ehrenvoll abzuschneiden. unerschlaglich Breslau, 4. Männer-Abteilung: Montag, den 1. Uhr vormittags, Voramerikande.

Wasserstand

am 17. April 1924.

2,67	Breslau (Unter-Regel)	- 0,04
2,71	Kaniew (Ober-Regel)	4,90
1,88	(Unter-Regel)	4,56
3,32	Ophernhuth	3,36
3,80	Treichow	2,18
2,50	Wasserwärme + 8,2	
5,44		

4 Fig. MAGGI Fleischbrühe Würfel

Maggi's Kräftige wahl-schmeckende Fleischbrühe

Ein Hochgenuss ist stets OETKER'S AUS DR. OETKER'S Mit frischen oder eingemachten Früchten, Rhabarber oder Kräutern rohstoff u. gesund.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverkehr?
Lautete eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Schlesien ist so gering, daß die Spannung in den Kesseln von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Motoren in Oberschlesien hatten also das städtische Elektrizitätswerk und mit ihm diese Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volkshochschulen zu schließen, womit der Kämmerer sparen wollte, von unserer Partei abgewehrt werden. In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 38 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 51. Regiments. Ein solches Denkmal gehörte eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51-er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weiter reichende Zwecke reserviert bleiben mußte. Es sei den Verantwortlichen offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenerhebung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung Klärung Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnernde Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Gegen die Zuziehung der Betriebsobleute zu den Deputationsberatungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Hinzuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Hinzuziehung doch erreicht, und die Betriebsobleute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Summen ausgeben, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Radelaber und Masten der Straßenbeleuchtung zu Reklameschildern zu vermicthen. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Radelaber mitten noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Kostantenarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Rajakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festlegung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum muß bei dieser Gelegenheit dem Abstimmungsbescheid am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindeermittel wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einführung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptantrag von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Verteilung nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Klein- und Großbetriebe aber meist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese herangezogen zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeblicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirks-Wohnungsamtsleiters von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Begünstigungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienau auch bei der Vergabe von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungssitzung erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Wohnungsziehung als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Jungverheirateten von Gienau hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünfstückerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel stiege.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Lohrer vier bürgerlichen Auserwählten ein Erbschaftsrecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationale Demagogie. Die Deutschnationalen schwanden regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteilten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich bei diesen Preisen noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gemischtwirtschaftlichen Betriebe zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtverordneten darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschau mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot gerodet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen halbpennig betrug, legten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig beschlossen“, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun fastere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverleuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 20 Millionen Mark für den Kleinstwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadtratsordneter Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlungsrat der Genossen Professor Wagner in Berlin-Lankwitz und Reichstagspräsident Lohde war es gelungen, den Fürsten Saybold-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Saybold diejenigen Erinnerungsstücke auszuwählen, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ an einem Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorbildes.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angleichung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtendienstverordnungsdekret vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereine wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenvereine gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeinbediensteten.

Die Einführung einer Wohnungssteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person bleiben nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Wabstube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Wabstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungsluxus. Jede Verbesserungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschlossen. So sorgten die Beschlüsse für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulspendungen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenauorden veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wählern zu ziehen, und in die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Verhandlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Fest in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennend über die sachliche Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 trat die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Kostantensammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Kostandes eingegriffen hat.

Am Geburtshaus Ferdinand Lassalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedenkfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bewilligt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark rückständiges Rotgeld herauszugeben.

Am 19. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Neujahrstag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer härter auszuwirken. Die Not im Volke wuchs unter dem raschen Währungsverfall ins Ungemessene. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltsauflagen, höhere Unterstützungssätze für die

Kostleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und löhnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Polnars die Ausfuhr seiner Ruhrgeleiste. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3 800 000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war ruiniert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Unterhaltung und zur äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst veran. Phantastische Summen mußten zur Unterhaltung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die gern durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verlorener Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnung reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Verheerung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabbau und Herabminderung aller Unterhaltungen das ganze Geld auf die unteren Schichten gewälzt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Sejnungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich kehrt der Kampf gegen unnatürliche Kostände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die rein bürgerliche Regierung März nur 1,88 Mark bis 5 500 Stunden, 0,03 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeit leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeit leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Kostantenarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeit leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Kämmerer weist auf einen Defizitbetrag von 1 228 000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Kohlenvorräte eingebüßt. Der Magistrat suchte aus begründlichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und die Betriebswerke auszuheilen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 1,20 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Kitzfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sternkassette der Beamten ein zinsloses Darlehen von 8000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnwesens 226 000 Mark bereitgestellt, und auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen. Für Kostantensarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien bestand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragendsten Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn zur Magistrat- und Stadtrat-Wahl einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für zweckmäßiger angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städtetages erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gardau-Großplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelang es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Frührentnenplan beschloffen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren und schließlich eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewussten Händen gelegen, möge das auch fernzeitlich so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gehalten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

ist stets **OETKER** AUS DR. OETKER'S

Mit frischen oder eingemachten Früchten, Nüssen oder Mandeln

PUDDING PUDDING-PULVER

Der Zusatz von knochenbildenden Salzen macht ihn zu einem hervorragenden Nahrungsmittel

PACKEN 8 PFS



Sonne
Bezug
Der
Der
1. R
deutliche
der Sach
2. in
formulierten
anzunehmen
3. die
Regierung
Päne
4. die
für jedes
Textes
wurde
mittel
sicherung
tionskommission
die die
Industrie
tiefend
the, wie
Lomites
5. in
der Organ
Reparatur
6. die
Bericht der
ge
Paris
Immer
deutscher
Überwindung
Programms
form nur
eine Reihe
darauf
auf seine
sich zu
weisen, u
beständig
nicht durch
Nichtung
worden
der Repr
Im
nachdem
und nach
amerikan
handlungen
eigentlich
Japan
durch
töne; der
Schritt in
Aufstellung
sind dieser
halten zu
auch nach
Japan
berechtigt
familiäre
Der Franz
bedeuten, in
Ausschlag
Das
falls der
beabsichtigt
treten, daß
abhängigen
Deutschland
erlegten
Mit anderen
Diskussion
Boraus
siden und
die belegen
zur Errichtu
Eisenbahn
Istoria der
lein werden.
Auch
schon mög
deutsche
Wären kon
durch Erfü
Sehligang
Tatiz kann
das Wert

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Worum ruht der Straßenbahnverkehr? Lautete eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Ostau ist so gering, daß die Spannung in den Kesseln von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Motoren in Oberschlesien hatten also das schädliche Elektrizitätswerk und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Kämmerer sparen wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 38 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrollleuten aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 1. Regiments. Ein solches Denkmal gehöre eventuell an eine Stelle in der Nähe der Kaiser-Rajerne, aber nicht auf diesen Platz, der für weiter reichende Zwecke reserviert bleiben müsse. Es sei den Verantwortlichen offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfe Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnernde Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Gegen die Zuziehung der Betriebsobleute zu den Deputationsberatungen äußerten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zuziehung doch erreicht, und die Betriebsobleute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Anwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Masten der Straßenbeleuchtung zu Kellern zu vermicen. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Kandelaber wirken noch öbler, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Notstandsarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der armenen Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreters“ Dr. Bajalowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Befreiung der Mietten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum mahnte bei dieser Gelegenheit dem Achtundentag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindestvermittelte wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Ermäßigung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptteil von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber zumeist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese herangezogen zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeblicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirks-Wohnungsamtschiffers von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Behauptungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergabe von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungssitzung erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Behauptungen als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Jungverurteilten von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswändig eine Fünftümmernwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel kröh.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Tobler vier bürgerlichen Ausergesessenen ein Erbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund lag die deutschnationalen Demagogie. Die deutschnationalen schwängten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldwertverwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Defensivität aber verzweifelten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich bei diesen Preisen noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einen gewinnwirtschaftlichen Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldwertverwertung rasant hinauf, ohne daß die Stadtverordneten darüber noch zu beschließen hatten. Und jetzt die deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschau mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot gerodet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, bezogen bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verzweifelten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschahren zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldwertverwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverleerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbaubewilligt. Der demokratische Stadtverordneter Dr. Franke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürfen, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Maner in Berlin-Lankwitz und Reichstagspräsident Löbe war es gelungen, den Fürsten Saxe-Weilburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Saxe-Weilburg diejenigen Erinnerungsstücke auszuwählen, die von Ferdinand Rautavaalle kommen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ an einem Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angleichung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtendienstverdienstgesetz vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unter Ausschluß unter dem Vorhitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenvereinigungen gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindefunktionären.

Die Einführung einer Wohnungssteuer wurde in Breslau freigelegt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person bleiben nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badstube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungsluxus. Jede Besteuerungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschlossen. So sorgten die Beschlüsse für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Vandaufenthalt von Schulkindern und für Schulspesen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenauord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wählern zu ziehen, und in die Annahme des Antrages zu verhandeln, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Beratung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 26. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Fest in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennend über die sachliche Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 trat die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Notstandsversammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Notstandes eingegriffen hat.

Am Geburtshaus Ferdinand Lassalles an Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedenkfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bewilligt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark Rübliches Notgeld herauszugeben.

Am 19. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Freitag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke stieg unter dem raschen Wertverfall ins Ungemessene. Auch die Stadt Breslau kam in die stärkste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hätte auf jede Woche mühen Lohn, und Gehaltszulagen, höhere Unterstützungssätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern anzuheben und lösteten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Kainars die Durchführung seiner Aufrüstung. Bei einem Dollarstande von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarstande von 8 500 000 verließ sie endlich am 14. August 1922 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war ruiniert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Umherung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst veran. Phantastische Summen müßten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die gern durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnung reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekämpfung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabwurf und Herabminderung aller Unterstützungswesen das ganze Volk auf die unteren Schichten gewälzt. Auf Kosten der Arbeiter, der Weisgestellten und Beamten vollzog sich der Weimarerprozeß, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich liegt der Kampf gegen unnatürliche Notstände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,08 Mark bis 1,50 Mark wöchentlich als Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar zu einem Dringlichkeitsantrag, daß a) den jeweils Pflichten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichten herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notstandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Grund Saat und Reich einzuwirken. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Kämmerer weist auf einen Selbstbetrag von 1 228 000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Kohlenvorräte eingebüßt. Der Magistrat suchte aus begründlichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und den Betriebswerten auszuhalten, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 1,20 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Nachfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Steuerkasse der Beamten ein zinsloses Darlehen von 8000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnwesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutsche Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtrat ordnen einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vortrag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für unbedenklicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städtebundes erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen ständig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandauer Erzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen aber auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten gilt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Ausschümmenplan beschlossen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren und lediglich mal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch weiterhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier bestehen, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

ist stets



OETKER'S
AUS DR. OETKER'S

Mit frischen oder eingemachten Früchten, Rhabarber oder Vanille sehr nahrhaft u. gesund.

PUDDING
PUDDING-PULVER.

Der Zusatz von knochenbildenden Salzen macht ihn zu einem hervorragenden Kindernahrungsmittel.

PACKCHEN 6 PFG.

Sonn
 Bezug
 Der
 Die
 1. R
 der Sach
 2. in
 formuliert
 anzu
 3. die
 Negieru
 Pläne
 4. die
 für zuge
 Textes
 wurde
 mittel
 führung
 tionskomm
 die die
 Indu
 treffend
 thet, wie
 Louisees
 6. die
 Bericht der
 ge
 Paris,
 Immer deu
 fierungen
 Werwirklich
 Programms
 Form nur
 eine Reihe
 darauf hin
 auf seine
 leben, u
 verpflichtun
 nicht durch
 Richtungs
 worden
 der Reparat
 Im
 nachdem
 und auf
 am erita
 handlungen
 eigentlich
 Japan un
 lurch daro
 könne; der
 Schritt in
 Auffassung
 luden die
 erhalten zu
 auch nach
 und nach
 Japan und
 berechtigt
 familieng
 der fran
 bedeuten, in
 Ausschlag
 Das
 falls der
 beachtigt
 treten, daß
 abhängigen
 erlegten
 Mit anderen
 Diskussion
 Borussia
 fiden und
 die Befrei
 zur Erricht
 Eisenbahn
 Isahna der
 sein werden.
 Auch in
 sich wohl
 deutsche
 Wären kon
 durch Erfü
 Beibehalten
 Latit kann
 das Wert de

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverkehr?
Ist eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Wärsch-Ostau ist so gering, daß die Spannung in den Kesseln von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wirren in Oberschlesien halten also das städtische Elektrizitätswerk und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Kammerrat sparen wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller übrigen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anfechtung von zwei Baukontrollen durch Arbeiterkreise beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Herabgabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 51. Regiments. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51. Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichende Zwecke reserviert bleiben müsse. Es sei den Verantwortlichen offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenerhebung zu tun.

Am 13. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat hohnsprechende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geküßigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festschmiede bewilligt.

Gegen die Zurückziehung der Betriebsoblieute zu den Deputationsitzungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zurückziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationsen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zurückziehung doch erreicht, und die Betriebsoblieute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Laternen der Straßenbeleuchtung zu Reklamezwecken zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Kandelaber wirken noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Kostenträger auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der armen Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietersvertreter“ Dr. Rajakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum maß bei dieser Gelegenheit dem Reichstagsmitglied die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindestermäßigung wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptanteil von einer guten Schulbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber meist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeblicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirkswohnungsamts von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Verfügungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Sienauich bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstantz erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Wohnungsziehung als voll erwiesen angesehen hätte. Dem Junggeheulen von Sienauich hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel schrie.

Gegen die Zurückziehung der Arbeitersportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Lobler vier bürgerlichen Arbeitervereine ein Erbschaftrecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterruderverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationalen Demagogie. Die deutschnationalen schwängten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteidigten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schüler könnten sich „bei diesen Preisen“ noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewirtschaftlichem Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtäter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschauermangel mehr kündigt. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot gerodet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Cent betrug, heften bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verfechten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baufostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 90 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbaue bewilligt. Der demokratische Stadtratordnete Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Mayer in Berlin-Lautz und Reichstagspräsident Lobe war es gelungen, den Fürsten Hagefeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagefeldt diejenigen Erbschaftsumstände auszuheben, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Anordnung der städtischen Besoldungsordnung auf das Beamtendiensteinkommengesetz vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamenschaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeinbediensteten.

Die Einführung einer Wohnungsluxussteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Rücksichten des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person diejenen nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badestube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badestube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungsluxus. Jede Steuerermäßigung mußte mit dem Vorbehalt ausgesprochen werden, daß die Betroffenen für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulförtern und für Schulspendungen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschnitt gegenüber den deutschnationalen Mördern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Feier in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennend über die schließliche Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Notkassenversammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Notkassen eingegriffen hat.

Am Geburtstage Ferdinand Lassalles am Rathaus wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihrem weiteren Schutze genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Sonntag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der letzten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke lag unter dem raschen Währungsersatz ins Ungemeine. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterstützungssätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Boicards die Ausfuhr seiner Ruhrgeleise. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3 800 000 verließ sie endlich am 14. August 1922 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war zutiefst entsetzt. Die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Umänderung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Maßnahmen wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst verthan. Phantastische Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die getrieben durch die Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verführter Arbeitslosigkeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bitterkeit. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabwahl und Herabminderung aller Unterstützungssätze das ganze Volk auf die unteren Schichten gedrückt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Gesundungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unnatürliche Notstände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,88 Mark bis höchstens 6,03 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrag, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solche zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notstandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Kammerrat weiß auf einen Gehaltszuschlag von 1 825 000 Goldmark, und die Betriebswerke haben ihre Kohlenvorräte eingebüßt. Der Magistrat mußte aus begreiflichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und den Betriebswerken aufzuhelfen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschloß, Müßiggänger zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sterbefasse der Beamten ein zinsloses Darlehen von 9 000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trübseligen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für zweckmäßiger angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städteverbandes erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandau-Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Fruchtministerium beschworen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechsmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch weiterhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gestatten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

ist stets **OETKER** AUS DR. OETKER'S

Milchischen oder eingemachten Früchten, Rhabarber oder Fruchtlosig nahrhaft u. gesund.

z.B. **PUDDING** PUDDING-PULVER

Der Zusatz von kochenbildenden Salzen macht ihn zu einem der vorragendsten Kindernahrungsmittel.



Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Geschäftsverteilung: Neue Graunstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen: An der Haupt-Expedition 10, sowie durch alle Anzeigenstellen zu beziehen. Postpreis freibleibend! Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bestellung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Dresden 2
Verlags- und Anzeigenschäftsstelle: Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Telephon-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Nr.: Postfach-Nr. Dresden Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärtig 45 Pf., auswärts 12 Pf., Anzeigen unter 100 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleihen, Verpfändungen und Wohnungsanzeigen 3 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fette Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11. Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Verstädigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschluß der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

- Die Reparationskommission beschließt:
1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlussfolgerungen der Berichte der Sachverständigen beitrifft;
 2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
 3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
 4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlussfolgerungen und des Textes der Berichte die Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Reparationskommission zu übermitteln, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Organisationskomitees beizutreten die Eisenbahn und die Industriehypothek, wie sie in dem Bericht des Experten Sachverständigenkomitees vorgezeichnet sind, vorzuziehen sollen;
 5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Organisationsauschüsse zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zuzustehen;
 6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Versicherungen zum Trotz, die französische Regierung an einer Bewirkung des von den Sachverständigen vorgeschlagenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in keiner Hinsicht nur ein sehr geringes Interesse hat. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem verlangten Bericht Frankreichs auf seine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu entscheiden, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchbringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zulassung der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend darauf hingewiesen, daß nach dem Verfall der Verträge nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Gliedstaaten Deutschlands zähle, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südafrika, die einen berechtigten Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Vorkämpfer habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Vaincaro unternommen und nach Zustimmung der französischen Regierung könne ein offizielles Ersuchen dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht abschlägig beschieden werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südafrikas in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmgleichheit die Präzidenzstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ andeutet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kompetenz der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Plan der Sachverständigen aufgestellten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität der deutschen Regierung über die besetzten Gebiete hinausschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsreform, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchzuführen könnte, ohne die hindende Zustimmung, daß Frankreich durch Erfüllung der ihm in diesem Programm vorgeschriebenen Bedingungen die Voraussetzungen dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayrischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayrische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigen Gutachten gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Knilling nahestehende „Bayrische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtsobjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen jenseitig darüber hinaus auch noch die vollständige Verpfändung vor. Veräußerung wie Verpfändung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayrischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Voraussetzungen durch den bayrischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Änderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht aufzwingen. Würde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn für wieder Beschäftigung des bayrischen Staates. Es erhebe sich notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die völkische „Medienburger Warte“:

Wie wir aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die thüringische (soll wohl heißen: „bayrische“ Red.) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichsminister über die Antwort an die Replo dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenentwürfe als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinettspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlwählern der Deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutsch-nationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landbundes Mecklenburg-Schwerin, dessen Vorsitzender Erz. Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Sclange der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer lauen Regierungskompromisselei wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumköhlern und Talschneidern aus der Nähe so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogiert. In Thüringen, in Mecklenburg kommen die deutsch-nationalen Regierungsschläger aus dem Wadeln gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Rollenpiel überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk kosten?

Auch Helferricht und Quaaß in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Nummer erstens eine Erklärung des Reichslandbundes, zweitens einen Artikel Helferrichts und weiter einen Artikel von Quaaß, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Vorkämpfer der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quaaß gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Kleinrentner und Hülffern, was für die schwerindustrialisierten Nationalliberalen Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am stärksten geht, entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Mecklenburg, der der Annahme zustimmte, Helferricht ins Zeug, der seinen Auftrag „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlussfolgerung kommt:

„Seit acht Monaten einer Politik unbedingten Verständigungswillens stehen wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einheitsfront der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hart an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch wieder von neuem auf sich lädt.“

Das ist Helferrichtscher Geist. Die Ausschichten für die Befreiung des besetzten Gebietes sind durch die Vorkämpfer der Sachverständigen wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig zerstört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenentwürfe die diplomatische Aktion Englands und Amerikas vereiteln würde. Die Rechte verliert, die Verständigung abermals zu sabotieren.

Politische Oestern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterreichern für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Uferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Blättern die „völkische Uferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegensatz ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extremste aller völkischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen absinken muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volkssymbolen vom Hahn und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Laster, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtswärtige Befehung wichtigster deutscher Wirtschaftsgebiete ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigen Gutachten für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchsektor Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helft euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Reime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Auswirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verständigung erfüllen, die uns die Vorkämpfer dieser Osterzeit verheißen haben!

—m.

Belgien für eine Alliertent Konferenz.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen am Konföderatentisch zu eröffnen.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverkehr?
 letzte eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Erzkohle aus Wärsch-Ostrau ist so gering, daß die Spannung in den Röhren von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wärsen in Oberschlesien hatten also das städtische Elektrizitätswerk und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Wollschleifereien zu schließen, womit der Kammerrat sparen wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Herabgabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 1. Weltkrieges. Ein solches Denkmal gehörte eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weiter reichende Zwecke reserviert bleiben mußte. Es sei den Veranstalter offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 13. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat hohnsprechende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer gekübelnd wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100.000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festschule bewilligt.

Gegen die Zuziehung der Betriebsobleute zu den Deputationsitzungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Hinzuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Hinzuziehung doch erreicht, und die Betriebsobleute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Laternen der Straßenbeleuchtung zu Kellern zu vermieten. Schon sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Kandelaber wirken noch übler, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Kostendarstellungen auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Bujakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum maß bei dieser Gelegenheit dem Wirtschaftstag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindesterwerbende wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterworfen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptnutzen von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber zumeist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirksverwaltungsamts von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Begründungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienau bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungssitzung erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Wohnungszuteilung als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheulen von Gienau hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel schrie.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeiterpartei wurde die Fraktion mehrfach anknüpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Tobler vier bürgerlichen Ruderer ein Erbschaftsrecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterclub Gelände zur Errichtung eines Boothauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationalen Demagogie. Die deutschnationalen schwängten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldwertminderung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verkündeten sie dem Publikum den Theaterbankrott, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich „bei diesen Preisen“ noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewirtschaftlichem Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldwertminderung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hätten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besetzt gewesen, daß es fast gar keinen Zuschau mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast fast geredet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, gehien bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig beschlossen“, zur Ausführung ist es infolge der Geldwertminderung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostensteigerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbaue bewilligt. Der demokratische Stadtratordneter Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Wagner in Berlin-Landau und Reichstagspräsident Lobe war es gelungen, den Fürsten Hatzfeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hatzfeldt diejenigen Erinnerungsschilde auszuwählen, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorbildes.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Anweisung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtendiensteinmessenamt vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßiger vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamenschaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindearbeitern.

Die Einführung einer Wohnungsteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Rücksichten des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person diejenen nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badestube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badestube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungszulugus. Jede Besteuerungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschaltet. So forsteten die Besessenen für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulfkindern und für Schulspeisungen wurden am 20. Juni 1922 537.000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wöbern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Feier in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennend über die städtische Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Notstandsversammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Notstandes eingegriffen hat.

Im Geburtshaus Ferdinand Lassalles am Karlsplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200.000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmittel und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Sonntag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schiefen Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke wuchs unter dem raschen Wertverfall ins Ungemeine. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterhaltungsätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Poincaré die Durchführung seiner Ruhrgeheile. Bei einem Dollarstande von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarstande von 3.600.000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war ruiniert; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Abwendung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst verban. Phantastische Summen mußten zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die gern durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verfallener Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bekahrung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabgabe und Herabminderung aller Unterhaltungen das ganze Volk auf die unteren Schichten geworfen. Auf Kosten der Arbeiter, die angestellten und Beamten vollzog sich der Gesundungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unnatürliche Maßnahme noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40.000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,68 Mark bis höchstens 3,03 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtenarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtenarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtenarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtenarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notstandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtenarbeit leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Kammerrat weist auf einen Fehlbetrag von 1.825.000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Kohlennotstände eingehüllt. Der Magistrat suchte aus begreiflichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und den Betriebswerten aufzuhelfen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Mühsfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20.000 Mark geliehen und der Sterbefasse der Beamten ein zinsloses Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226.000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50.000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trübseligen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstieges zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für zweckmäßiger angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städteverbandes erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Wandauer Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten gilt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein juristisch-technischer Ausschuss, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfanges bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechsmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch fernertun so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

ist stets **OETKER** AUS DR. OETKER'S

Mit frischer oder eingemachten Früchten, Kirschen oder anderen Früchten nahrhaft und gesund.

z. B. **PUDDING** PUDDING-PULVER

Der Zusatz von kochenbildenden Salzen macht ihn zu einem der vorragenden Kinder-Nahrungsmittel.



Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“: Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Bazarstraße 14/15 sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Vorpreis freibleibend! Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 6, 40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Dresden 2
Verlags- und Anstaltsleiter: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Ronto: Postfach-Nr. Dresden Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., Anzeigen unter 200 50 Pf., auswärts 65 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Wohnungsanzeigen 3 Pf., Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis um 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Verstädigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschluß der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlußfolgerungen der Berichte der Sachverständigen beitrifft;
2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlußfolgerungen und des Textes der Berichte die Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Delegationskomitees beitreten lassen will, wie sie in dem Bericht des Sachverständigen-Komitees vorgezeichnet sind, beitreten sollen;
5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Organisationsausschüsse zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zusteht;
6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Versicherungen zum Trotz, die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgelegenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in keiner dringenden Form nur ein sehr geringes Interesse hat. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem verlangten Bericht Frankreichs auf seine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu entscheiden, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchbringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zusammenziehung der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend darauf hingewiesen, daß, nachdem Amerika den Versailler Vertrag nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Gläubigerstaaten Deutschlands zähle, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südafrika, die einen berechtigten Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Botschafter habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Walczak unternommen und nach Auflösung der französischen Regierung könne ein offizielles Ersuchen dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht abschlägig beschieden werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südafrikas in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmengleichheit die Prästidatstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ andeutet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Komplette der alliierten Regierungen abhängigen Entschlüsse erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Rat der Sachverständigen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Souveränität der deutschen Regierung über die besetzten Gebiete hinauschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsreform, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchzuführen könne, ohne die bindende Zustimmung, daß Frankreich durch Erfüllung der ihm in diesem Programm vorgezeichneten Bedingungen die Voraussetzungen dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayrischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayrische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigenentwürfen gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der der Regierung Knilling nahestehende „Bayrische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtsobjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen jenseitig darüber hinaus auch noch die vollwertige Verpfändung vor. Veräußerung wie Verpfändung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayrischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Voraussetzungen durch den bayrischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Veränderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht aufzwingen. Werde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn sei wieder Besitz des bayrischen Staates. Es erhebe sich notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die völkische „Medienburger Warte“:

Wir aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die Thüringische (soll wohl heißen: „bayrische“) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichsminister über die Antwort an die Repto dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenentwürfe als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinetspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmanövern der Deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutsch-nationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landvolkes Medienburg-Schwerin, dessen Vorsitzender Erzellenz Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Seilange der Landwirtschaft, für die der Landvolk doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisse wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumflüglern und Lufschiffen aus der Nähe so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogiert. In Thüringen, in Medienburg kommen die deutsch-nationalen Regierungsschläger aus dem Wadeln gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Vossenspiel überhaupt dauern? Aber was kostet es dem deutschen Volk?

Auch Helfferich und Quaaß in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Nummer erstens eine Erklärung des Reichslandvolkes, zweitens einen Artikel Helfferichs und weiter einen Artikel von Quaaß, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Völkische Lage der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quaaß gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Gläubigern und Wässlern, was für die schwerindustriellen Nationalliberalen Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am schärfsten geht, entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Medienburg, der der Annahme zustimmt, Helfferich ins Zeug, der seinen Aufsatz „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlußfolgerung kommt:

„Heute nach acht Monaten einer Politik unbedingten Verständigungswillens stehen wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einheitsfront der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Fluch der Unterzeichnung unerkennbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hat an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch wieder von neuem auf sich lädt.“

Das ist Helfferichs Geist. Die Ausschreitungen für die Befreiung des besetzten Gebietes sind durch die Vorkämpfer der Sachverständigen wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig gestört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenentwürfe die diplomatische Aktion Englands und Amerikas vereiteln würde. Die Rechte verurteilt die Verständigung überhaupt zu sabotieren.

Politische Othern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Othern für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Uferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Mäthern die „völkische Uferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegensatz ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extreme aller pazifistischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstoßen muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Othern ist aber auch das alte Frühlingssie, das mit seinen Volkssymbolen vom Hahn und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unter Othern ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Laiten; die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtsradikale Befehung wichtiger deutscher Wirtschaftsgebiete ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigenentwürfe für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchgeführter Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnabengedank gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helft euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Reime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Rückwirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verständigung erfüllen, die uns die Beschüsse dieser Osterzeit verheißen haben!

Belgien für eine Alliertentkonferenz.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen an Konferenzen zu eröffnen.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverkehr? lautet eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Odrau ist so gering, daß die Spannung in den Röhren von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wägen in Oberschlesien hatten also das städtische Elektrizitätswerk und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 wurde ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Kämmerer sparen wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Herabgabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 51. Regiments. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51. Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichende Zwecke reserviert bleiben muß. Es sei den Veranlassern offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhnrührende Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festschspiele bewilligt.

Gegen die Zurückziehung der Betriebsoblieute zu den Deputationsitzungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Zurückziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Zurückziehung doch erreicht, und die Betriebsoblieute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Masten der Straßenbeleuchtung zu Kellern zu vermiehen. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Kandelaber wirken noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehn von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Kostensarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Bujakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gemähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum mahnt bei dieser Gelegenheit dem Hochfunktentag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Miinderbemittelte wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptanstoß von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleingewerbe aber meist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Frey wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirkswohnungsamts von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Beschuldigungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauß bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstanz erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Wohnungsziehung als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheulen von Gienauß hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünftimmerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel schrie.

Gegen die Zurückziehung der Arbeitersportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Tobler vier bürgerlichen Ruderclubs ein Erbaurecht einzuräumen wollte, während er dem Arbeiterclubverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaus wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationalen Demagogie. Die deutschnationalen schwängten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteidigten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich bei diesen Preisen noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gewirtschaftlichem Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besetzt gewesen, daß es fast gar keinen Zuschauermangel mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tat geredet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, hielten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verurteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig“ beschlossen, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 90 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadtvater Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Wagner in Berlin-Lautz und Reichstagspräsident Löbe war es gelungen, den Fürsten Hagefeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagefeldt diejenigen Erinnerungsgüter auszuwählen, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angleichung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtendiensteinkommengeld vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßiger vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Geld gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenchaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindearbeitern.

Die Einführung einer Wohnungsluststeuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Rücklinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person die über diese Rücklinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei, bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badestube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badestube, Veranda. Das ist nach den Rücklinien des Reichsrats kein Wohnungslust. Jede Besteuerungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschlossen. So sorgten die Bekleidenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulförnern und für Schulspendungen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Mördern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 26. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Feyer in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feyer hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr merkenswert über die soziale Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Ratshausversammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besondern Notstandes eingegriffen hat.

Im Geburtshaus Ferdinand Lassalles am Rathaus wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Sonntag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der letzten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke lag unter dem raschen Währungsverfall im Ungemeinen. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterhaltungsätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Poincaré die Durchführung seiner Ruhestiftung. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3 600 000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war enttäuscht; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Umwertung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst verbar. Phantastische Summen mußten zur Unterhaltung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die ganz durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnung reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Bitterkeit. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabwurf und Herabminderung aller Unterhaltungen das ganze Volk auf die unteren Schichten gedrückt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Gesundungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unmaßstäbliche Notstände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reinbürgerliche Regierung Marx nur 1,68 Mark bis höchstens 3,03 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrag, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solches zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notstandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten auf Provinz, Staat und Reich einzuwirken. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Kämmerer weiß auf einen Gehaltsbetrag von 1 825 000 Goldmark, und die Betriebswerke haben ihre Kohlenvorräte einbeschüßt. Der Magistrat suchte aus bescheidenen Gründen das Defizit möglichst reich abzubauen, und der Betriebswerken aufzuhelfen, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschloßen, Müchfabrikanten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sterbefasse der Beamten ein ähnliches Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungswesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragendsten Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für zweckdienlicher angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, die es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfangreicher Bericht von Vertretern des deutschen Städteverbandes erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadterwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandau-Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Frühmorgenpian beschloßen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfangs bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechshundertmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch weiterhin so bleiben, und mögen geregeltere Verhältnisse hier beschaffen werden, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

ist stets
OETKER
AUS DR. OETKER'S
Mit frischen oder eingemachten Früchten, Rhubarb oder fruchtig aromatisiert u. gesund.

z.B.
PUDDING
PUDDING-PULVER
Der Zusatz von knochenbildenden Salzen macht ihn zu einem der vorzüglichsten Kindernahrungsmittel.



Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“: Neue Graunstr. Nr. 5, durch die Zweigstellen: Altkatholische Kirche, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Preis pro Heft 1 Pf. 70 Goldmark. Bei Bezugung in Papiermarkt nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsgesellschaft und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Telegraphisch-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 5141.
Postfach-Nr. 1010. Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je 20 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungen, Lesestimmungen und Wohnungsanzeigen 3 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fette Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Berständigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschluß der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

- Die Reparationskommission beschließt:
- 1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlussfolgerungen der Berichte der Sachverständigen beitrifft;
- 2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
- 3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
- 4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlussfolgerungen und des Textes der Berichte die Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Reparationskommission zu übermitteln, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Organisationskomitees betreffend die Eisenbahn und die Industriehypothek, wie sie in dem Bericht des ersten Sachverständigenkomitees vorgelesen sind, vertreten sollen;
- 5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Organisationsausschüsse zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zusteht;
- 6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Verhandlungen zum Trotz, die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgelegenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in seiner heutigen Form nur ein sehr geringes Interesse hat. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem vorliegenden Bericht französischer Sachverständiger entgegen zu stellen, die den belagerten Gebieten zu entziehen und sie selbst entschließen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zulassung der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend dargelegt, daß, nachdem Amerika den Versailler Vertrag nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Gründungsstaaten Deutschlands zähle, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südafrika, die einen berechtigten Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Vorkämpfer habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Walcareo unternommen und nach Auflösung der französischen Regierung könne ein offizielles Erlassen dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht abschlägig beschieden werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südafrikas in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stützung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmengleichheit die Präzisionsstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ andeutet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kompetenz der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Plan der Sachverständigen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Souveränität der deutschen Regierung über die belagerten Gebiete hinausschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsbank, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchzuführen könnte, ohne die hindende Zustimmung, daß Frankreich durch Erfüllung der ihm in diesem Programm vorgeschriebenen Bedingungen die Voraussetzungen dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayrischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayrische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigenurteile gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Knilling nachstehende „Bayrische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtssubjekt, also eine vollendete Betätigung. Der Vorschlag der Sachverständigen sei darüber hinaus auch noch die vollwertige Verständigung vor. Veräußerung wie Verpfändung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayrischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Vorausgesehenheit durch den bayrischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Änderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht aufzwingen. Würde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn wieder Besitz des bayrischen Staates. Es erhebe sich notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die völkische „Medlenburger Warte“:

Wie wir aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die thüringische (soll wohl heißen: „bayrische“) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichsamt über die Antwort an die Repts dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenurteile als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinettspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmännern der deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutschnationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es jetzt die Politik des Landbundes Mecklenburg-Schwerin, dessen Vorsitzender Erz. Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Belange der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisselei wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumköpfern und Talschneidern aus der Nähe so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogiert. In Thüringen, in Mecklenburg kommen die deutsch-nationalen Regierungsschläger aus dem Wadeln gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Wollen überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk kosten?

Auch Helfferich und Quaaß in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Nummer erstens eine Erklärung des Reichslandbundes, zweitens einen Artikel Helfferichs und weiter einen Artikel von Quaaß, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Vorkämpfer der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quaaß gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Käufern und Händlern, was für die schwerindustriellen Nationalliberalen Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am härtesten geht, entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Mecklenburg, der der Annahme zustimmte, Helfferich ins Zeug, der seinen Aufsatz „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlussfolgerung kommt:

„Seit fast acht Monaten einer Politik unbedingten Verständigungswillens seien wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einheitsfront der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hat an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch wieder von neuem auf sich lädt.“

Das ist Helfferichs Geist. Die Ausschüsse für die Befreiung des belagerten Gebietes sind durch die Vorkämpfer der Sachverständigen wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig zerstört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenurteile die diplomatische Aktion Englands und Amerikas verweigern würde. Die Rechte verlor die Verständigung übermals zu sabotieren.

Politische Ostern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterglauben für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Auferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Blättern die „völkische Auferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegensatz ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extreme aller pazifistischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstößt. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volkssymbolen vom Hahn und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Lasten, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtswidrige Befehlsmacht wichtigster deutscher Wirtschaftsgebiete ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigenurteile und der Freigabe für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchgeführter Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helft euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Reime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Auswirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Kögen die Wahlen vom 4. Mai die Verkündung erfüllen, die uns die Beschlüsse dieser Osterzeit verhießen haben!

Belgien für eine Alliertent Konferenz.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen am Konföderatentisch zu eröffnen.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum nun der Straßenbahnverkehr? lautet eine sozialdemokratische Anfrage vom 9. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Oltau ist so gering, daß die Spannung in den Röhren von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wirren in Oberschlesien hatten also das schädliche Elektrizitätswort und mit ihm viele Breslauer Gemetzelbetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Kammersparen wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 88 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Anstellung von zwei Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 51. er-Regiments. Ein solches Denkmal gehört eventuell an eine Stelle in der Nähe der 51. er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichende Zwecke reserviert bleiben mußte. Es sei den Veranlassern offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung scharfen Protest ein, gegen die, den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsresultat höhndere Teilung Oberschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Gegen die Zuziehung der Betriebsobleute zu den Deputationsitzungen sträubten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Hinzuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Hinzuziehung doch erreicht, und die Betriebsobleute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Masten der Straßenbeleuchtung zu Kellermastern zu vermiclen. Schön sieht das nicht aus, aber die laternenlosen Kandelaber wirken noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Kostensarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietersvertreter“ Dr. Rajakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gemähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum maß bei dieser Gelegenheit dem Reichstendentag die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Mindestermittelte wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Einrichtung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Hauptzweck von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Kleinergewerbe aber zumeist in die Großbetriebe abwandern, mußten diese herangezogen zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadtverordneter Genosse Freg wegen angeleglicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirks-Wohnungsstommars von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Begründungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Oberleutnant von Gienauth bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstanz erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Freg, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Wohnungsziehung als voll erwiesen ansehen mußte. Dem Junggeheule von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünfstückerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel schrie.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeitersportvereine mußte die Fraktion mehrfach ankämpfen, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Lohrer vier bürgerlichen Arbeitervereine ein Erbbaurecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterturnverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptgrund trug die deutschnationalen Demagogie. Die deutschnationalen schwängten regelmäßig die Sitzungen der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verkauften sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich bei diesen Preisen noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einem gesellschaftswirtschaftlichem Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschuh mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot geredet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, hehnten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verketteten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig beschlossen“, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 80 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbaue bewilligt. Der demokratische Stadtvordneter Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürften, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen ließen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Mager in Berlin-Lautz und Reichstagspräsident Löbe war es gelungen, den Fürsten Hagefeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagefeldt diejenigen Erinnerungsgüter auszuwählen, die von Ferdinand Lassalle stammen und sie der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angliederung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtendiensteinkommengeseß vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamtenvereinigungen wurde dabei nach Möglichkeit entgegengekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenenschaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeindearbeitern.

Die Einführung einer Wohnungsluxussteuer war in Breslau beabsichtigt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person die über diese Richtlinien mindestens drei Wohnräume, außerdem fähigen Küche, Badestube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badestube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungsluxus. Jede Besteuerungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschlossen. So sorgten die Bestehenden für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulfkindern und für Schulspeditionen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Mördern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Versammlung vor den Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Feier in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feier hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadtverordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennd über die schätzbare Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadtverordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Notkassensammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Notkassens eingegriffen hat.

Am Geburtstage Ferdinand Lassalles am Karfreitag wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihrem weiteren Schutze genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Versammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark städtisches Notgeld herauszugeben.

Am 18. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Sonntag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszudehnen. Die Not im Volke wuchs unter dem raschen Währungsverfall ins Ungeheure. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hörte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterstützungssätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Poincaré die Ausfuhr seiner Ruhrgeleise. Bei einem Dollarstande von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarstande von 8 800 000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Ruhmes. Das ganze Volk war zutiefst unter; die Stadt Breslau mit. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Abwendung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese Not wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst verthan. Phantastische Summen mußten zur Unterstützung von Beamtenlohn ausgeben werden, die ganz durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verlängerter Arbeitslosigkeit.

Der Sinz Cunos ließ neue Hoffnungen reifen, aber die Umkehr zeigte erst die volle Beklemmung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reichsbürgerliche Regierung durch Beamtenabbau und Herabminderung aller Unterstützungen das ganze Volk auf die unteren Schichten gedrückt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angestellten und Beamten vollzog sich der Gesundungsprozeß, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unumkehrliche Notstände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die reichsbürgerliche Regierung Marx nur 1,68 Mark bis höchstens 3,08 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben erlaubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solche zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notkassensarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeitsgelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, weshalb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forderungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Kammerschatz weist auf einen Gehaltsrückstand von 1 825 000 Goldmark, und die Betriebswerke haben ihre Kohlenvorräte eingeleert. Der Magistrat suchte aus begründeten Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und der Betriebswerke aufzuheben, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark beantragt und daraufhin beschlossen, Rückfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geliehen und der Sterbekasse der Beamten ein günstiges Darlehen von 9000 Mark gewährt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnwesens 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notkassensarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereitgestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachahmung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in denselben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutschen Großstädte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstieges zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überwunden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragendsten Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für unwahrscheinlich angesehen, eine Studienkommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städtetages erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Ergebnisse der sozialdemokratischen Wiener Stadterwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studienkommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen ständig bedroht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Grandauer Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Ähnliche Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Frühmitemian beschlossen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausschließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Umfanges bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechsmal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschicke der Stadt Breslau in verantwortungsbewußten Händen gelegen, möge das auch weiterhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss

für Alt und Jung



ist stets
OETKER
AUS DR. OETKER'S

Mit frischen oder eingemachten Früchten, Rhabarber oder fruchtig-süßem Rohrkraut u. gesund.



z.B.
PUDDING
PUDDING-PULVER

Der Zusatz von knochenbildenden Salzen macht ihn zu einem der vorzuziehenden Kindernahrungsmittel.



Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

III.

Warum ruft der Straßenbahnverkehr?
 lautete eine sozialdemokratische Anfrage vom 8. Juni 1921. Antwort: Seit fünf Wochen bekommen wir aus Oberschlesien keine Kohle, und der Heizwert der beschafften Ersatzkohle aus Mährisch-Ostau ist so gering, daß die Spannung in den Röhren von 12 auf 4 Atmosphären zurückgegangen ist. Die Wirren in Oberschlesien hatten also das schädliche Elektrizitätswert und mit ihm viele Breslauer Gewerbebetriebe zum Stillstande gebracht.

Am 16. Juni 1921 mußte ein Magistratsantrag, zwei Volksbibliotheken zu schließen, womit der Kämmerer sparen wollte, von unserer Partei abgewehrt werden.

In derselben Sitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 33 Millionen zur Errichtung von Wasserkraftwerken an der Oder beschlossen.

Mit sozialdemokratischer Mehrheit gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde am 23. Juni 1921 die Ansetzung von zwei Baukontrollleuten aus Arbeiterkreisen beschlossen.

Abgelehnt wurde in dieser Sitzung von der sozialdemokratischen Mehrheit die Vergabe des sogenannten Kaiser-Wilhelm-Platzes für ein Denkmal der Gefallenen des 51. Regiments. Ein solches Denkmal gehört eigentlich an eine Stelle in der Nähe der 51-er-Kaserne, aber nicht auf diesen Platz, der für weitere reichende Zwecke reserviert bleiben muß. Es sei den Verantwortlichen offensichtlich auch mehr um eine monarchistische Demonstration als um eine Gefallenenehrung zu tun.

Am 18. Oktober 1921 legte die Stadtverordneten-Versammlung Klärung Protokoll ein, gegen die den Friedensvertrag verletzende, und das Abstimmungsergebnis höhnernde Fiktion Obereschlesiens, durch die die Stadt Breslau wirtschaftlich schwer geschädigt wurde, und beschloß eine Protestkundgebung auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle.

Am 27. Oktober 1921 wurden 100 000 Mark als Garantiefond für die Gerhart Hauptmann-Festspiele bewilligt.

Wegen die Zugehörigkeit der Betriebsobleute zu den Deputationsleistungen kürzten sich die meisten Deputierten. Von unseren Genossen mußte diese Hinzuziehung wiederholt gefordert werden, obwohl man in einzelnen Deputationen damit bereits gute Erfahrungen gemacht hatte. Schließlich wurde diese Hinzuziehung doch erreicht, und die Betriebsobleute haben auf Grund ihrer Sachkunde bei den Beratungen oft recht nützliche Anregungen gegeben.

Für Straßenbeleuchtung kann die Stadt infolge ihrer Armut noch auf lange Zeit hinaus leider nicht so große Aufwendungen machen, als vor dem Kriege, weshalb im November 1921 beschlossen wurde, Kandelaber und Masten der Straßenbeleuchtung zu Reklameszwecken zu vermieten. Schön sieht das nicht aus, aber die internen Kandelaber wirken noch über, und der Stadt kommt die Einnahme einigermaßen zugute.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nahm die Stadt im November 1921 ein Darlehen von 5 Millionen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für Notstandsarbeiten auf. Anfang Dezember 1921 wurde auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zu liefern.

Ein Antrag des deutschnationalen „Mietervertreter“ Dr. Rajakowski, der den Hausbesitzern freie Hand in der Festsetzung der Mieten gewähren wollte, wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit zurückgeschlagen. Das Zentrum maß bei dieser Gelegenheit dem Reichstagsmitglied die Schuld am Wohnungselend zu.

Eine Ermäßigung des Gaspreises für Minderbemittelte wurde im Dezember 1921 eingeführt. Die Ermäßigung besteht noch heute, und Breslau ist die einzige Stadt, die eine ähnliche Leistung aufzuweisen hat.

Die Schulgeldbeiträge zu den Berufsschulen wurden im Januar 1922 einer gerechten Regelung unterzogen. Sie werden jetzt fast ganz von den Großbetrieben bestritten. Unsere Partei stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß nicht der Lehrmeister, sondern der künftige Arbeitgeber den Haupttrahen von einer guten Schulausbildung der Lehrlinge hat. Da die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit im Klein-gewerbe aber zumeist in die Großbetriebe abwandern, müßten diese hervorragend zu den Schulkosten herangezogen werden.

Im Januar 1922 wurde Stadterordneter Genosse Frey wegen angeblicher Beleidigung des deutschnationalen Bezirks-Wohnungsamtsleiters von Schelha zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Stadtverordneten-Versammlung Begünstigungen zur Sprache gebracht hatte, die von Schelha gegenüber einem deutschnationalen Major Bohne und einem ebenso deutschnationalen Obersteuermann von Gienauth bei der Vergebung von Wohnungen begangen hatte. In der Berufungsinstanz erfolgte dann die Freisprechung des Genossen Frey, weil die Strafkammer diese deutschnationalen Wohnungszuehler als voll erwiesenen ansehe mußte. Dem Junggeheuer von Gienauth hatte Herr von Schelha rechtswidrig eine Fünfstückerwohnung verschafft, während das Wohnungselend zum Himmel stiege.

Gegen die Zurücksetzung der Arbeitersportvereine mußte die Fraktion mehrfach andauern, so am 2. Februar 1922, wo Stadtrat Tobler vier bürgerlichen Ruder-vereine ein Erbschaftrecht einräumen wollte, während er dem Arbeiterruderverein Gelände zur Errichtung eines Bootshauses nur auf fünf Jahre und gegen vierteljährliche Kündigung überlassen wollte.

Einer Anleihe von 110 Millionen zur Förderung des Kleinwohnungsbauens wurde am gleichen Tage zugestimmt.

Die Not des Stadttheaters wuchs immer mehr. Hauptschuld trug die deutschnationalen Demagogie. Die Deutschnationalen schwangen regelmäßig die Saiten der Theaterdeputation, wenn es infolge der Geldentwertung galt, die Eintrittspreise zu erhöhen. Vor der Öffentlichkeit aber verteilten sie dem Publikum den Theaterbesuch, indem sie behaupteten, nur Schieber könnten sich „bei diesen Preisen“ noch einen Theaterbesuch leisten. Es blieb nichts übrig, als das Theater in einen gewaltig wirtschaftlichen Betrieb zu verwandeln, wenn man es nicht ganz eingehen lassen wollte.

Nun gingen die Preise mit der Geldentwertung rasch hinauf, ohne daß die Stadtväter darüber noch zu beschließen hatten. Und seit die Deutschnationalen keine Gelegenheit zu ihren demagogischen Reden mehr haben, ist das Theater trotz der hohen Preise in der ganzen weiteren Inflationszeit so gut besucht gewesen, daß es fast gar keinen Zuschau mehr brauchte. In ähnlicher Weise ist aber auch die städtische Straßenbahn fast tot geredet worden. Als in der Inflationszeit der Fahrpreis oft kaum einen Goldpfennig betrug, heigten bürgerliche Kreise gegen die ungeheuerlichen Fahrpreise und verteilten damit den Fahrern die Benutzung der Bahn, in der Hoffnung, sie am Ende doch an kapitalistische Kreise verschachern zu können.

Der Bau eines Krematoriums wurde am 6. April 1922 wieder einmal „endgültig beschlossen“, zur Ausführung ist es infolge der Geldentwertung aber wieder nicht gekommen. Nachdem nun stabilere Verhältnisse eingetreten sind, wird der Bau schon in der nächsten Woche in Angriff genommen.

Wegen Baukostenverteuerung wurden am 11. Mai 1922 weitere 30 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau bewilligt. Der demokratische Stadterordneter Dr. Hanke beantragte, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden dürfen, als sich mit dem bisher bewilligten Gelde fertigstellen lassen, was von unserer Mehrheit gegen sämtliche bürgerliche Stimmen abgelehnt wurde!

Der Vermittlerfähigkeit der Genossen Professor Mayer in Berlin-Lautzky und Reichstagspräsident Löbe war es gelungen, den Fürsten Hagefeldt-Wildenburg zu bestimmen, aus dem Nachlaß der Gräfin Sophie Hagefeldt diejenigen Erinnerungsgüter auszuliefern, die von Ferdinand Raffalle stammen und die der Stadt Breslau als Geschenk anzubieten. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen und bei einer späteren Ausstellung „Breslau im Vormärz“ zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu der Schenkung gehört vor allem die wertvolle Bibliothek unseres großen Vorkämpfers.

Eine umfangreiche und schwierige Arbeit war die Angleichung der städtischen Besoldungsordnung an das Beamtendienstverordnungs vom 17. Dezember 1920. In vierzehn Sitzungen von regelmäßig vierstündiger Dauer hat sich ein Unterausschuß unter dem Vorsitz eines unserer Genossen dieser Mühe unterzogen. Den Wünschen der Beamten-gewerkschaften wurde dabei nach Möglichkeit entgegen gekommen, wenn sich auch nicht alle Wünsche bei den durch das Gesetz gezogenen Grenzen erfüllen ließen. Jedenfalls hat unsere Partei der Beamtenchaft gegenüber die gleiche wohlwollende Haltung eingenommen, wie gegenüber den Gemeinbediensteten.

Die Einführung einer Wohnungsluxussteuer war in Breslau reabschlägt, wurde aber durch die Richtlinien des Reichsrats über die Erhebung einer solchen Steuer vereitelt. Bei einer Person bleiben nach diesen Richtlinien mindestens drei Wohnräume steuerfrei. Bei zwei Personen mindestens vier Wohnräume. Außerdem zählen Küche, Badstube, Anrichte, Veranda nicht als Wohnräume. Eine einzelne Person darf also haben drei Zimmer, Küche, Badstube, Veranda. Das ist nach den Richtlinien des Reichsrats kein Wohnungsluxus. Jede Besteuerungsmöglichkeit war damit von vornherein ausgeschlossen. So forcierte die Reichsregierung für sich, nachdem ihnen das Volk bei den Reichstagswahlen dazu die Vollmacht gegeben hatte.

Für den Landaufenthalt von Schulkindern und für Schulspendungen wurden am 20. Juni 1922 537 000 Mark bewilligt.

Der Rathenaumord veranlaßte die Fraktion zu dem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidenten zwecks Umbenennung der an die monarchistische Vergangenheit erinnernden Straßen- und Platznamen in Verbindung zu treten. Der Antrag kam am 10. Juli 1922 zur Verhandlung. Dabei zeigte sich Zentrum und Demokraten zu feige, um einen Trennungsschritt gegenüber den deutschnationalen Wörtern zu ziehen, und um die Annahme des Antrages zu verhindern, machten die bürgerlichen Parteien die Verhandlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig. Da es sich um die letzte Verhandlung vor dem Ferien handelte, wurde so die Erledigung des Antrages bis zum 28. September verschleppt.

Am 12. August 1922 nahm Reichspräsident Ebert an der Gerhart Hauptmann-Fest in Breslauer Rathaus teil. Nach der offiziellen Feyer hatte er in einem Nebenraum eine Unterredung mit den hiesigen Führern der Partei und der Stadterordnetenfraktion, bei der er sich sehr anerkennend über die sachliche Arbeit aussprach, die gerade im Breslauer Rathaus von der sozialdemokratischen Mehrheit geleistet worden ist.

Am 31. August 1922 traten die Stadterordneten vor Beendigung der Ferien auf sozialdemokratischen Antrag zu einer besonderen Notstandsversammlung zusammen. Die teure Lebenshaltung, die Not der Erwerbslosen und die Sorgen wegen des kommenden Winters nötigten dazu, wie die Fraktion auch sonst in unzähligen Fällen eines besonderen Notstandes eingegriffen hat.

Am Geburtshaus Ferdinand Lassalles am Rathausplatz wurde Sonntag, den 10. September 1922, eine Gedächtnisfeier abgehalten. Die Tafel wurde von der Stadt in ihren weiteren Schutz genommen.

Für Gewährung von Darlehen an Kleinrentner wurden am 12. Oktober 1922 200 000 Mark bereitgestellt. Für Beschaffung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die minderbemittelte Bevölkerung beantragte der Magistrat die Bewilligung von 15 Millionen Mark, welche Summe auf sozialdemokratischen Antrag verdoppelt wurde.

Die Verammlung beschloß weiter, für 200 Millionen Mark künftiges Notgeld herauszugeben.

Am 19. Oktober wurde der Ernennung von Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Breslau zugestimmt.

Am Sonntag 1922 trat in Berlin die Bürgerregierung Cuno an. Die Folgen der schlechten Reichstagswahl begannen sich nun immer stärker auszuwirken. Die Not im Volke lag unter dem zapfen Währungsversall ins Ungemessene. Auch die Stadt Breslau kam in die fürchterlichste Lage. Jeder kommunalpolitische Fortschritt hätte auf. Jede Woche mußten Lohn- und Gehaltszulagen, höhere Unterstützungssätze für die

Notleidenden aller Art, höhere Preise für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrten bewilligt werden. Alle Steuern entwerteten sich und lohnten kaum noch die Erhebungskosten. Die Nachlässigkeit dieser Regierung erleichterte Poincaré die Aus-führung seiner Ruhrpolitik. Bei einem Dollarkurs von 7200 hatte die Regierung Cuno ihr Amt angetreten, und bei einem Dollarkurs von 3 800 000 verließ sie endlich am 14. August 1923 den Platz ihres Amtes. Das ganze Volk war zu dem Platz ihres Amtes. Wenn die ungeheuren Summen, die in dieser Zeit hier zur Einberung auch nur der äußersten Not Verwendung finden mußten, ohne daß diese wesentlich herabgemindert wurde, für den Wohnungsbau, oder für andere kommunalpolitische Aufgaben hätten Verwendung finden können, wäre der Allgemeinheit unendlich gedient gewesen. So war alles umsonst veran, phantastische Summen mußten zur Unterfütterung von Arbeitslosen aufgewendet werden, die gern durch ihre Arbeit das allgemeine Wohl gefördert hätten. Andere Tausende hungerten sich durch bei verletzter Arbeitszeit.

Der Sturz Cunos ließ neue Hoffnung reifen, aber die Um-fest zeigte erst die volle Bekämpfung. Mit Gewalt wurde durch eine neue reinbürgerliche Regierung durch Beamtenabbau und Herabminderung aller Unterfütterungen das ganze Volk auf die unteren Schichten gewälzt. Auf Kosten der Arbeiter, der Angehörigen und Beamten vollzog sich der Sejnungsprozess, der endlich in diesem Jahre eingeleitet hat.

Damit beginnt die Kommunalpolitik wieder Zweck und Sinn zu haben. Freilich steht der Kampf gegen unantastliche Notstände noch immer im Vordergrund. Anfang Januar waren in Breslau 40 000 Arbeitslose vorhanden, denen die rein bürgerliche Regierung Marx nur 1,68 Mark bis 1,83 Mark wöchentliche Unterstützung zu geben er-laubt. Dabei werden die Arbeitslosen noch zu Pflichtenarbeiten gezwungen. Die Fraktion forderte deshalb am 10. Januar in einem Dringlichkeitsantrage, daß a) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein besonderer Arbeitszuschlag gewährt, b) den jeweils Pflichtarbeiten leistenden ein warmes Essen verabreicht, c) den zur Pflichtarbeit herangezogenen im Falle mangelnder Bekleidung und Schuhwerk solche zur Verfügung gestellt wird, d) dahin zu wirken, daß sobald als irgend möglich Notstandsarbeiten bereitgestellt werden; e) für Schaffung von Arbeits-gelegenheit auf Provinz, Staat und Reich einzutreten. Der Magistrat kam zunächst nur dem Verlangen nach, den Pflicht-arbeiten leistenden ein warmes Mittagessen zu verabreichen, wes-halb in der folgenden Sitzung auf Erfüllung der anderen Forde-rungen erneut gedrängt wurde.

Die Geldnot der Stadt ist am Ende der Inflationszeit besonders groß. Der Kämmerer weist auf einen Fehlbetrag von 1 828 000 Goldmark, und die Betriebswerte haben ihre Kohlenvorräte eingebüßt. Der Magistrat suchte aus begrifflichen Gründen das Defizit möglichst rasch abzubauen, und den Be-triebswerten aufzugeben, indem er die zu hohen Tarife bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres beibehalten wollte. Unsere Partei konnte das bei der großen Notlage der Bevölkerung nicht mitmachen. Sie erreichte zunächst eine Herabsetzung des Gaspreises von 25 auf 22 Pfennige. Weiter wurde von ihr die Einführung von Straßenbahn-Wochenkarten für Arbeitnehmer zum verbilligten Preise von 120 Mark bean-tragt und daraufhin beschlossen, Rückfahrkarten zum Preise von 20 Pf. herauszugeben.

Zur Fortführung der Beamtenkredithilfe wurden 20 000 Mark geteilt und der Sterbefälle der Beamten ein ausnahmslos Darlehen von 9000 Mark bewilligt.

Am 14. Februar 1924 wurden für Aufgaben des Wohnungsamts 226 000 Mark bereitgestellt, um auf diesem Gebiete den Fortschritt wieder in Gang zu bringen.

Für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden am gleichen Tage 50 000 Mark bereit-gestellt.

Das Beispiel der Stadt Wien regt zur Nachah-mung an. Wien befand sich vor reichlich Jahresfrist noch in den-selben trostlosen Verhältnissen, als heute die deutschen Groß-städte! Seit aber dort die Inflation überwunden ist, gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, in kurzer Zeit nicht nur die Stadt zu sanieren, sondern auch wieder auf die Bahn eines so glänzenden Aufstiegs zu bringen, daß Wien heute als die einzige Großstadt Europas gelten kann, die die Folgen des Krieges überstanden hat. Deshalb beantragte unsere Fraktion, einen der hervorragenden Wiener Kommunalpolitiker nach Breslau zu bitten, um ihn vor Magistrat und Stadter-ordneten einen Vortrag über die Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Der Vorschlag wurde vom Magistrat begrüßt, doch wurde es für zweckdienlicher angesehen, eine Studie-kommission nach Wien zu entsenden, da es dort von der sozialdemokratischen Verwaltung tatsächlich durch eigene Anschauung viel zu lernen gibt. Inzwischen ist aber ein umfassender Bericht von Vertretern des deutschen Städtetages erschienen, die die Wiener Verhältnisse an Ort und Stelle studiert haben, und die Erfolge der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung so ausführlich schildern, daß von der Entsendung einer eigenen Studie-kommission abgesehen werden kann.

Wie das Allgemeinwohl durch Privatinteressen häufig be-droht ist, zeigen Bestrebungen, den Klein-Gandauert Exerzierplatz in die Hände einer Privatgesellschaft zu bringen, obwohl die Stadt Breslau den Platz zu ihrem künftigen Flughafen oder auch zu anderen Zwecken braucht. Als unsere Fraktion hiervon Kenntnis erhielt, hat sie sofort eingegriffen, und hoffentlich gelingt es, den Platz der Stadt zu erhalten. Reine Spekulationen gefährden auch den Schloßplatz, den es gleichfalls der Stadt zu erhalten galt. Deshalb wurde sofort nach Kenntnis der Gefahr ein Ausschussentwurf beschlossen, der den Schloßplatz von der Bebauung ausließt.

Die von uns veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion sind trotz ihres großen Um-fanges bei weitem nicht erschöpfend. Allein in der Frage der Arbeitslosen hat die Fraktion in den fünf Jahren rund sechzig-mal eingegriffen, ohne daß darüber jede Einzelheit berichtet werden kann.

In schwerer Zeit haben die Geschehnisse der Stadt Breslau in verantwortungsbewussten Händen gelegen, möge das auch ferne-rhin so bleiben, und mögen geregelte Verhältnisse hier das Beste gestalten, was die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit von Wien im letzten Jahre zu leisten vermochte.

Ein Hochgenuss für Alt und Jung

OETKER'S
 AUS DR. OETKER'S
 Mit frischen oder eingemach-
 ten Milch, Kaffeebohnen oder
 Kakao sehr nahrhaft u. gesund.

PUDDING
 PULVER
 Der Zusatz von knochenbildenden
 Salzen macht ihn zu einem der
 vorragenden Kinder-Nährmittel!

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5, durch die Zweigstellen, Abgabengeschäft Steyerl., Hauptstraße 140, sowie durch alle Anzeigen zu beziehen. Postpreis festbehalten. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter 10 Pf. Stelleanzeige 4 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleihen, Leseranmeldungen und Wohnungsangelegenheiten 3 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das zweite Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Verstädigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschl. d. der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluß, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

- Die Reparationskommission beschließt:
1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Sachverständigen der Berichte der Sachverständigen beitrifft;
 2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
 3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
 4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Sachverständigen und des Textes der Berichte die Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Reparationskommission zu übermitteln, die dann bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Organisationskomitees betreffend die Eisenbahn und die Industriehypothek, wie sie in dem Bericht des Sachverständigenkomitees vorgelesen sind, vertreten sollen;
 5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Organisationsausschüsse zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zusteht;
 6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Versicherungen zum Trost, die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgeschlagenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in seiner heutigen Form nur ein sehr geringes Interesse hat. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem verlangten Verzicht Frankreichs auf seine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu entziehen, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zusammenziehung der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern. Im „Temps“ wird am Donnerstag eingeleitet, daß, nachdem Amerika den Versailler Vertrag nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Gläubigerstaaten Deutschlands zähle, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südlawien, die einen berechtigten Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Vorkämpfer habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Poincaré unternommen und nach Auffassung der französischen Regierung könne ein offizieller Erlaß dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht abschlägig beschieden werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südlawiens in der Reparationsfrage nicht hinhinberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmengleichheit die Präzedenzfälle den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ andeutet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kommission der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Rat der Sachverständigen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Souveränität der deutschen Regierung über die besetzten Gebiete hinauschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsbank zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchführen könne, ohne die hindernisreiche Aufgabe, das Recht der Erfüllung der ihm in diesem Programm vorgeschriebenen Bestimmungen die Voraussetzung dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayrischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bayrische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigenurteile gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Anstalt in nächstehende „Bayrische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtsobjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen sei darüber hinaus auch noch die vollwertige Verpfändung vor. Veräußerung wie Verpfändung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayrischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Voraussetzungen durch den bayrischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Veränderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht auszuweisen. Würde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich der Eisenbahn wieder Besitz des bayrischen Staates. Es ergebe sich notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die „Völkische Wochenschrift“:

„Wir wie aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die Thüringische (soll wohl heißen: „bayrische“) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichsministerium über die Antwort an die Repts dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenurteile als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.“

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Rabinetspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmandaten der Deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutsch-nationalen seit ihrer Vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landvolkes und der Arbeiter-Schwerer, dessen Vorsitzender Erz. Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Belange der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisselei wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumflüglern und Taschenspielerinnen aus der Nähe so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogen. In Thüringen, in Mecklenburg kommen die deutsch-nationalen Regierungsbildner aus dem Waack gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Vossenspiel überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk lohnen?

Auch Helfferich und Quack in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Ausgabe eine Erklärung des Reichslandvolkes, zweitens einen Artikel Helfferichs und weiter einen Artikel von Quack, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Sachverständigenurteile und ihre Annahme aussprechen. Quack gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen, Käufern und Wählern, was für die schwerindustriellen Nationalliberalen Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am schärfsten geht entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Mecklenburg, der der Annahme zustimmte, Helfferich ins Zeug, der seinerseits „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlussfolgerung kommt:

„Heute nach acht Monaten einer Politik unbedingten Verständigungswillens stehen wir wieder in den Tagen vor Versailles vor einer Einheitsfront der Minderen und der Vereinigten Staaten. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hart an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch wieder von neuem auf sich lädt.“

Das ist Helfferichs Geist. Die Aussichten für die Befreiung des besetzten Gebietes sind durch die Verschärfung der Sachverständigenurteile wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig zerstört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenurteile die diplomatische Aktion England und Amerika verweigern würde. Die Rechte verliert, die Verständigung abermals zu sabotieren.

Politische Ostern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterglauben für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Auferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Blättern die „völkische Auferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegensatz ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extreme aller pazifistischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstoßen muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volksymbolen vom Halm und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten gewinnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Osterfest eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Lasten, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtswärtige Velleitung wichtiger deutscher Wirtschaftsbereiche ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigenurteile für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlungen machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einigkeit und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchgeführter Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helfet euch selbst!“ sagt auch die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Reime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Rückwirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verständigung erfüllen, die uns die Beschlüsse dieser Osterzeit verheißen haben!

Belgien für eine Alliertent Konferenz.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen an Konferenzen zu eröffnen.

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 6, durch die Zweigstelle, Hauptstraße 11, Hauptstraße 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. Postpreis freibleibend. Bezugpreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142
Telegraphisch: Postfach-Ring 1206, Postfach-Ring 3142
Postfach-Ring: Postfach-Ring Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf., auswärts 25 Pf., auswärts 30 Pf., Anzeigen unter Text 30 Pf., auswärts 40 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Lesevereins- und Wohnungsanzeigen 3 Pf., kleine Anzeigen pro Wort: 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Gefährdung der Reparations-Verstädigung.

Die Reparationskommission einstimmig für sofortige Durchführung der Gutachten.

Der Beschl. d. der Reparations-Kommission.

Der von der Reparationskommission gefasste Beschluss, der einstimmige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

- Die Reparationskommission beschließt:
1. Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Schlussfolgerungen des Berichtes der Sachverständigen beitrifft;
 2. in den Grenzen ihrer Befugnisse die diesen Berichten formulierten Entschlüsse zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind;
 3. die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch wie möglich ihre volle Wirksamkeit erlangen;
 4. die deutsche Regierung zu bitten, a) in kürzester Frist auf Grund der Schlussfolgerungen und des Textes der Berichte die Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Reparationskommission zu übermitteln, die dazu bestimmt sind, die vollkommene Ausführung der Pläne sicherzustellen; b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung bzw. die deutsche Industrie in den Delegationskomitees beizutreten beabsichtigt, wie sie in dem Bericht des Ersten Sachverständigenkomitees vorgeschrieben sind, vorzulegen sollen;
 5. in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der Delegationskommission zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zuzuschicken;
 6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung der Bericht der Sachverständigen ihr vorbehalten hat.

Französische Intrigen gegen die Durchführung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß allen offiziellen und offiziellen Versicherungen zum Trotz die französische Regierung an einer Verwirklichung des von den Sachverständigen vorgeschlagenen Programms zur Lösung der Reparationsfrage in keiner heftigen Form nur ein sehr geringes Interesse hat. Sie hat eine Reihe von Vorbehalten und Reserven formuliert, die praktisch darauf hinauslaufen, sich dem verlangten Bericht Frankreichs auf keine gegenwärtige Politik in den besetzten Gebieten zu entscheiden, und sie scheint entschlossen, das ganze Werk der Sachverständigen zu sabotieren, falls sie mit ihren Forderungen nicht durchbringen sollte. Ein doppeltes Manöver in dieser Richtung scheint bereits vom Quai d'Orsay eingeleitet worden zu sein. Das erste besteht darin, die Zusammenkunft der Reparationskommission zugunsten Frankreichs zu ändern.

Im „Temps“ wird am Donnerstag eingehend darauf hingewiesen, daß nach dem Versailler Vertrag nicht ratifiziert habe und auch nicht zu den Gründungsmitgliedern Deutschlands wählte, der amerikanische Vertreter bei den Beratungen über die Verhandlungen der deutschen Schuld in der Reparationskommission eigentlich nichts zu suchen habe, daß man andererseits aber Japan und Südlawien, die einen berechtigten Anspruch darauf hätten, nicht von den Beratungen ausschließen könne; der japanische Botschafter habe bereits am Mittwoch einen Schritt in diesem Sinne bei Poincaré unternommen und nach Auffassung der französischen Regierung könne ein offizielles Schreiben dieser Länder, über die Beratungen auf dem laufenden gehalten zu werden, nicht abschlägig bechieden werden. Wenn auch nach dem Statut der Reparationskommission die Delegierten Japans und Südlawiens in der Reparationsfrage nicht stimmberechtigt sind, so würde ihre Teilnahme an Stelle des amerikanischen Delegierten doch eine beträchtliche Stärkung der französisch-belgischen Position der Kommission bedeuten, in der bei Stimmengleichheit die Präzisionsstimme den Ausschlag gibt.

Das zweite Manöver, das am Donnerstag abend ebenfalls der „Temps“ andeutet, ist nicht minder gefährlich. Danach beabsichtigt die französische Regierung, den Standpunkt zu vertreten, daß die von der Kommission der alliierten Regierungen abhängigen Entscheidungen erst getroffen werden können, wenn Deutschland die ihm von dem Plan der Sachverständigen aufgestellten Verpflichtungen zu erfüllen begonnen haben werde. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will selbst die Diskussion über die von den Delegierten als unerlässliche Voraussetzung bezeichnete Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität der deutschen Regierung über die besetzten Gebiete hinauschieben, bis in Deutschland die zur Errichtung der Währungsbank, zur Umwandlung der deutschen Eisenbahn in eine Privatgesellschaft, zur hypothekarischen Belastung der Renten usw. erforderlichen Gesetze verabschiedet sein werden.

Auch in den maßgebenden französischen Kreisen wird man sich wohl kaum darüber im unklaren sein können, daß keine deutsche Regierung das Programm der Sachverständigen durchzuführen könnte, ohne die hindende Forderung, daß Frankreich durch Erfüllung der ihm in diesem Programm vorgeschriebenen Bedingungen die Voraussetzung dazu schafft. Die französische Politik kann demnach auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, das Werk der Sachverständigen im Keim zu sabotieren.

Der bayrischen Regierung tut ihre Zustimmung schon wieder leid.

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der bairische Ministerpräsident sein grundsätzliches Einverständnis zu der von der Reichsregierung geplanten Behandlung der Sachverständigenurteile gegeben hat, ist ein Vorstoß bemerkenswert, den der Regierung Knilling nahestehende „Bayrische Kurier“ unternimmt. Es handelt sich um den Vorschlag der Sachverständigen, die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dieses Vorhaben sei schon im Rahmen des zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrages unmöglich. Denn die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sei die Übertragung des Besitzes an ein anderes Rechtsobjekt, also eine vollendete Veräußerung. Der Vorschlag der Sachverständigen sei darüber hinaus auch noch die vollwertige Veräußerung vor. Veräußerung wie Veräußerung seien beide nach Artikel 8 des Staatsvertrages nur mit Zustimmung der bayrischen Landesregierung möglich; diese könne ihrerseits auf Grund eines Landtagsbeschlusses die Zustimmung nur nach Voraussetzungen durch den bairischen Landtag erteilen. Auch die Entente könne Bayern eine Änderung des Staatsvertrages in diesem wichtigen Punkte nicht auszuweichen. Werde die Internationalisierung der Eisenbahn entgegen den Bestimmungen des Artikels 8 des Staatsvertrages trotzdem vollzogen, so sei der Staatsvertrag hinsichtlich und die Eisenbahn sei wieder Besitz des bairischen Staates. Es erscheine notwendig, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen.

Die „Völkischen“ gegen die deutsch-nationale Erfüllungspolitik.

Unter der Überschrift „Ist das wahr? Der deutsch-nationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die „Völkische“, „Medienburger Warte“:

Wie wir aus Berlin erfahren, soll Erz. Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die Thüringische (soll wohl heißen: „bayrische“) Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichsminister über die Antwort an die Replo dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenurteile als Verhandlungs-Grundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutsch-nationaler Kabinettspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmanövern der deutsch-nationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutsch-nationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch stäblich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landbundes Medienburg-Schwerin, dessen Vorsitzender Excellenz Brandenstein ist, außerordentlich bedauerlich, daß die wirtschaftlichen Belange der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisserei wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutsch-nationalen Schaumköpfern und Talchenspielern aus der Nase so auf die Finger gesehen wird. Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogelt. In Thüringen, in Medienburg kommen die deutsch-nationalen Regierungsgeschäftlichen und dem Wahlen gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Possenspiel überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk kosten?

Auch Helfferich und Quaaß in Opposition.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer Karfreitag-Ausgabe eine Erklärung des Reichslandbundes, zweitens einen Artikel Helfferichs und weiter einen Artikel von Quaaß, dem Führer der Nationalliberalen Vereinigung, die sich samt und sonders scharf gegen die Vorkämpfer der Sachverständigen und ihre Annahme aussprechen. Quaaß gerät dabei in Gegensatz zu den Industriellen Sorge, Klotzner und Hoffen, was für die schwerindustrielle Nationalliberale Vereinigung kein hoffnungsvoller Anfang ist. Am schärfsten geht, entgegen dem ebenfalls deutsch-nationalen Ministerpräsidenten von Medienburg, der der Annahme zustimmte, Helfferich ins Zeug, der seinen Aufsatz „Das zweite Versailles“ überschreibt und der zu folgender Schlussfolgerung kommt:

„Heute nach acht Monaten einer Politik unbedingten Verständigungswillens stehen wir wieder wie in den Tagen vor Versailles vor einer Einheitsfront der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Der Kampf der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Kampf der Sünden wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hart an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Kampf wieder von neuem auf sich lädt.“

Das ist Helfferichs Geist. Die Aussichten für die Befreiung des besetzten Gebietes sind durch die Vorkämpfer der Sachverständigen wesentlich gebessert worden. Sie würden allerdings wieder vollständig zerstört werden, wenn Deutschland durch Ablehnung der Sachverständigenurteile die diplomatische Aktion Englands und Amerikas vereiteln würde. Die Rechte verliert, die Verständigung abermals zu sabotieren.

Politische Ostern.

Hunderte von politischen Zeitungen werden in dieser Wahlzeit den Osterglauben für ihre Parteiziele umzuwenden suchen. Aus der christlichen Auferstehungslehre wird in den rechtsradikalen Blättern die „völkische Auferstehung“ abgeleitet. Kein größerer Gegensatz ist dabei denkbar als der zwischen der völkischen Gewalt- und Blutpredigt und der christlichen Botschaft von der Erlösung durch Selbstüberwindung, Gewaltlosigkeit und Selbsterneuerung im Geiste und in der Wahrheit. Diese extreme aller pazifistischen Lehren für den politischen Machtkampf auszuschlachten, ist ein Mißbrauch, der gerade den religiösen Menschen abstoßen muß. Wir wollen uns nicht an ihm beteiligen.

Ostern ist aber auch das alte Frühlingsfest, das mit seinen Volkssymbolen vom Hasen und von den Eiern die unendliche Erneuerungsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Natur feiert. Für uns Sozialisten geminnt diese Naturanschauung ihre Lebensbedeutung durch den Gegensatz zu der sogenannten Kultur unserer Wirtschaftsepoche, die überall diese natürliche Fruchtbarkeit und Erneuerungsfähigkeit hemmt und unterdrückt. Unser Osterglaube ist die Zuversicht, daß diese Hemmungen vorbeigehen wie die kalte Jahreszeit, daß sie nicht auf Naturgesetz beruhen, sondern überwunden werden können, ja im natürlichen Ablauf der Dinge überwunden werden müssen.

Für das deutsche Volk und insbesondere für seine arbeitenden Klassen bringt dieses Ostern eine erste zaghafte Botschaft, daß die schwersten Laster, die uns gegenwärtig drücken, auf die rechtswidrige Befehung wichtigster deutscher Wirtschaftsgebiete ein Ende finden soll. Das ist ja der Hauptinhalt der Sachverständigenurteile und Gutachten für uns, daß sie die Freigabe von Ruhr und Rhein an die deutsche Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung aller Zahlung machen. Diese Zahlungen selbst bleiben schwer genug, schwerer als wir sie vor dem Ruhrkampf wahrscheinlich vereinbaren konnten, wenn damals die politische Einsicht und Disziplin der Erfüllungspolitik nicht zweimal über Bord gegangen wäre.

Aber wir haben jetzt die Zustimmung der Reparationskommission zur Freigabe der Ruhr, haben die Zustimmung auch deutsch-national geführter oder durchsektor Landesregierungen zur Erfüllungspolitik. Einen Schritt vorwärts, der soviel bedeuten kann, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn allerlei Intrigen in Deutschland wie in Frankreich ihn noch rückgängig machen wollen!

In der Natur geht die Entwicklung ihren Gang mit Zwangsläufigkeit. Im gesellschaftlichen Leben glauben wir Sozialisten nicht an die Erlösung, die uns als Gnadengeschenk gegeben wird, wenn wir nicht selbst daran mitwirken. „Seid ihr Kinder Gottes, so helfe euch selbst!“ sagt die Bibel den Gläubigen, die in ihrem Glauben träge ausruhen wollen. Wollen wir für unser Volk, wollen wir für die arbeitenden Klassen auf Erfüllung der diesjährigen Osterbotschaft hoffen, so müssen wir uns selber rühren, so müssen wir dazu beitragen, daß im Mai nicht ein später Frost sich auf die jungen Reime legt und die Reichstagswahl alle Möglichkeiten deutscher und internationaler Wirtschaftsentwicklung wieder verschüttet. An der internationalen Verständigung hängt nicht nur der Friede, daran hängt auch — die Rückwirkungen des Ruhrkampfes haben das ernst genug gelehrt! — der soziale Fortschritt, die Hoffnung auf den Sozialismus. Mögen die Wahlen vom 4. Mai die Verständigung erfüllen, die uns die Botschaft dieser Osterzeit verheißen haben!

Belgien für eine Alliertent Konferenz.

Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe die belgischen Kreise einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen an Konferenztag zu eröffnen.

Der Verständigungswille der polnischen Sozialisten.

In der polnisch-sozialistischen Presse ringen sich seit der Entscheidung über Oberösterreich immer mehr verständige Ansichten über die Behandlung der nationalen Minderheiten und über den geringeren Nutzen des französischen Bündnisses der polnischen Regierung durch.

Der Warschauer „Robotnik“ befaßt sich mit der Minderheitenfrage und schreibt: Wir glauben nicht, daß die Regierung sich zu einer Tat ausschlagen wird oder mit dem bisherigen System des Gewährens der Willkür der Beamten brechen möchte. Die Regierung unterliegt noch immer den nationalen-demokratischen Methoden der Behandlung der Minderheiten. Das Wort bezieht sich ferner darüber, daß man, wie auch bei anderen Gelegenheiten, die Vertreter der Minderheiten von den Beratungen über eine Angelegenheit, die sie betrifft, ganz ausschließt. Es ist dies ein empfindlicher Mangel, der den Beratungen jegliche Bedeutung nimmt. Die Gesamtpolitik der Regierung den Minderheiten gegenüber ist den Methoden der Nationaldemokraten angepaßt. Wenn die Regierung weiter so fortfährt und sich nicht zur mutigen Tat ausschlagen wird, so werden sich die schweren Folgen der reaktionären Politik gegenüber den Minderheiten in ganz schlimmer Weise bemerkbar machen.

Der Krakauer „Naprzód“ schreibt: Die Schwierigkeiten, die Polen auf internationalen Gebieten erwachen, rühren eher von der schlechten Wahl unserer Freundschaft mit den Westmächten her. Es fehlt uns eine aktive Politik England gegenüber. Wir dürfen nicht mehr als Schatten Frankreichs auf internationalen Boden aufzreten. Die deutschen Wahlen zwingen uns zur sofortigen Handlungsweise. Auch die Wahlen in Frankreich werden nicht mehr einen so starken nationalen Blod bringen. Wir müssen daher Beziehungen zu England anknüpfen, was dank der Regierung Macdonalds leicht möglich sein wird. Von Herrn Zamiaty können wir natürlich eine derartige Veränderung nicht erwarten, da er zu sehr von der Pariser Luft durchdrungen ist und er sowie seine Partei neben Frankreich und Boicard keine Möglichkeit erblickt, eine eigene Politik zu betreiben. Nur der baldige Rücktritt des Außenministers kann vor vielen Schäden bewahren.

Diesen Worten entspricht jetzt auch die tatsächliche Politik der polnisch-sozialistischen Partei im Gegensatz zu früheren Entscheidungen in Oberösterreich. Verschiedene Antisätze zum Minderheitsrecht, zur Verfassungspolitik und zur Außenpolitik und die verstärkte Opposition gegen die Regierung beweisen das. Leider sind die anderen polnischen Interessengruppen noch nicht ebenso einig. Die Haltung der polnischen Sozialisten stellt über einen Anfang für einen deutsch-polnischen Ausgleich dar, dem sie sachlich die Bahn weist.

Unwahre Hege der „Schlesischen Zeitung“

richtet sich wieder einmal gegen die deutsch-böhmischen Sozialdemokraten. Aus der trübten Quelle eines nationalsozialistischen böhmischen Blattes wird die Meldung wiedergegeben, deutsche und tschechische Sozialisten in Böhmen hätten ein Geheimabkommen über die Festsagung des nationalen Kampfes abgeschlossen. Bisher hat die „Schlesische Zeitung“ immer behauptet, unsere deutsch-böhmischen Genossen hätten den Kampf für die nationalen Minderheitsrechte nie geführt. Das wird also jetzt preisgegeben. Der neue Schwinkel aber wird durch die Haltung der deutschen Sozialisten im tschechischen Parlament widerlegt, wo sie soeben die eigentlichen Führer der Opposition gegen ein Gesetz zur Knebelung der Minderheitenpresse waren. Die Deutschbürgerlichen waren in dieser Frage viel gleichgültiger. Nationaler Ausgleich bleibt dabei selbstverständliches Ziel unserer Genossen. Nationale Kapitulaton wird ihnen auch aus angeblichen „Geheimabkommen“ nicht bewiesen werden können.

Enteignung der baltischen Barone in Lettland.

Riga, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Das lettische Landtag hat mit 50 gegen 39 Stimmen in dritter Lesung den Antrag der beiden sozialistischen Parteien angenommen, die baltischen Großgrundbesitzer ohne Entschädigung zu enteignen. Die sogenannte „Deutsche Fraktion“, die den Interessen der baltischen Barone vertritt, hatte vor der Abstimmung den Saal verlassen. Der französische Gesandte lud die Ministerpräsidenten auf und verhandelte mit ihm über die Frage einer Entschädigung der ausländischen Großgrundbesitzer, die enteignet werden sollen. Das Kabinett hat sich entschlossen, einen Gesandten für diese ausländischen Großgrundbesitzer einzuschicken.

Der amerikanisch-japanische Konflikt

gegen den Senatsbeschluss über japanische Einwanderung ist durch das Veto des amerikanischen Präsidenten nach nicht erledigt. In Japan herrscht noch Erregung über die in dem Senatsbeschluss zugrunde liegende amerikanische Volksstimmung. In Amerika ist bekannt geworden, daß der Einspruch des

Präsidenten auf einen Schritt des japanischen Botschafters hin erfolgte, der beinahe als Drohung empfunden wird. Trotzdem dürfte nach dem Eingreifen des Präsidenten bald Beruhigung eintreten, zumal Japaner und Amerikaner in China sich zum Teil gemeinsam gegen russische Konkurrenz wehren. Die japanische Regierung teilt offiziell mit, sie werde der kriegerischen Haltung der ultranationalistischen japanischen Presse keine Beachtung schenken.

Die dänische Arbeiterregierung.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben: Die zweite Arbeiterregierung Europas, die sich neben der englischen stellen soll, ist ein Ergebnis von Wahlen, die für die Sozialdemokratie einen Sieg nicht nur nach rechts, sondern auch nach links bedeuten. Die dänischen Kommunisten wollten (und hatten wohl Befehl von Moskau dazu) diesmal unbedingt in den Reichstag hinein, eine mit großen Geldmitteln gesetzte Propaganda, rege Versammlungstätigkeit sollte ihnen dazu verhelfen. Und sie können sich nicht beklagen, daß die dänischen Arbeiter sie nicht gehört hätten — ihre Verlammsünden waren überflüssig, aber den Reichstag heimtücklich die sozialdemokratischen Disziplinierungsredner ein und über das ganze Land Redereien mit Mäße 6000 kommunistische Stimmen bei der Auszählung zulassen.

Mit dieser Maßnahme das Plus der Regierung Stauring, so ist die Notwendigkeit der Unterstützung durch die bürgerlichen Radikalen ihr Sein am Bein, denn schon jetzt, nichts gemacht durch die geringe Mehrheit um nur zwei Stimmen der kommenden Regierung und das Anwachsen der Konserverativen um ein Mandat, lauten die Unterstützungszusagen ihrer Führer für eine Regierung nur sehr bedingt. Unter diesen Umständen hätte der Abgeordnete der sozialdemokratischen Delegation, Pastor Schmidt, gute Gelegenheit, das Jünglein an der Waage zu prüfen der deutschen Minderheit zu sein — wenn er ein wirklicher Politiker und Parlamentarier wäre.

Das Wahlergebnis in Dänisch-Nord-Schleswiga verdient überhaupt besondere Beachtung, es kann als gute Richtlinie der dortigen nationalen Verhältnisse genommen werden. In dem durch die Abstimmung an Dänemark gekommenen Land sind abgesehen worden rund 22 000 Stimmen für die dänischen bürgerlichen Parteien, 13 500 für die dänische Sozialdemokratie, 8000 für Pastor Schmidt. Die Stimmen der Deutschen Schleswiger Partei verteilen sich auf die Städte des ganzen Landes und nur der Tatsache, daß das abgetretene Gebiet einen Wahlkreis für sich bildet, verdankt Pastor Schmidt seine Wahl. Die deutsche Minderheit ist also nicht in einem geschlossenen Sprachgebiet, z. B. an der Grenze, eine Grenzregion, die deutsch und dänisch sein könnte, ihr ausgeschlossen, das zeigt die Stimmenverteilung, selbst wenn man annimmt, daß sich unter den Wählern der dänischen Sozialdemokratie 2-3000 deutschsprechende Arbeiter befinden. Mehr sind es keinesfalls, denn die Verdoppelung ihrer Stimmenzahl in diesem Gebiet verdankt die dänische Arbeiterpartei weniger deutschsprechenden Arbeitern als dem Umstand, daß es ihr gelungen ist, in den drei Jahren dänischer Herrschaft die dänischen nordschleswighischen Arbeiter, die sich unter der deutschen Herrschaft abhielten, nach der Sozialdemokratie in dänisch-bürgerlichen nationalen Vereinen gesammelt hatten, in ihr Lager hinüberzuführen.

Wahr gerade dieser Umstand im dänischen Lager zeigt eine Ablehnung vom „Eiderdänentum“ (der Richtung, die weiteres heute deutsches Gebiet sie zum Eiderfluß erwerben will, Red.) im dänischen Nordschleswiga, eine Ablehnung, die zu einer endgültigen deutsch-dänischen Befriedigung führen könnte — wenn das deutsche Volk am 4. Mai auch seinen Chauvinisten eine Absage gibt.

Das ist uns nötiger, als im übrigen Dänemark die Konserverativen, die den Wahlkampf mit der Parole „Für Gold und gegen den Deutschen Stauring und Genossen“ führten, ihre Stellungen gehalten, sogar noch ein Mandat dazu erobert haben. Diese Leute werden natürlich jede nationalsozialistische Propaganda gegenüber einem Ministerium Stauring mit Trostlosen auszurufen.

Unzufriedenheit der englischen Liberalen.

London, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag fand eine Aussöhnung der Liberalen statt, in der eine starke Unzufriedenheit mit der politischen Haltung der liberalen Parlamentarier gegenüber der Regierung Macdonald zum Ausdruck kam. Asquith erklärte, daß es Zeit sei, zu erwägen, ob es nicht falls sei, die Arbeiterregierung weiterhin zu unterstützen und man jetzt nicht zu einer selbständigen liberalen Politik im Parlament zurückkehren solle. In den Reihen der Labour Party mißt man diesem Vorgang keine allzu große Bedeutung bei, weil die Haltung der Liberalen nicht immer mit ihren Worten übereinstimmt. Außerdem scheint Asquith in der Sitzung zum mindesten nicht zu einer Veränderung der liberalen Politik im gegenwärtigen Augenblick gewesen zu sein. Unter keinem Einfluß wurde die weitere Diskussion auch vertagt. Bemerkenswert ist dagegen, daß Lloyd George, der zwar wenig direkte Anhänger unter den Liberalen hat, aber ein feines Gefühl für die jeweilige Stimmung besitzt, keine bisher abwartende Haltung aufgegeben und sich zum Wortführer der Unzufriedenen in der an sich stets uneinig Partei gemacht hat.

Der Bürger.

Roman von Leonhard Frank.

50] (Nachdruck verboten.)

„Und sie hat Erfolg, die Lebenskraft. Denn sie schilt als letzten Preis dieses einzigartigen Gefühl. Jaht es Tieren und Menschen, Frauen und Männern, Rassen und Rassen, Elisabeth und mir. Mögen die anderen, die vielen, verrecken, sie kümmern sich um nichts. Der Mensch ist noch nicht da. Sie kann nicht warten, bis der Mensch da ist. Das ist die ganze Erklärung. Eine naturwissenschaftlich einwandfreie Erklärung!“

Die Hotelglocke rief zum Mittagessen. Auf den Gehenden schlich er über den Teppich, berührte leicht Elisabeths Schulter. Sie erwiderte ohne jeden Sarkasmus, kühl die Augen auf, so einfach, so klar. „Sie hat gar keine Untertanen in sich. Sie ist so, wie sie ist. Im Schlafen, wie im Erwachen und im Wachen.“

Über das ist noch viel sonderbarer. Wie seltsam! Das ist unheimlich, dachte der an der Tafel sitzende Jürgen, weil er jetzt auch den an der Tafel sitzenden, sich unterhaltenden, lachenden Jürgen beobachtete, schief und genau beobachtete.

„Wir sind also zwei. Ich sehe mir zu. Mir selbst! ... Aber das bin ja gar nicht ich. Ich sehe ja ... über zu. Bin ich, der du bist, ich? Oder ist er ich?“

„Gut, machen wir!“ Elisabeth hatte gerufen, am Abend auf die Höhe zu steigen und zu gehen, wie die Sonne im Meer sinkt.

„Auf die Damer natürlich, dachte ich das nicht aus. Wir müssen uns versöhnen, eins werden. Wenn wir uns nicht einigen können, dann muß einer weichen: der andere oder ich.“

„Da handelt schon am Anfang meines Ja.“

„Wer hat das gesagt? dachte er, während Jürgen und noch dabei Wein ins Glas. „Dir auch?“ Das habe eben nicht ich gesagt. Hat das der andere gesagt? Oder ein Dritter?“

„Er strotzt im Rücken. Wie ich heute er, passendes hinter einander zwei Glas Wein.“

„Ich bestimme mich offenbar, in einem Überzeugungsdiagramm. In einem Überzeugungsdiagramm. Ich entwerfe mich. Das soll in meinem Hinter noch vorzuziehen. Ich will trotzdem, in ein einziges Netz verwickeln, so wie es kommen. Denn ich will ja leben mit mir.“ Und die Seiten hatte ich gerührt.

Wieder ein politischer Mord.

Kommunistische Geme?

Schmerin, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine schreckliche Morbtat wurde am Sonntag in Hagenow in Mecklenburg verübt: Ein Unschuldiger namens Jonas wurde mörderisch niedergeschossen. Die Vermutung, die sofort nach Bekanntwerden der Tat aufkam, daß es sich bei dieser Untat um einen politischen Mord handelt, um einen Gemeindevorstand, der die Bewegung zur Umgestaltung von Kommunistischer Seite begangen wurde, scheint durch die amtlichen Feststellungen bestätigt zu werden. Die Tat soll von einem bekannten Kommunisten aus Lübeck begangen sein, der sich dem Vernehmen nach russischer Abstammung ist. Mehrere Mitglieder der kommunistischen Ortsgruppen Hagenow und Lübeck stehen stark im Verdacht, an der Morbtat beteiligt zu sein. In Hagenow sind bereits zwei führende Kommunisten verhaftet, in Lübeck ein weiterer Verhaftungen stehen bevor.

Zur Vorgeschichte und zur Erklärung der Motive für die Tat ist folgendes beizufügen: Jonas, der nach im Herbst vorigen Jahres Leiter der K.P.D. war, hatte als solcher die bekannten kommunistischen Moskauer Beziehungen erhalten. Vor der Durchführung scheint ihm aber angst und Bange geworden zu sein, denn er entließ sich ihrer auf dem schnellsten Wege und kehrte der K.P.D. den Rücken. Seitdem setzte eine wilde Hetze seiner früheren Parteigenossen gegen ihn ein. Aus Hagenow, Jonas konnte Berrat über, hat man anheimelnd den Mord begangen. In der Stadt Hagenow geht das Gerücht, daß in der Gastwirtschaft „Zur Traube“ an mehreren Abenden vor der Morbtat geheimen Sitzungen stattgefunden haben, an denen diese drei Kommunisten aus Lübeck teilgenommen haben sollen. Hierbei soll der Plan zur Ermordung des Jonas beschlossen worden sein. Im Verlaufe der bisherigen Untersuchung sind die Beteiligten an der Tat sowie weiteres belastendes Material bereits gefunden worden. Der Kommunist Maurer K. hat bereits ein Geständnis abgelegt, jedoch bestritt er ganz entschieden, daß er vorher von der Morbtat gewußt habe. Die Leiche des Verstorbenen ist am Mittwochabend nach Hagenow gebracht und nach in der Nacht ist die Obduktion vorgenommen worden. Der Körper weist vier Schußkanäle auf. Unter der Verdächtigen Hagenows herrscht starke Erregung über diese feige und gemeine Morbtat, und man ist allgemein sehr gespannt auf die völlige Aufklärung dieses politischen Verbrechens.

Der ehemalige Kronprinz und die Freimaurer.

Die von rassistischer Seite (Reventlow) ausgehenden Meinungen, daß der frühere deutsche Kronprinz Mitglied einer Freimaurerloge sei, haben anheimelnd einige Gemüter nicht ruhen lassen. Der Nationale Verband Deutscher Offiziere hat sich veranlaßt gesehen, an „maßgebender Stelle“ um Aufklärung zu bitten, und die Mitteilung erhalten, der frühere Kronprinz habe nie daran gedacht, und denke auch heute nicht daran, Freimaurer zu werden.

Ueber die Beziehungen zu gewissen Großkapitalisten, die Reventlow gleichfalls behauptet hat, scheint eine Neuherung vor sich halber nicht herbeigeführt worden zu sein.

Der Thüringer Ordnungsblod eine Quelle der Rechtsunsicherheit.

Das Urteil der Thüringer Städte.

Weimar, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand des Thüringer Städteverbandes beschäftigte sich in einer Sitzung mit dem Vorhaben der neuen Regierung über die Gemeinde- und Kreisordnung und fasste dabei folgenden Beschluß: „Der Vorstand des Thüringer Städteverbandes hält sich verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß der Erlass von Notgesetzen auf das äußerste beschränkt werden muß. Die Rechtsunsicherheit und das Vertrauen zum Recht leidet gwerflos darunter, wenn wichtige Fragen ohne zwingende Veranlassung zum Gegenstand eines Notgesetzes gemacht werden, besonders dann, wenn die wenige Tage später vom Landtag durch ordentliches Gesetz geregelt werden können.“ — Dieses Verlangen der Thüringer Regierung bringt einen ziemlich starken Widerspruch der Gemeindepardamente, schränkt die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden ein und verleiht den Bürgermeistern größere Rechte.

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß die Bevölkerung Thüringens — nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch weite Kreise des Bürgertums, das von den Deutschvölkischen ein erprobte Vorgehen der thüringischen Regierung mit ernster Sorge erfüllt. Die Völkischen üben einen Terror aus, der auf die Dauer jede geregelte Arbeit innerhalb Regierung und Parlament unmöglich macht. Es wird sehr zu überlegen sein, ob die Bevölkerung Thüringens nicht Schutz bei der Reichsregierung suchen soll, wenn die Regierung Thüringens nicht stark genug sein sollte, sich trotz des deutschvölkischen Terrors in verfassungsmäßigen Bahnen zu halten.

Nach Sonnenuntergang saßen sie auf der Terrasse des Hafenrestaurants. Zwei Männer schleppten einen wassertriefenden Baskettroll aufwärts zwischen den Tischen durch in die Küche. Straßenhändler boten den Gästen Kammern, Gläser, Eisenbehälter an. Der Himmel, die Luft, das Meer, das Leben des Hafens und der Straße fluteten durch das vornehme Restaurant durch. Alle Grenzen waren verwischt. Was! Wo! In der Hausmauer gegenüber wechselten die kinematographischen Bilder, gemolten von der blauen Abenddämmerung.

Sie aßen Auster. Die Auster nicht viel mehr als Brot. Tranken eine Flasche Champagner dazu. Ein kleines, dieses Mädchen, unfähig, rotzuzucken in den Händen, schmale Kapier-schleifen — blau, rot, grün — im Haar und auf dem Rücken, das die nackten, blassen Schenkelchen freiließ, trat an den Tisch und begann zu tanzen, sang eine Bordellhölle dazu.

Ein nach dieser Seite vorgehender Posten der Lebenskraft, dachte Jürgen. „Du bist alle Mittel recht, wenn sie nur zum Ziele führen.“ Er schaute in den Gelenken eine Lähmung, die nicht unangenehm war. Elisabeth starrte ärtlich über den Kopf der Auster.

Eine Stunde später sah sie, den Rücken Jürgen zugewandt, ihren entleerten Kopf über den Rücken und Hüften. Das offene Haar leuchtete gelb. Durch den Spiegel sah sie Jürgen zu, nach ihrer Schulter einen Ruf, der ihm galt.

„Ich habe eine schöne Frau.“ Er streifte sich. „In das Leben soll man Glückseligkeit über Entschlossenheit und Helden nicht hineinbringen. Das Leben entwickelt sich ganz von selbst.“

Der Hafen löst. Das Meer kann gleichmäßig, ruhend und groß. Die Mikroskope düsteten härter in die warme Nacht. Wie in allen Nächten lang auch in dieser Nacht in der Ferne ein Mädchen.

Eine Fabrikstraße, neblig und doch trübselig, deutsch. Gehten, einzeln, in Gruppen, in endlosen Reihen. Schritten im Bergstromen in unbeherrschbar vorbestimmter Richtung auf das röhrende, graue Fabriktor zu. Immer neue Millionen marktschreien heran, grau, gepfercht-dunkel, und verschweben im Fabriktor der Welt.

„Und du handelst schon am Anfang meines Ja.“ Elisabeth wandte sich um nach Jürgen, der immer atmete. Seine Gesichtsausdruck wurde und war gespannt, als habe sie, wie eine Bekanntschaft, einen ungeheuren Anspornendruck ausgehalten. Ein Ruck schielte.

Elisabeth berührte den Stöhnen. Wie ein vom Tode Erweckter richtete er sich auf. Eine ewige Sekunde lang war seine Bereitschaft in seinem Antlitz.

„Ein Gesicht sah gar nicht aus wie ein Gesicht. Sah aus wie ein Gefängnis, wie eine Faust.“ Sie schlüpfte zu ihm unter die Decke. „Was träumst du?“

„Weiß nicht. Weiß nicht.“ Er wachte es nicht. „Wie du dusst!“ Er sah, aus der Tiefe seines Wesens zurückgekehrt, wild das Leben an sich.

Erst viele Monate nach der Rückkehr — in seinen Tagen tat sich schon die Leere, tote Einkamkeit auf, die weder durch Gemüte, noch durch Arbeit zu überwinden war — wurde Jürgen in einer großen Gesellschaft an Katharina erinnert. Adolf Sinsheimer war ihm in eine Nische. „Markt du wieder einmal da? ... Nun, in dem orientalischen Salon! Ich sage dir, da sind jetzt vier Mädchen! Die sind mit 89½ Jahren geblieben. Die eine vierzigjährige Katharina Lenz verblüffend ähnlich. Also verblüffend! ... Sie hat ein Kind bekommen?“

„Wer hat ein Kind bekommen?“

„Katharina. Einen Sohn! Die Familie tut, als ob sie das gar nichts angeht. Frau Geheimrat Lenz soll vor Gram gestorben sein. ... Wann gehen wir in den Salon?“

Eine endlose lange Sekunde hatte Jürgen das Empfinden, in seinem Kopf kreiste mit vertausendfacher Schnelligkeit Schlägen sprengend ein kalter Blitz. Das ganze neue Leben lag in Scherben. Jürgen zog heraus aus dem Trümmern, die Freitreppe hinunter, schritt, gehoben von etwas, das in gleichem Schritte und Trill hinter ihm her ging, durch die Stadt.

Die Straßen wurden enger, dunkler, die Häuser kleiner. Unbekannte Stellen. Der zerfallene Brettergang. Das kleine Fenster hing nach der Erde rot leuchtend in der Finsternis.

Die Nacht war warm, das Fenster geöffnet. Er hörte Stimmen, mehrere Männerstimmen, eine Antwort Katharinas, sah wie sie, in der Hand einen weißen Teller, vom Gasthof zum Waldhof ging, in dem der Sohn lag.

Jürgen glaubte den Agitator zu erkennen, der, die Hand vor dem Gesicht, etwas zu dem Metallarbeiter sagte. Bernhard Katharinas Bruder. Das Linsen geheimnisvoll mild in die Sommernacht.

Die Schreibmaschine begann zu klappern. Der Agitator blickte.

(Fortsetzung folgt)

Was ist Schutzzoll?



Ein Schmachtriemen für den Arbeiter-

und eine weitere Bereicherung für den Agrarier!

Hölz und die Kommunisten.

Eine Selbstcharakterisierung.

Die Kommunistische Partei stellt Max Hölz an die Spitze ihrer Reichsliste zur Reichstagswahl. Bei der Wahl 1920 stand an der Spitze ihrer Liste — Klara Zetkin. Beide Namen symbolisieren die Entwicklung der Kommunistischen Partei in den letzten Jahren: von Klara Zetkin zu Max Hölz, vom politischen Kampf und dem Ringen um die Gestalt, zum Kampf mit Dynamit und Handgranaten, vom Ideal zum Unteroffiziersgeist.

Traurig und klein ist der Geist, der aus dem durch Hölz symbolisierten neuen Programm der Kommunistischen Partei leuchtet. Max Hölz ist wahrhaftig nicht der Typ des großen Revolutionärs, des Befreiers der Arbeiterschaft. Mit ihm charakterisiert sich die Kommunistische Partei. Zu seiner Beurteilung veröffentlichten wir ein Dokument, das bei einem Besuch eines unserer Genossen in der Strafanstalt Breslau im Dezember 1922 entstand. Hier urteilt Hölz über sich selbst und die KPD.

Protokoll.

Anlässlich einer Befähigung der Strafanstalt Kietzschau bei Breslau betr. Gefängnisarbeiten bot mir der Direktor der Strafanstalt an, wenn ich ein Interesse daran habe, mit dem Strafgefangenen Max Hölz zu sprechen. Nachdem ich mich vorgelesen, dankte Hölz für den Besuch und nach kurzer Auseinandersetzung, daß wir politische Gegner sind, bekannte er sich zu folgendem:

Ich bekenne, daß ich falsche Methoden angewandt habe und würde, wenn ich berechtigt in die Freiheit zurückkehren sollte, niemals wieder solche Methoden anwenden. Ich habe für mich keinerlei Vorteile erstrebt, sondern meine Handlungsweise war diktiert von dem einzigen Bestreben, dem Proletariat zu helfen. Ich stehe noch heute zum Proletariat und meine ganze Tätigkeit war und ist darauf gerichtet, dem Proletariat zu helfen. Ich habe aus ureigenen Motiven gehandelt und nicht den geringsten persönlichen Vorteil aus meiner Tätigkeit gezogen.

Ich habe gefehlt und deshalb lühe ich jetzt. Ich betreibe jetzt mein Wiederaufnahmeverfahren, weil ich betreffs des Mordes an dem Gulsoöcher Hest unschuldig verurteilt worden bin. Ich bin von meinen kommunistischen Parteigenossen leider im Stich gelassen worden und werde, falls es mir gelingt, einmal wieder freigelassen zu werden.

den Schleier wegziehen, bei der kommunistischen Führerschaft bedeckt.

Daß ich bei der Arbeiterschaft noch nach meiner Beurteilung Vertrauen besaß, ist bewiesen, daß im Vogtlande für mich und für die Bekleidungen meines Wiederaufnahmeverfahrens 285 000 Mark gesammelt worden sind. Diese Gelder sind von meinen Parteigenossen Goldstein und Genossen unterschlagen worden. Meine Genossen in der Kommunistischen Partei haben an mir und meiner Frau erbarmlich gehandelt. Von obiger Summe hat meine Frau nicht 10 Mark erhalten, obwohl sie sich in großer Notlage befand. Meinem Parteigenossen und Verteidiger, Rechtsanwalt Hegewisch, habe ich die Verteidigung entzogen, weil ich die Überzeugung gewonnen habe, daß er das Wiederaufnahmeverfahren hintertreibt und damit bewirkt, daß ich ja nicht wieder in Freiheit gesetzt werde. Die Kommunistische Partei und ihre Führer schütteln mich jetzt liberall ab und behaupten, ich sei nie ihr Mitglied gewesen, und dabei habe ich nur für diese Partei gearbeitet. Meine Frau war nach meiner Beurteilung in den kommunistischen Geschäft in Berlin eingestellt, ist aber durch die führenden Genossen hinausgeschickt worden, so daß sie sich anderweitig ein Brot verdienen muß. Diese war erst am Sonnabend hier und hat mir bittere Ehenot geklagt. Mein Schwager, der Baumeister Ludwig, hat mir einen Brief geschrieben — den Unterzeichner selbst gelesen —, in dem er sich erbietet, auf sein Haus eine Hypothek aufzunehmen, um das Geld für das Wiederaufnahmeverfahren zu beschaffen. Der Brief ist im herzlichsten Sinne gehalten und er schreibt mir, daß er in mir immer noch einen ehrlichen Menschen sieht.

Max Hölz wünscht nun, daß ein führender Politiker — und er wandte sich speziell an meine Partei durch mich — mit dem Reichsjustizminister sprechen sollte, um auf diese Weise eine Audienz für seinen Schwager Ludwig zu erbitten. Einen kommunistischen Abgeordneten — den Unterzeichner vorschlug — lehnte Max Hölz rundweg ab. Es war der einzige Wunsch, den er mir mit auf den Weg gab, daß es seinem Schwager ermöglicht werde, mit dem Justizminister seinen Fall zu besprechen.

Auf meine Frage, ob er schon vor dem Kriege sich parteipolitisch betätigt habe, schilderte er seinen Lebensgang kurz wie folgt:

Auf dem Lande aufgewachsen — sein Vater ist noch Landarbeiter —, hat er erst mit 21 Jahren schreiben gelernt und sich im Politik nicht gekümmert. Am ersten Tage des Krieges eingezogen, wurde er nach mehrjähriger Kriegszeit schwer verwundet und schloß sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1916 oder 1917 an. Nach dem Kriege schloß er sich der Kommunistischen Partei an.

Alle führenden Kommunisten im mitteldeutschen Bezirk haben mit ihm die Vorgänge besprochen, bevor die Aktion eingeleitet wurde.

Fast alle sind ausgezückt. Max Hölz hat erklärt: Ich stehe zu meinen Taten und bleibe hier! Es wäre mir ein leichtes gemein ebenso wie Edelstein, Schneider u. a., nach Rußland zu fliehen.

Max Hölz macht den Eindruck eines intelligenten Menschen, der durch keinen Hungerstreik in München und vielleicht auch die Schwere der Verurteilung sehr sehr mitgenommen ist. Der Gefangenendirektor erklärte, daß er keinerlei Klagen über Hölz zu äußern habe. Hölz selbst klagt nicht über Behandlung und Essen, sondern nur über seinen Gesundheitszustand. Die Ausführungen des Ministerialdirektors Suhmann im Landtage, der ihn kürzlich in Breslau besucht habe, seien nicht zutreffend in bezug auf seinen Gesundheitszustand.

Unterzeichner würde auch vom Standpunkte des politischen Gegners bereit sein, etwas für ihn zu tun und hatte den Eindruck, daß der Besuch für ihn eine wahre Erleichterung in seinen Seelenqualen gewesen sein muß.

gez. Otto Krüsch,
Regnitz, Schloßstraße 22.

So Hölz und so die KPD, 1922. Und nun ist Hölz Spitzenkandidat der KPD für ihre Reichsliste. Der Kreislauf vom Putzschmus über die bessere Einsicht zum Putzschmus zurück beginnt aufs neue. Sollen abermals Tausende von Arbeitern in diesen Kreislauf verstrickt werden zu ihrem Verderben?

Einer unserer Gegner widerlegt den andern.

Die Rechtsparteien machen uns bekanntlich seit Jahren das angebliche Noemberverbrechen der Sozialdemokratie um schweren Vorwurf. Wir haben demgegenüber immer darauf hingewiesen können, daß Hindenburg und Ludendorff den Massenstillstand wochenlang vor der Revolution erzwungen haben. Jetzt bekommen wir unzeitwillige Entlastung durch unsere Gegner von links. Die KPD gibt eine Broschüre „Zehn Jahre Sozialdemokratie“ heraus, die eine Menge von Material zusammenträgt, um zu beweisen, daß die Sozialdemokratie im Kriege die Revolution nicht gewollt hat. Es gibt Leute, die jeder Beschimpfung unserer Partei Beifall klatschen, mag sie von links oder rechts kommen. Wenn sie die beiderseitigen Angriffe gegen uns aufmerksamer nachprüfen würden, müßten sie erkennen, daß einer den anderen widerlegt.

Richtshofen und die Juden.

Der „Schlesische Landbund“ schickt uns eine Berichtigung über die Meldung des Bauernbundes über die jüdische Versippung von Richtshofen-Boguslawik. Richtshofens Schwager sei erstens ein Jude und zweitens beim Landbund nur Steuerberater, nicht Syndikus. Etwas zu genießen scheint man sich mit diesem Schwager, der den jüdischen Namen Fromberg führt. Wo doch, Vielesicht ist er noch nicht lange Christ? Die jüdische Großmutter von Richtshofen wird außerdem im Zusammenhang zum Fall Wulle nicht bestritten. Uns erscheint das alles ja nicht besonders schlimm, wenn Richtshofen nur politisch inaktiver wäre. Aber „völlisch“ sollen uns jetzt die Deutschnationalen nicht mehr kommen!

Der völlige Retter Thüringens von den eigenen Anhängern bereits abgesetzt?

Der Führer der Völkischen Fraktion im Thüringischen Landtag, Dr. Dinter, teilt in einem Aufruf an seine Gefolgsleute mit, daß er entgegen seinen Absichten nicht die völlige Eigenständigkeit für die Reichstagswahl in Thüringen übernehmen, sondern sich den „Blutbrüdern“, in Hessen für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt habe. Er schiebt für die ganze Zeit des Wahlkampfes nach Hessen über. Danach scheint also doch Dinters Kandidatur in Thüringen auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein, obwohl er neuerdings versichert, daß er hinter den Führer Ludendorff, Hitler und Graefe stehe.

Listenverbindung in größeren Bezirken.

Die bisher in Baden eingereichten Wahlvor schläge sind nach der „Völkischen Zeitung“ mit Ausnahme derjenigen der Kommunisten und Unabhängigen, mit den entsprechenden Listen der übrigen Wahlvor schläge verbunden worden.

In Schlesien dürften wohl alle Parteien ihre Listen in den drei schlesischen Bezirken miteinander verbinden.

Gemeinnützige Krankenhausversicherung

für diejenigen verarmten Bevölkerungsschichten, die von Ortskrankenkassen nicht erfasst werden, versucht eine beachtenswerte Neugründung in Berlin. Im Gegensatz zu anderen äußerlich ähnlichen Neugründungen ist eine Arbeitsteilung mit den Ortskrankenkassen organisiert. Gegen eine Jahresprämie von mindestens 20 Goldmark wird bei einer Karenzzeit von 13 Wochen ein Beitrag zu den Krankenhauskosten von mindestens 4 Mark täglich gewährt, und zwar für die Dauer von 13 Wochen. Der Beitrag wird an die Anstalt selbst bezahlt. Die Aufnahme erfolgt auf Grund eines Fragebogens, dessen Angaben ärztlich überprüft werden, aber ohne ärztliche Untersuchung. Da das gemeinnützige Unternehmen, das den Namen Salus G. m. b. H., führt (Adresse Berlin C, Roststraße 29), eine bemerkenswerte Ausdehnung des Gebankens der Krankenversicherung bringt, seien Interessenten darauf verwiesen.

Zum Gesandten in Belgrad ernannt

ist der bisherige Gesandte in Romna, Dr. Olschhausen.

Sozialdemokratische Flugblätter in Rußland.

Das „Mitteilungsblatt der Russischen Sozialdemokratie“ teilt mit: Wie aus Petersburg mitgeteilt wird, hat dort die Herausgabe eines illegalen Flugblattes des Petersburger Sozialdemokratischen Komitees aus Anlaß des Jahrestages der Märzrevolution bei den Sowjetbehörden große Aufregung hervorgerufen. Da die Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter an diesem Tage bereits zu einer Tradition geworden ist, hatten die Behörden alle Maßnahmen getroffen, um diesmal die Flugblattverbreitung zu verhindern. Alle Kräfte der Tscheka, der Miliz, der kommunistischen „Zellen“ und der kommunistischen Jugend waren zum Kampf gegen den „Aufrißler“ mobilisiert, aber alle Maßnahmen waren vergebens: In der Nacht vom 11. zum 12. März war das Flugblatt überall in der Stadt verbreitet, hauptsächlich jedoch in den Arbeiterquartieren und bei den Studenten. Vielerorts war das Flugblatt sogar an den Wänden angeklebt. Das Flugblatt selbst fand, wie alle sozialdemokratische Literatur, bei der Masse lebhaften Widerhall.

Bei der Verbreitung des Flugblattes ging es nicht ohne Opfer ab. Im Fortifikationsinstitut wurden beim Ankleben des Flugblattes drei Studenten von der kommunistischen Jugend verhaftet. Dieser Vorfall wurde in der kommunistischen Jugendorganisation lebhaft erörtert. Ein beträchtlicher Teil der Versammlung fand, daß die kommunistische Jugend die Studenten nicht hätte verhaften sollen, weil im Flugblatt doch nur die Wahrheit ausgesprochen sei. Andere dagegen fanden, daß die Verhaftung gerechtfertigt war, weil das Flugblatt gegen die Sowjetregierung gerichtet sei.

Am Tage nach der Flugblattverbreitung fanden in allen Petersburger Druckereien Hausdurchsuchungen statt. Alle Kräfte der Polizei und der Miliz waren zu diesem Zweck mobilisiert worden.

SUNNLICHT SEIFE



Ausgerechnet Sunlicht-Seife

Billige Kleiderstoffe bei M. Centawer

Schmiedebrücke 7-10

Cheviot reine Wolle, griffige Ware, 100 cm breit . . . 2.90	2.75	Rips die große Mode 130 breit, in neuen Farben . . .	10.50	Covercoats reine Wolle, für Mäntel und Kostüme . . .	9.50	Frottés gute Qualitäten, moderne Streifen	2.75
Cheviot für Kleider u. Mäntel, 130 cm breit . . .	3.75	Gabardine reine Wolle imprägniert, für Mäntel, 130 br.	10.75	Rockstreifen und Karos, 105 cm breit, aparte Farbstellungen . . .	3.75	Frottés 100 u. 120 breit, neue Muster . . .	3.25
Kleiderstoffe reine Wolle, viele Farben, doppeltbreit . . .	3.75	Donegals neueste Dessins 140 br., für Mäntel und Kostüme . . .	4.25	Reinwollene Streifen letzte Eingänge . . .	6.50	Waschkrepps in vielen Farben . . .	1.40
Popeline 105 cm breit, reine Wolle, in allen Farben . . .	4.75	Mantelstoffe 140 br., Fischgrats-Strichcovercoats . . .	5.25	Kunstseiden-Trikot 140 u. 120 cm br., viele Farben, 9.—	7.75	Waschmousselines größte Auswahl . . .	0.95
Gabardine 130 cm breit, für Kleider und Kostüme 10.—	8.50	Die große Mode: Weiße Kleiderstoffe! Sie finden bei uns in allen Qualitäten große Auswahl zu billigen Preisen!				Perkals für Blusen u. Oberhemden 1.90	1.25

Frühjahrs-Neuheiten!
Mäntel, Kostüme, Kleider, Blusen von der einfachsten bis zur elegantesten Form. Selbstanfertigung in eigener Werkstatt, daher mäßige Preise.
Elfriede Feige, Konfektionshaus
Neuegasse 2, Ecke Tafelstr., an der Liebichshöhe.



Damen-Hüte

Engros Detail
Oskar Garn
Strohhat-Fabrik
Am Rathaus 10
1 Treppen.

Wohnmöbel
Wir liefern in bekannter Güte
festen aber und auf Teilzahlung
HUBNER
Reuschestr. 2
I. u. II. Etagen

Herren-Anzüge
Kostkord-Sportanzüge
Samt-Anzüge, Sportanzüge
Raglan, Riegepaletots, Covercoats
Woll-Mäntel, Gummi-Mäntel
Sportosen
Eigene Anfertigung, daher sehr preiswert
Oskar Dehmel
Neumarkt 45. 5587

Melzner Strumpf
Prime Seldentor
1.95
Gartenstraße (Lieblich) und Rosenthalerstr. 43

Engros Detail
Anzüge, Schlüpfer
wieder zu Friedenspreisen.
Herren-Anzüge bekannte Ia Konfektion, vollständiger Maßersatz . . . 30-45
Schlosser-Anzüge . . . Mk. 4.50
Schlüpfer, Paletots, Damenmäntel besonders preiswert. 5575
Andreas Koch Friedbergerstraße 9
Engros Billige Preise! Detail

Kinderwagen Korbmöbel
kauft man am besten bei der Firma
BRENNABOR
Breslauer Kinderwagen-Spezialhaus
Inhaber: Otto Urban, Breslau 2
Gartenstr. 97, direkt a. Hauptbahn, Fernruf Ring 7366
Gegründet 1885.

Sozialistische Monatshefte
Redigiert von J. J. . . .
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50
Bestellungen bei allen Buchhandlungen u. bei der Verlagsbuchhandl., Breslau 2.

ARTHUR UCKO & CO. * BRESLAU 18

Tel. Ring 7924, 50462

Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik

Ende Lohestraße

Kaffee :: Tee :: Kolonialwaren
Heinrich Gewaltig
Klosterstraße 7 :: Albrechtstraße 5
N. Schweidnitzer Straße 13, Ecke Gartenstraße
Heiligegeiststraße 2

Robert Prinz
Reuschestraße 47/48
Gegründet 1874 / Tel. Ring 2955
Elektr. Licht- und Kraftanlagen,
Belauchungskörper für
Elektrizität u. Gas, Osramlampen, Glühkörper

Heinrich Künstler
Breslau-Klein Tschansch
Telephon Ohle Nr. 2794
Rohprodukten - Großhandlung

Eugen Wienskowitz
BRESLAU I
Karlstraße Nr. 80
Strumpfwaren : Kurzwaren
:: Garne ::

S. Schifftan
Schuhgroßhandlung
Neue Graupenstraße Nr. 7
Telephon: Ohle 4132

M. Keiler
Breslau, Karlsplatz 3 — Fernsprecher Ohle 537
Gegründet 1874
Webwaren-Großhandlung

E. Feibel
Damen- und Mädchen-Mäntel-Fabrik
Breslau, Blücherplatz 19

Hermann Kary & Co.
BRESLAU I
Nikolaistraße 16/17
Fernsprecher Ring 7989
Strumpfwaren * Trikotagen
Handschuhe * Webwaren

Hch. Fiebiger
Neue Schweidnitzer Straße 4
Werkzeuge, Landwirtschaftliche Geräte
Haus- und Küchengeräte, Eisenwaren
Gegr. 1877. Fernsprecher Ohle 5306 u. 5307

Josef Jacobowitz
Karlsplatz — Fernruf: Ring 1427
Leinen- und Baumwollwaren-Fabrikation
Großhandel / Wäsche- u. Schürzen-Fabrik

Geschäftliche Rundschau

Ohne Gewähr	Dauerfahrplan:	Richtung Berlin	Musterschutz
Breslau Hbf.	D	D	*
ab	1237	544	531
	616	W1026	222
		D	D
		307	323
		847	855
		1110	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Kölnfurt - Berlin	
		nach Sagan - Berlin	
		nach Gollitz - Dresden	
		nach Dresden	
		nach Sagan - Berlin	

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. April.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

In der kommenden Woche sind folgende große Veranstaltungen zu beachten:

Mittwoch, den 23. April,

im Martorhaus, Friedrich-Wilhelmstr. 85, in öffentlicher Wählerversammlung

Präsident des preussischen Landtages und Oberbürgermeister Hannover, Robert Veinert, über Wälfisch oder sozialdemokratisch, Erfüllung oder Katastrophopolitik.

Donnerstag, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, großer Saal. Versammlung aller Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionäre aller Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute der Partei, sowie aller Angehörigen des G.D. Es werden die Genossen Bierlich und Mache über: Gewerkschaften und Reichstagswahl im Existenzkampf der deutschen Arbeiterklasse.

Freitag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr,

im großen Saale des Gewerkschaftshauses Dr. Rudolf Breitshheid,

beste Redner des deutschen Reichstages, über: Poincaré und deutsche Reichstagswahl. Parteigenossinnen und Parteigenossen! Macht in allen euren Wohnungen und Werkstätten auf diese Versammlung aufmerksam.

Distriktsführer!

Wichtiges Material ist Dienstag, den 22. April, Parteisekretariat schon von vormittags an abzugeben. Es darf kein Distriktsführer unterlassen, sich das für ihn bestimmte zu holen. Ebenso muß bis dahin spätestens Angabe des Lokals Frauenversammlung am 28. April dringend erfolgen.

G.D., Abteilung Süd-West. Montag, den 2. Feiertag, früh 8 Uhr, bei Klante, wichtige Zusammenkunft. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Distrikt 41. Dienstag, den 22. April, abends 6 Uhr, findet sämtliche Bezirksführer, Ortsführer und Wahlhelfer eine Sitzung in der Wohnung des Distriktsführers, Hellerstraße 56, statt.

Distrikt 35 (Gräßchen). Mittwoch, den 23. April, abends 7 Uhr, im Jägerhof, Gräßchener Straße 181, außerordentliche Parteiversammlung.

Stadtverordnetenversammlung.

Gaspriess — Gewerbesteuer — Krematorium — Schloßplatz. In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag hielt Vorstandmann folgenden

Nachruf für Genossen Schölich

von der Versammlung stehend angehört wurde: Mitteilen aus einem arbeitsreichen Leben wurde in diesen Tagen einer unserer Mitbürger herausgerissen, dem ein Wort dankender Gedankens von dieser Stelle aus zu widmen, unsere Pflicht ist.

Am 4. April ist der frühere Stadtverordnete Gustav Schölich, Mitglied des Preussischen Landtages und des Schlesischen Provinzial-Landtages, durch einen jähen Tod aus dem Leben abberufen worden. Sein Tod war gleichsam ein Symbol des Lebens. Er, der nichts anderes kannte, als Arbeit und immer wieder Arbeit, ist in Ausübung seiner politischen Berufstätigkeit und zwar an seiner Hauptwerkstatt im Gewerkschaftshaus, von einem unerwartet schnellen Schicksal ereilt worden. Ihm, der erst kurz zuvor das 51. Lebensjahr vollendet hatte, wurde somit schon auf der Mittagshöhe seines Lebens ein Ziel seines Wirkens und Schaffens gesetzt.

10 Jahre lang, und zwar von 1910—1920, hat Schölich unserer Versammlung angehört. Er war eines der eifrigsten und tätigsten Mitglieder der Versammlung und hat es schon nach kurzer Zeit verstanden, eine führende Stellung einzunehmen. Seine Arbeit in die Preussische Landesversammlung und später den Preussischen Landtag und die mit diesem Amt verbundenen Arbeitslasten hat er leiblich zur notwendigen Folge, daß er als Stadtverordnetermandat, das auszufüllen er nicht mehr genügend Zeit gefunden hätte, niederlegen mußte.

Das Band, das ihn mit der schlesischen Heimat verknüpfte, wurde wieder enger geschlungen, als er in den Niederschlesischen Provinzial-Landtag in den gemeinsamen schlesischen Provinzial-Landtag gewählt wurde.

Infolge der umfangreichen Kenntnis, die er sich auf dem Gebiete des Gemeindefortschritts und der Gemeindepolitik in seiner bisherigen Tätigkeit als Parteisekretär der Sozialdemokratischen Partei und als Stadtverordneter erworben hatte, wurde er in den Gemeindefortschritt des Preussischen Landtages gewählt und der Ausschuss wiederum ernannte ihn einstimmig zu seinem Vorsitzenden. In dieser Stellung war Schölich aufs eifrigste bemüht, für die Freiheit und die Selbstverwaltung der Städte und Landgemeinden mit seiner ganzen tatkräftigen Persönlichkeit einzutreten.

Sein besonderes Interesse war aber immer wieder der schlesischen Heimat zugewandt und niemand wandte sich vergeblich an ihn, wenn es sich darum handelte, für eine schlesische und ganz besonders für eine Breslauer Angelegenheit sich einzusetzen. Durch seine hohen Aufsehen, das er bei den leitenden Behörden, insbesondere bei den Ministern, genoss, wußte er sich Zugang und Gehör zu verschaffen, wo man ohne seine Hilfe verschlossenes Tor und verschlossenes Ohr gefunden haben würde.

Großes hat ihm unsere Stadt auf dem Gebiete des Krankenversicherungswesens zu verdanken. In seiner leitenden Stellung in der Ortskrankenkasse und im Krankentassenverband hat er sich die Ausgestaltung des Krankenversicherungswesens, und insbesondere der gemeinsamen Ortskrankenkasse in Breslau, hervorragende Verdienste erworben.

Auch die Kunst fand in ihm einen eifrigen Förderer, und wenn es gelungen ist, der Stadt Breslau die vor dem Verkauf stehende Oper zu erhalten und von neuem zu ihrer jetzigen Blüte zu erheben, so gebührt ein erheblicher Anteil an diesem Erfolge dem dahingegangenen Mitbürger Schölich, der aus eifriger Tätigkeit mit Erfolg für die Zuwendung einer Staatsunterstützung an das Breslauer Theater sich verwendet hatte.

Wenigen von uns, zu denen auch ich mich rechnen darf, ist es gelungen, Schölich ein treuer, stets zuverlässiger und Hilfsbereiter Freund dahingegangen. Unsere Stadt und unsere Provinz verlor in ihm einen der treuesten und besten Söhne der schlesischen Arbeiterbewegung.

Wie sehr die breiten Schichten der Bevölkerung unserer Provinz die Bedeutung Schölichs erkannt haben, bewies die unermesslich große, nach vielen Tausenden zählende Menge der Beilegerinnen, die seinem in einem Hügel von Kränzen eingehüllten Sarge auf dem Wege zur letzten Ruhe folgten. Auch bei den städtischen Körperschaften sei ihm ein dauerndes und ehrendes Andenken gesichert.

Die Tagesordnung der Sitzung war nicht sehr umfangreich, wurde aber trotzdem nicht aufgeschoben, da eine große Redewut herrschte, die sich zunächst beim

Krematorium

entlud. Die Magistratsvorlage sieht die Ausführung des bereits im vorigen Jahre beschlossenen Projekts auf dem neuen Friedhof in Gräßchen vor, und Genosse Widera empfahl die Annahme der Vorlage. Der Zentrumsmann Manderscheid und der Deutsche Nationalen Thum wollten aber den Bau weiter verhindern und setzten Zweifel in die Rentabilität. Der demokratische Pastor Moering behauptete ebenso wie Genosse Widera es seien, daß die Stadt die Mittel für den Bau nicht von vornherein selbst aufbringt, sondern vom Berliner Verein für Feuerbestattung ein Darlehen von 40 000 Mark beansprucht, um den im ganzen auf 130 000 Mark veranschlagten Bau durchzuführen, aber das sei im Grunde auch nicht schlimmer, als wenn die Deutschen sich bei Schottländer Geld pumpen. Herr Thum empfand diesen Hieb ganz furchtbar und rebete etwas, was nicht wohl verstanden wurde, aber nach einer Duellforderung klug.

Genosse Darf wies darauf hin, daß die Rentabilität eines Krematoriums sogar bereits in mehreren schlesischen Kleinstädten gelöst ist. Nach der Bibel kamen sogar die Engel zu den drei Männern im feurigen Ofen, aber die Geistlichen wollen heute nicht am feurigen Ofen antizipieren, daher die ganze Gewerkschaft. (Seiterzeit.)

Stadtrat Täger wies auf die riesigen Kosten der immer ausgebehrenen Friedhöfe und das wachsende Interesse an der Feuerbestattung hin.

Genosse Widera erinnerte im Schlußwort daran, wie feinerzeit dieselben Leute die Gründung des Städtischen Bestattungsamts zu hintertreiben suchten, das sich inzwischen nicht nur als sehr segensreich, sondern auch als durchaus rentabel erwiesen hat. Ein Antrag auf Anschlußberatung wurde hierauf abgelehnt, und der Bau gegen die Stimmen der Deutschenationalen und des Zentrums beschlossen.

Eine weitere sehr überflüssige Debatte verurteilte die Vorlage, 50 000 Mark zur

Wiedereröffnung des städtischen Pfandleihamts

durch das Wohlfahrtsamt zu bewilligen. Die Stadt hat zurzeit nicht die Mittel, um den Betrieb wieder in derselben Weise aufzunehmen, wie in der Vorkriegszeit, nur die vom Wohlfahrtsamt betreuten sollen Darlehen zu mäßigem Zinsfuß erhalten. Von sozialdemokratischer Seite wurde sowohl von Genossen Herrmann als Verichtsbücher, wie in der Debatte von Genossen Darf gewünscht, daß der Betrieb bald durch Anforderung größerer Geldmittel erweitert wird. Die Vorlage wurde schließlich angenommen.

Der Gaspreis

betrug am Ende der Inflationszeit 25 Pf., und wurde auf sozialdemokratischem Vorschlag dann auf 22, zuletzt auf 20 Pf. festgesetzt. Unsere Partei hatte aber 18 Pf. gefordert, soviel, als Wünnig vor dem Kriege kostete. Weil der Magistrat diesem Verlangen nicht voll nachgegeben war, brachte die Fraktion durch Genossen Malsch eine neue Anfrage ein, und forderte, daß der gefahle Beschluß durchgeführt werde.

Kämmerer Matthes wies demgegenüber auf den großen Geldbedarf der Stadt, und die Unmöglichkeit, zu dem heutigen hohen Zinsfuß Anleihen aufzunehmen. Im Interesse der Eingemeindung sollen nun nach Brodau und Krieteren Gasbestimmungen gesetzt werden. Wir müssen arbeiten und Arbeit schaffen, aber ohne Geld können wir es nicht.

Nach erfolgter Aussprache ließ Genosse Malsch im Schlußwort die Ausführungen des Kämmerers zwar als berechtigt gelten, aber bei der Not der Arbeiterschaft könne seine Partei nicht von ihrem Verlangen abgehen. Der Selbstkostenpreis des Gases betrage zurzeit knapp 11 Pf., mit einem Inflationszuschlag zur Aufkündigung der Rohennormen, die in der Inflationszeit verloren gegangen sind, knapp zwölf Pfennige. Bei achtzehn Pfennigen Gaspreis hat die Stadt 50 Prozent Nutzen, was sehr beachtlich ist und die Erweiterung der Werke gestattet, wenn man diese nicht zu kurz für Zwecke der Rammereivormaltung in Anspruch nimmt.

Hierauf wurde erneut beschlossen, den Gaspreis von Ostern ab auf 18 Pfennige festzusetzen.

Die Gewerbesteuer

soll im neuen Jahre nur in der gesetzlichen Mindesthöhe von 200 Prozent erhoben werden, worauf bis zur endgültigen Veranlagung Vorauszahlungen zu leisten sind. Die Steuer wird nach dem Ertrage und dem Gewerbesteueralter erhoben, nachdem es unsere Partei im Interesse der Kleingewerbetreibenden abgelehnt hat, die Lohnsumme als Berechnungsgrundlage zu nehmen. Genosse Frey wies aber im Laufe der Verhandlung darauf hin, daß der Arbeitgeberstandis Rechtsanwalt Krüger zu einem kommunalen Wahlfonds Gelder gesammelt hat, und daß dabei verschiedene Gewerbetreibende zu diesem Wahlfonds mehr Beiträge geleistet haben, als die ganze Gewerbesteuer ausmacht, die sie zu zahlen haben. Als notwendig könne man solche Gewerbetreibende nicht ansehen. Der Redner wird der Steuerverwaltung hierüber die nötigen Unterlagen liefern. Der Vorlage wurde hierauf zugestimmt.

Ein Fluchtlinienplan für den Schloßplatz

wurde beschlossen, der diesen Platz von der Bebauung ausschließt. Die Vorlage über den Verkauf der Siebenhufener Stephanschen Vermächtnisacker wurde nochmals in den Ausschuss zurückverwiesen.

Die Vorlage über den Anlauf der Grundstücke Am großen Wehr 2, 4 und 6 zwecks Ausbaues des Wasserkraftwerkes in der Roderoder wurde angenommen.

Um 8 1/2 Uhr war die Versammlung nicht mehr beschlußfähig und wurde geschlossen.

Das Oftergeschäft.

In den letzten Tagen setzte ein richtiger Feiertagsbetrieb ein, wie man ihn vor dem Kriege gewohnt war. Die Hausfrauen hatten von dem frühen Einkommen noch eine Kleinigkeit zusammengeparnt, um den Familienangehörigen durch ein besseres Essen oder ein Geschenk eine Freude zu bereiten. Ist es doch das

erste Fest seit langen Jahren, wo wir eine stabile Währung haben. So schoben sich bereits am Donnerstag, und heute dürfte es genau so sein, die Massen durch die Straßen. Manche Geschäfte waren stark überfüllt. Die Fischhandlungen mußten in den Abendstunden zeitweise absperrt und nur immer schücheln einlassen. Auch in den Schokoladenwarengeschäften war Hochbetrieb. Die ärmeren Bevölkerung kaufte bei den Straßenhändlern, die sich reichlich mit Apfelsinen, Bananen, Zuckern und Schokoladenwaren eingedeckt haben. Viele Hausfrauen kauften auch anstatt Küchereien etwas Praktisches als Ostergeschenk. Allgemeine Empörung lösten wiederholt die hohen Eierpreise aus. Wurden doch an verschiedenen Stellen 13 Pfennige für das Stück gefordert und unter 12 Pfennigen war überhaupt kein Ei zu haben.

Ostern im Bober-Rahbachtgebirge.

Bearbeitet und durchgeführt vom Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Breslau.

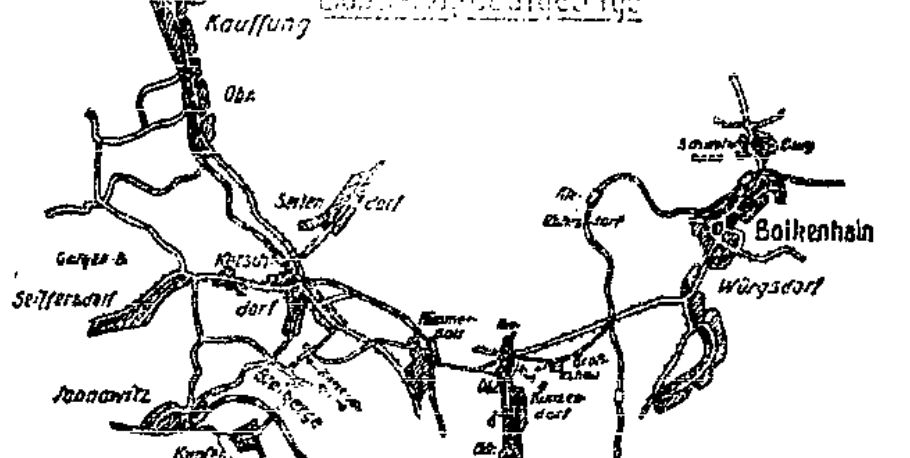
Für eine größere Osterfahrt kommt eigentlich nur das Bober-Rahbachtgebirge in Frage.

Während im Hochgebirge noch überall der Schnee liegt und das Schmelzwasser die Wege ungangbar macht, hat in den Vorbergen der Frühling seinen Einzug schon gehalten.

Es hat einen ganz besonderen Reiz, auf einer der Höhen, angezogen der jäh abfallenden Hänge des Riesengebirges, ein Sonnenbad zu nehmen.

Am besten beginnt man die Wanderung in Bolkshain. Breslau Freiburger Bahnhof ab 4.48 früh, Bolkshain am 7.20. Eine feine Verbindung, Königszell umsteigen.

Vom Bahnhof führt gleich ein markierter Weg zur Ruine Schweinhaus, deren Resten durch ein, vor nicht allzulanger Zeit aufgelegtes Dach verhandelt worden ist. Schöner Ausblick



Denselben Weg zurück, am Bahnhof vorbei nach Bolkshain und zur Postburg. Gut erhaltene Burgruine, vom Turm herzufließend auf das Mädchen, Schweinhaus, Jochen, Eulen- und Waldenburger Gebirge. Von Bolkshain auf der Straße nach Wurzdorf klar markiert, über Groschau, Kuhberg, Rimmerzell, rot markiert, nach den Steinbergen. Von hier zum Ueberrichten entweder nach Reichenbach oder Kupferberg. In beiden Orten sind Jugendherbergen.

Zweiter Tag. Wieder auf die Bleiberge, Rosenbaude, Aussichtsturm. Prachtvoller Blick auf den Kamm des Riesengebirges und im Norden über das ganze Bober-Rahbachtgebirge. Abstieg nach Seifersdorf, dann über den Galgenberg zum Rißberg; ein von Geologen viel beachteter Ort wegen seiner Riß- und Marmorbrüche. Ab ins Kaufjungtal, von hier Rückfahrt über Werzdorf, Dittersbach, Breslau. Kaufjung ab 3.34 oder 8.52, Breslau am 8.55 oder 12.36. Wer noch länger Zeit hat, kann die Fahrt entweder auf Goldberg oder Fauer zu weitermachen. In Kaufjung Jugendherberge.

Für Geologen empfiehlt sich auch ein Besuch der Striegauer Steinbrüche.

Arbeiter-Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Wanderausflugskarte alle Montage von 7—8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Zimmer 32.

Ripperrn—Wuras—Hennigsdorf.

Eine Fahrt für die Baumbüte.

Sonntagsfahrkarte 90 Pf. Hauptbahnhof ab 6.16. Vom Bahnhof Ripperrn am rechten Dorfe vorbei nach Norden bis zur Waldesklause. An der Wegeabzweigung links haltend. Durch den Wald bis zum inmitten prächtiger Rischbäume liegenden Waffenschloß Wochewitz. Ein paar schöne alte Baumstümpfe fallen besonders ins Auge. Bis hierher ungefähr eine Wegstunde.

Von Wochewitz rechts durch den Kiefernwald, Groß- und Klein Breja, Lamshüh bis zur Ober, ungefähr drei Stunden. Hier ist Gelegenheit, am Wasser der Ober die Mittagspause zu machen, vielleicht ein Sonnenbad und wer ganz verwegene ist ein im Wasser zu nehmen.

Bei Wuras überleben über die Ober, rechts auf der Straße nach dem Bahnhof Hennigsdorf, 1 1/2 Stunden.

Hennigsdorf ab 6.27 oder 7.14.

Arbeiter-Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Wanderausflugskarte alle Montage von 7—8 Uhr.

* Städtische Handelsschulen in Breslau. Der Unterricht bei den Tagesklassen beginnt nicht am 24., sondern erst am Mittwoch, den 29. April. Die wahlfreie Abend-Kurse (siehe auch Inserat) beginnen am 1. Mai.

* Der Männergesangsverein „Krone“ (Breslauer Kerlarbeiter) gibt am 1. Feiertage nachmittags 5 Uhr in Hentners Festhause in Wrognau ein Vokalkonzert. (Siehe Inserat.)

* Volksfürsorge. Dienstag, den 22. April, abends pünktlich 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 13, Funktionärsitzung. In dieser Sitzung müsse alle Ortsämter anwesend sein.

Advertisement for Calmon gum stamps. It features a cartoon character holding a stamp that says 'CALMON'. The text reads: 'Verlangt die guten CALMON Hanfa-Gummiabätze'. The character is a simple stick figure with a large head, wearing a hat and holding a stamp with the name 'CALMON' on it.

Ostergedanken.

Ostern, die Siegesfest des Lebens im Kampfe mit dem Tod, ist willkommen! Der Winter mit seinem Schrecken, seiner Arbeitslosigkeit, Kälte und Finsternis war für das Proletariat höchst unangenehm fühlbar. Millionen Volksgenossen konnten ihre Hütte nicht erwärmen, nicht erheizen, und Hunger und Kälte raubten ihnen in den langen Winterabenden selbst den erquickenden Schlaf. Wie werden sie alle frohlocken über den Sieg des Lichts und der von Tag zu Tag wieder länger und wärmer scheinenden Sonne!

Wird die Natur das Wunder ihrer Auferstehung vollenden und wieder in überflutender Fülle ihre Gaben austreten. Aber was kommt den Lebenden der Segen der Natur, wenn die Menschen sich mit ihren Formeln dazwischenlegen? „Das Kleelein, das Tüchlein darf sich ja auch bei Waiens freun.“ So heißt es in dem Liede. Nur der den Menschen gehen bei der Gabenverteilung viele leer aus oder sind auf dürftige Almosen angewiesen.

Die kapitalistische Gesellschaft mit ihrer vielfachen Vergewaltigung von Proletariat und Arbeitkräften hat es bisher nicht vermocht, die durch den Krieg ins Wanken geratenen Fundamente ihres Wirtschaftsgedäudes wieder zu befestigen. In den am Krieg beteiligten gewesenen Ländern und selbst darüber hinaus setzen gezwungen Millionen Hände, abseits zur Bekämpfung des Elends sind wir aber noch weit entfernt. Mehr als je stellen heute die Worte des „Kommunistischen Manifestes“ über die Kapitalistenklasse: „Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmer, der zitterlichen Begeisterung, der sichbühlerischen Rehmheit in dem eintaligen Wähler egoistischer Berechnung erränkt.“

Nur vom Profit rauchen die Schornsteine“, sagte unter August Bebel. Weil aber nicht hoher Profit winkt, deshalb wird heute nicht genügend produziert; müssen auch die Massen im Elend verkommen. Die durch den langen Krieg entstandene Warenknappheit wird infolge der Produktionsbeschränkung noch vermehrt und der Preisstreber und dem Wucher auf neue Tür und Tor geöffnet. Noch sind die Wunden, die der letzte Krieg geschlagen, nicht geheilt, die Schulden nicht bezahlt, und schon ist neues Kriegsgeschrei durch die deutschen Lande. Denn „Der Krieg hat Reichum im Gefolge, genau wie die Plage“, schreibt unser französischer Genosse Henri Barbusse. Das gilt natürlich nur für die Besitzenden. Die Besitzlosen werden durch den Krieg nicht reicher, sondern immer ärmer. Auf das die Schrift erwidert: „Wer da hat, dem wird gegeben werden; von dem aber, der nichts hat, dem wird auch das genommen werden, das er hat.“ (Lucas 19, 26.)

Wie lange noch soll dieser Zustand dauern? Besteht keine Hoffnung, daß auch die Wälder-Ostern kommen werden und unser Geschick sich bald zum Besseren wendet?

In einem demokratischen Staatwesen haben wir das gar nicht nötig. Am 9. November 1918 ist in Deutschland die Wehrkraft gebrochen für den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des Proletariats, es muß nur von seinen Rechten klagen und ausgiebigen Gebrauch machen. Und damit das geschieht, muß unsere Agitation zum Sturm ansetzen, der die Volkswirtschaft zerstört und hinwegfegt, die den Volkswaffen die Sonne des herrlichen Materialismus nach verhüllen, dessen hervorragender Vertreter den Wälfischen Satz geprägt hat: „Die Gesellschaft findet nun einmal nicht ihr Gleichgewicht, bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht.“ Wie zu wenig noch begreift das Proletariat den Sinn dieser inhaltreichen Worte, sonst würde es sich ernstlich um die Eringung der politischen Macht bemühen und sich die Welt nach seinem Bilde formen. Daß die Lohnkämpfe allein nicht ausreicht, den Hunger zu bannen, von der Bekämpfung der Kulturbedürfnisse ganz zu schweigen, das sollte doch endlich allen Beamten, Angehörigen und Arbeitern klar sein.

Wenn die Natur ihre Auferstehung in so kurzer Zeit vollbringt, so nur deswegen, weil sie mit großer Intensität schafft. In jedem Weiz und Sieg, an jedem Baum und Rain, in jeder Gede blüht, entrollt und blüht es. Würden alle Menschen von dem gleichen Schaffensdrange befeuert sein oder würde ihnen Gelegenheit geboten werden, ihn zu erfassen, dann hätte die Erde Raum für alle.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

„Ein Tag in Venedig“

Das Thema des Lichtbildervortrages von Dr. Franz Schneider in der nächsten Veranstaltung des Arbeiter-Bildungsausschußes am Mittwoch, den 23. April, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Venedig ist seit Jahrhunderten der Anziehungspunkt für Reisende aller Nationen und Gesellschaftskreise. Während vermögende Personen in bequem eingerichteten Dampfschiffen dorthin gelangen, sind ihm die Reisenden aus Arbeiterkreisen in starkem Maße zu Fuß zugewandt. Die Wit- und Neureichen können sich heute wieder von den kunstvollen Venedigs (fogar) notleidende Kleinhandwerker unserer Stadt gefassten sich gegenwärtig wochenlange Aufenthalte in Italien) persönliche Eindrücke verschaffen. Die Arbeiter aber sind infolge der bitteren Not im letzten Jahrzehnt behindert worden, auf Schusters Rappen ihre Kenntnisse von Welt, Menschen und ihren Kulturwerten zu erweitern. Sie müssen sich daher begnügen, durch gute Vorträge gleiche Eindrücke zu sammeln. Hierzu bietet der obige Vortrag die beste Gelegenheit. Ein guter Kenner all der in Venedig geschaffenen und zusammengestellten Kunstschätze wird an der Hand von besten Lichtbildern in der Form einer Reise einen lebendigen Eindruck geben. Nicht nur die architektonischen Werte, das bunte Leben und die Anlagen Venedigs, sondern auch die besten Bildwerke unserer größten Meister der Farbe werden in bunten Bildern gezeigt und besprochen werden.

Eintrittskarten zum Preise von 40 Pfennigen sind bei den Vertrauensleuten und in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben.

Freigewerkschaftliches Jugendlied.

Mittwoch, den 23. April, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung im Gewerkschaftshaus. — Donnerstag, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr, Lichtbildervortrag im Stadtjugendheim über die Kruppwerke. Eintrittskarten nur an jugendliche Mitglieder und erwachsene Helfer der Jugend für 10 Pfennig bei den Gewerkschaften und an der Kasse zu haben.

Freitag, den 25. April, abends 8 Uhr, Kartellführung im Gewerkschaftshaus, Mitteilungen, Jahresbericht, Neuwahl des Vorstandes. Alle Jugendleiter und Delegierten haben die Pflicht, zu erscheinen.

Baugewerksbund. Osterfahrt nach dem Schloßjertal. Treffpunkt Sonnabend nachmittag 5 1/2 Uhr Hauptbahnhof.

Holzarbeiter. Montag (2. Osterfest) Ausflug nach Heidtreifham. Treffpunkt 7 1/2 Uhr, Hundsfelderbrücke.

Metzger. Mittwoch, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Versammlung.

Metallarbeiter. Osterfahrt nach dem Rahengebirge für zwei Tage. Treffpunkt Sonntag 7 Uhr Hundsfelderbrücke. Rückfahrt mit der Bahn von Tredlitz. Proviant und Bede mitbringen.

Donnerstag, den 24. April, fällt der Heimbabend aus. Alles beteiligt sich am Lichtbildervortrag des Jugendliedes.

3. d. A. Osterfahrt am 2. Osterfest nach Mahelwitz. Treffpunkt feil 7 Uhr, Leichter Keller. — Dienstag, den 22. April, 7 Uhr abends, Heimbabend, Brodauers Güte. — Donnerstag, den 24. April, nehmen wir am Lichtbildervortrag des Jugendliedes teil.

Parteigenossen!

Die letzten zwei Wochen des Wahlkampfes beginnen mit den Osterfeiertagen. Es gilt nun, jeden Tag und jede Stunde zu benutzen, um unter den Hunderttausenden von Staatsbürgerinnen Aufklärungsarbeit zu leisten. Nutzt vor allem die Feiertage aus, um überall und bei jeder Gelegenheit aufmerksam zu machen auf die hohe Bedeutung der Entscheidung am 4. Mai. Hämmert all den Mühseligen und Bedrückten ein, daß nur die Stimmabgabe für die Sozialdemokratie die Rettung und Erlösung des arbeitenden Volkes sein kann. Werbt überall für die Partei. Sammelt überall für den Kampffonds. Der Sozialdemokratie stehen nicht die Geldschränke und auch nicht Stipendien ausländischer Mächte zur Verfügung, sie ist angewiesen auf die Pfennige und Groschen ihrer Parteianhänger und des arbeitenden Volkes überhaupt. Geld aber wird notwendig gebraucht, um das erforderliche Aufklärungsmaterial herauszugeben. Parteigenossen und Genossinnen! Laßt den Appell an euch nicht ungehört verhallen, bisset alles auf, um eurer Sache zum gerechten Siege zu verhelfen.

Seine Silberhochzeit feiert heute der Tischler Friedrich Steiner mit seiner Ehefrau Bertha, geb. Salamon, Alsenstraße 32. Seit der Hochzeit ist die „Volkswacht“ in der Familie. Seit 21 Jahren ist Genosse Steiner politisch und seit 31 Jahren gewerkschaftlich organisiert. — Am 15. April hat auch der Genosse Karl Bleicher seine Silberhochzeit gefeiert. Auch in seiner Familie ist seit 25 Jahren die „Volkswacht“. Wir wünschen in beiden Fällen dem Silberpaar viel Glück im Leben.

Am Sina des Lebens lautet das Thema eines Lehrganges, den der Leiter der Volkshochschule, Dr. Alfred Mann, von Ende April bis zu den großen Schulfriertagen abhält. In Rundgesprächen, bei denen die Teilnehmer selbst Fragen aufwerfen, sollen letzte Gründe des menschlichen Lebens und seiner Einrichtungen aufgeklärt, scheinbare Selbstverständlichkeiten des Alltags als bedeutsame philosophische Fragen erfaßt werden. In ähnlicher Form werden auch noch andere Lehrgänge der Volkshochschule abgehalten, zum Beispiel von Professor H. Hoffmann „Ausprache über religiöse“ Fragen und von Oberstudienrat Vogt „Gesamtunterricht“. Der letztgenannte Lehrgang, in dem beliebige Fragen aus dem Teilnehmerkreis besprochen werden, stellt eine Übertragung Bernhard Dittschers Vortrags auf die Volkshochschule dar. Anmeldungen zu diesen Lehrgängen bis 27. April, werktäglich von 8 bis 9 Uhr und 5 bis 6 Uhr, Sonntags 9 bis 12 1/2 Uhr, im Volkshochschulamt, Springersstraße 5/9, 3. Stad.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Wich dem Hungrigen dein Brot!

Wie oft hört man wohl, daß die Deutschnationalen sich besonders für die Armen und Notleidenden einsetzen und wie sie für ihre Leute zu sorgen bemüht sind. Das hört man aber nur aus ihrem Munde, liebt man nur in ihren Zeitungen und Flugblättern, denn die Wirklichkeit ist ganz wesentlich anders.

Unseren Lesern und Parteifreunden dürfte es bekannt sein, daß Genosse Stowig-Kietendorf für einige Zeit den Landrat in Breslau zu vertreten hatte. In dieser Eigenschaft hat er eine fürchterliche Ungeheuerlichkeit begangen und damit bewiesen, daß er zu einem hohen Posten nicht geeignet ist. Letzteres behaupten ja die Deutschnationalen von jedem Sozialdemokraten, also kann es kein Wunder nehmen, wenn Stowig auch nichts taugt!

Und warum, lieber Leser? Verhalte dein Haupt, höre und staune:

Im Kreise Breslau herrscht eine sehr große Arbeitslosigkeit, und die bösen Sozialdemokraten haben schon im Herbst angeregt, diese vorzubringen und Kostensarbeiten (besonders Straßen- und Wegebau) beantragen. Der harte Winter aber mit seinem starken Schneefall ließ die Ausführung dieser Arbeiten nicht zu, und so kam es, daß fast 5000 Erwerbslose nur auf die geringe Unterstützung angewiesen waren. Im Februar war die Not dieser Vermissten, die von den harten Großagrariern immer als arbeitsfaul und arbeitsflehend bezeichnet werden, auf das höchste gestiegen und daher beschloß der Kreisaußschuß einstimmig, 16 000 Mark für eine besondere Kostlandsunterstützung bereitzustellen. Fast die ganze Summe wurde zum Ankauf von Lebensmitteln, wie Fleisch, Speck, Milch, Zucker und Gemüsen verwendet, welche den Gemeinden mit großen Erwerbslosenslisten zur weiteren Verteilung an die Bedürftigen überlassen, um auf diese Weise das Elend zu mildern. Eine kleine Summe aber blieb dem Kreis-

ausschuß zur besonderen Verteilung an Notleidende vorbehalten, um eventuell für Konfirmanden oder an Erwerbslose aus leichten Gemeinden etwas zu leisten, die nichts erhalten haben.

Und nun geschah das Schreckliche! Im Kreise Breslau wurden ungefähr 300 Landarbeiter von den Großagrariern wegen gemäßigter, weil sie im Sommer zur Eringung einer besseren Lebenshaltung gestreift haben und schon seit dem 1. Januar ohne Arbeit und Verdienst sind. Denn diese Erwerbslosen sind schwarz gemacht worden und werden von keinem Gutsherrn eingestellt. Wollen doch diese Herren einmal Nachse nehmen und zugleich den verhassten Deutschen Landarbeiterverband bestimmem.

Von diesen Landarbeitern kamen auch einige (10—15 Mann) in das Landratsamt und baten den Genossen Stowig um Unterstützung und dieser half. Nach Rücksprache mit dem hiesigen Deputierten, der sich er, je nach Stärke der Familienverhältnisse, wie es den einzelnen Erwerbslosen in den Gemeinden gegeben worden ist. Und damit hat er zwar den ausgehungerten Landarbeiterfamilien wieder einmal Brot zu essen gegeben, aber er hat von Lieres, der sehr schnell reich gewordene Rittergutsbesitzer in Neppine, beschwerte sich darüber bei dem Landrat. Dieser kümmert sich auch ein satter Gutsherr, für den täglich die Landarbeiter gegen geringen Lohn schärfen müssen, um die Not der Arbeiter? Hat sich jemals eine Drohne gelohnt, ob die Arbeiter hien fort zu essen haben? Landarbeiter, wacht auf, so steht die Arbeiterfreundlichkeit dieser Wohlgenährten aus! Merkt Euch das bei der Wahl!

Haselieb. In der Gemeindevertreterwahl am 15. April wurde der Haushaltsvorstand für das Rechnungsjahr 1921/22 aufgestellt, der mit einer Einnahme und Ausgabe von 29 600 Mark abschließt. Der Bedarf an direkten Gemeindeforderungen für das Rechnungsjahr soll in der Weise aufgebracht werden, daß die Grundvermögensteuer mit 150 Prozent, und die Gewerbesteuer mit 200 Prozent belastet werden soll. In den Wahlvorstand für die am 4. Mai stattfindenden Reichstags- und Gemeindevahlen wurden gewählt: 1. Wahlvorstand: Gustav Ziel, 2. Stellvertreter Emil Weich, 3. Schriftführer Reinhold Michner, 4. Stellvertreter Hans Kees, 5. Beisitzer August Liebig, 6. Beisitzer Karl Gürtel, 7. Beisitzerin Anna Säupl, 8. Beisitzer Hermann Richter.

Ferner wurde beschlossen, die Zahl der Gemeindevertreter wieder auf 9 Gemeindevorteiler, 2 Schöffen und 1 Gemeinde-Beisitzer zu erhöhen.

Um den zahlreichsten Erwerbslosen die Anstellung von Beschäftigungsgegenständen zu ermöglichen, wurde einstimmig beschlossen, bei der Kreisgrotasse in Breslau ein Darlehen in Höhe von eintausend Rentenmark aufzunehmen, um den Erwerbslosen notwendige Arbeitsmittel davon zu beschaffen. Nach Aufnahme der Arbeit muß jedoch jeder Empfänger den verauslagten Betrag zurückzahlen.

Die Gemeindevertretung bewilligt ferner 100 Rentenmark zum Ankauf von Mehl für die Erwerbslosen, das für die Osterfeiertage verteilt wird.

Zum Schluß wurden die im Mai v. J. abgeschlossenen Mietverträge mit den Mietern in den Siedlungshäusern den heutigen Verhältnissen entsprechend umgeändert.

Aus Schlesien.

An die Ortsgruppen!

Werte Genossen!

Ihr erhaltet dieser Tage Plakate für die Wahl in verschiedenen Typen. Bitte diese Plakate in der letzten Woche vor der Wahl auszugeben.

Mit Parteigrüß.

Der Bezirksvorkand, J. A.: Lanotte.

Wahl am Bober, Stadtvorordnetenwahl Sonntag, den 13. April, fanden in dem überfluteten Lahn die Gemeindevahlen statt. Am Tage vorher hatte Genosse Simon zu den Gemeinde- und Reichstagswahlen dort gesprochen. Trotz des bitteren Winters war die Versammlung gut besucht. Stahlhelmleute, Jungdo usw. hatten sich durch Abreißen der WSPD-Plakate durch tätiges Ausfragen der bürgerlichen Flugblätter und durch eine Wahlschlepperei und Wahlbeeinflussung, wie sie eben noch nicht gesehen hat, für die bürgerliche Einheitsliste einen schönen Erfolg. Bei 800 Wahlberechtigten wurden 719 Stimmen abgegeben, das bedeutet eine Wahlbeteiligung von 56 Prozent. 493 Stimmen erhielt die bürgerliche Einheitsliste, 222 Stimmen die Sozialdemokratische Liste, 4 Stimmen waren unglücklich. Die Sozialdemokratische Partei hatte gegenüber den früheren Wahlen 33 Stimmen gewonnen und damit 4 Stadtvorordnetenliste und 2 Magistratsliste behauptet.

Bereinstalender.

Deutscher Holzarbeiterverband, Parteifreier, Dienstag, 22. April, vormittags, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses: Parteilegerversammlung. Alle in Breslau anwesenden Kollegen haben zu erscheinen. Die Sektionsleitung.

Baugewerksbund Breslau (Zweiggruppe der Schornstein- und Feuerungsmaurer, sowie deren Postenstellen). Mittwoch (Osterfest), den 21. April, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5: Versammlung. Erscheinen aller ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

Monistische Gemeinde, Grünstraße 14/16. Ostermontag, den 20. April, vormittags 9 1/2 Uhr: Erbauung. Sprecher: W. Dittsch. Thema: „Auferstehung“. Mittwoch, den 20. April, 8 Uhr: Gemeindevorversammlung. J. A.: Der Vorstand.

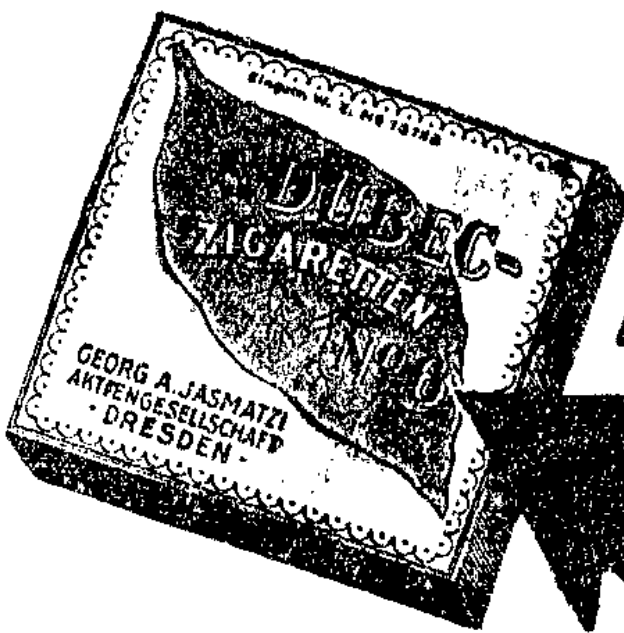
Parteigenossen und -Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Unübertroffene Qualität

ist das Merkmal der

MALLAIS-KAPILLE

RARITÄT-SPECIAL
RARITÄT-EXTRA
RARITÄT-DELIKAT
RARITÄT-LUXUS



Jasmatzi Dubec

beste 2 1/2 Zigarette - Unübertrefflich!

Die ... in ... Packung mit dem ...
 Aus ... von ...

Wir empfehlen:

Geschichte der Revolutionen

vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution

(2 Bände, Großformat, elegant in Halbleinen, 786 Sei. mit 407 wertvollen Bildern und Dokumenten aus der Zeit) zusammen statt 20.- Mk. = nur 12.- Mk. =

Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.

Volkswachtbuchhandlung Modernes Antiquariat
 Breslau III, Neue Graupenstraße 5/7.

Zutterreife

faul und ...
 Scholz,
 Weißgerbergasse 42.

Kartonagen-Neimarbeiterinnen

für Zigaretten-Kartons können sich melden.
 C. Kupferstein,
 Serrenstraße 80, Hof 1.

Mechaniker für Schuhfabrik

welcher an sämtlichen Maschinen einer großen, modernen Stepperei durchaus perfekt sein muß, in selbständige Dauerstellung bei guter Bezahlung gesucht.

Offerten erbeten unter St. 365 an die Expedition d. Ztg. 5601

Wir suchen für sofort bei einem Stundenverdienst von 60 bis 75 Pfg.

Sattler für Karosseriebau, Lackierer und Ueberzieher für Karosseriebau, Klempner für Kühlerbau, Kupferschmiede.

Umgehende schriftliche Bewerbungen mit Angabe über sonstige Tätigkeiten sind unter möglicher Beifügung von Zeugnisabschriften zu richten an die Arbeiter-Annahmegesellschaft der Hansa-Automobil-Werke A.-G., Barz i. S.

Bei Vergabung von

Drucksachen

berücksichtigen Industrie und Handel, Kommunal- u. Staatsbehörden, Parteienvereine, Gewerkschaften, Krankenkassen, Arbeiter-Sport- und Vergnügungsvereine die Buchdruckerei der

Volkswacht

Breslau 2, Flurstraße Nr. 4-6

Gehr. Pianos

verkauft billig von
 Martha Schmidt,
 Weidemanns 5.

Frauen, Mädchen sowie Burschen

bis zu 20 Jahren finden sofort Arbeit in landwirtschaftlichen Betrieben bei gutem Deputat und Lohn durch den

Öffentlichen Bezirks-Arbeitsnachweis Breslau
 Gartenstraße 3/5,
 landw. Abteilung, weiblich, Zimmer 22
 landw. Abteilung, männl., Zimmer 72.

Hilfsarbeiterin für Sattlerei

perfekte Maschinennäherin sofort gesucht.

Ostdeutsche Sport-Industrie
 Herdainsstraße 95.

Rinderwagen

ausgezeichnete
 Kaufmannsstraße 11

Ältere Frau

tagsüber zu Kindern gesucht. Gegend Westend. Offerten unter St. 368 an die Expedition dieser Zeitung. 5157

Tätiger Chauffeur

gesucht. Derselbe soll gelernter Schlosser sein, der kleine Reparaturen selbst ausführen kann. Es kommt nur ein sicherer Fahrer, der schon seit Jahren im Fache ist, in Frage. Unverheirateter Mann bevorzugt.

Schriftliche Bewerbungen mit Angabe bisheriger Tätigkeit unter St. 2458 an die Volkswachtbuchhandlung, Breslau. 5122

Wir suchen für sofort bei hohem Verdienst:

Spindelreher, Mundschleifer, Horizontalschleifer, Regelmacher, Häcker und Schleifer, Kontrollenre für Bremsen, Kontrollenre für Motorbau, Stellmacher für Karosseriebau, Motoren, Monteur und Elektriker.

Umgehende schriftliche Bewerbungen mit Angabe über sonstige Tätigkeiten sind unter möglicher Beifügung von Zeugnisabschriften zu richten an die Arbeiter-Annahmegesellschaft der Hansa-Automobil-Werke A.-G., Barz i. S.

Cofas, Matratzen

Anarbeiten, Reparatur, modernisieren, Zimmer tapezieren, Gardinen aufhängen.

P. Rademacher
 Tapezierer und Dekorateur,
 Frankensteinstraße 16.
 Komme ins Haus, 5616. Politkarte genügt.

Käufe Kinderwagen

faul stets Karosserie, Spezialwerkstatt für Rinderwagen-Reparaturen.

Damenkonfektion

leicht. Näherin auf ff. Mäntel im Haus sucht Tischer
 Sedanstraße 5.

Berliner

Verkauf ein. Leichtverkauft. Brieflos gesucht. 100% Verdienst. Muster geg. Ginf. von 1 Ztl. Lubberich & Schütz,
 Hamburg 8, Stadthörn 17. 598

Fantasiehutarbeiterinnen Garniererinnen und Lederhutarbeiterinnen

für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht von

Hutfabrik Körber,

Reuschestraße 53. 5501

Wir suchen zur Unterstützung

unseres 1. Zuschneiders

eine geeignete Kraft welche bereits in größeren Betrieben selbständig tätig war. Nur Herren, die eine solche Tätigkeit nachweisen können, wollen sich zum sofortigen evtl. Antritt per 1. Mai oder 1. Juni melden bei!

Pollack & Adler, Herrenkleider-Fabrik

Parteilreunde

kaufen an Bahnhöfen, verlanget in Hotels, Restaurants, Cafés stets die

Volkswacht

Conrad Kissling

Biergroßhandlung Tel. Ring 63 u. 660

Neu eingeführt **Siphons** Neu eingeführt

mit Kulmbacher, dunkel u. hell, sowie Pilsener Urquell

P. Wenzel * Groß-Tschansch

Fernsprecher: Ohle 7248
 Bautischlerei * Möbeltischlerei
 Ladenbau

Leinen- und Wäsche-Haus Georg Land

Breslau, Ohlauer Straße Nr. 78

Wohnungseinrichtungen Josef Hirsch

Breslau Gartenstraße 42

Waffenfabrik

besonders ...

Zigarren- und Zigaretten-Versand Paul Tschöke

Kell's Geschäft Neumarkt i. Schl. Ring Nr. 41 - Fernsprecher 229

Geschäftliche Rundschau

Ohne Gewähr	Dauerfahrplan	Nürnberg	Obernkj	Musterfahrplan			
Breslau Hft.	ab 600	943	8130	W 226	W 820	416	710
Breslau Pilsener	ab 610	956	146	234	320	428	710
L	nach Kowitz	nach Trübenberg	nach Obernkj	nach Obernkj	nach Trübenberg (ab 1.4.)	nach Trübenberg	nach Kowitz

so empfehle ich Ihnen Besichtigung meines reichhaltigen Lagers.

Max Trapke, Matthiasstraße 30

Knobloch & Rosenmann

(früher Arnold Karfunkelstein)
 Herren- und Knabenkleiderfabrik
 Breslau 1, Büttnerstraße 28/31

Kaufhaus Brauer / Deutsch-Lissa

Breslauer Straße 19 - Telephon 122
 Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung .. Schuhwaren
 Teilzahlung gestattet

Leo Böhm

Gartenstraße 43
 Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen

Breslauer Wurstfabrik

Feinste Fleisch- und Wurstwaren

S. Schwerin Nachf.

Breslau I, Am Rathaus 27 (Euchs & Horal-Haus) Gegründet 1864
 Fernsprecher: Ring 8851/2
 Puppen und Spielwaren Spezialität: Puppenbestände
Engros-Fabrikanten
 Ciaronmühle I (Pol. B. 648 n. 40614) Kryszanowischer Mühle (Pol. B. 2800)

Alfred Pospischi

Holzgroßhandlung
 Kaiser-Wilhelm-Straße 57
 Telephon: Ring 9614

Maltosano

Bock- und ...
 durch ...
 Maltosano

Max Wenzel & Co. S. H.

Fabrik für Herren- und Knabenkleidung

MK Matthias-Kino Moderne Lichtbildbühne
Matthiasstraße 38

MK Moltkestraße 9

Alle Augen richten sich auf unser
großes Oster-Programm!

Jackie

Coogan

in seinem schönsten und
rührendsten Film

MY BOY mein Junge



Dieser Film wurde noch in keinem Theater des Odertors vorgeführt.

Dazu ein auserwähltes großes Beiprogramm.
Jugendliche haben Zutritt!

TKN Theater des Nordens
Fürstenstraße 32
an der Pflaumenstraße

Der große Erfolg der
B. K.-Lichtbildbühne geht ab
heute auch in unserem Theater
weiter.

Faszination.

Der Taumel einer Nacht.

Der Roman einer kapriziösen jungen Dame in 8 Kapiteln
mit der rassigen amerikanischen Filmdiva

Mac Murray.

Im Mittelpunkt: Original-spanische Stierkämpfe.

Im Beiprogramm:

Fix und Fax als Autoschieber.

OK Des Riesenerfolges
wegen
verlängert!

Odeon-Kino
Taschenstraße 20
an der Liebigstraße.

Mutter

Das Hohe Lied
der Mutterliebe

Wochentags Anfang 4 1/2 Uhr, Sonn- und Feiertags 3 Uhr.
Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr. Jugendliche haben zur
1. Vorstellung Zutritt.

Jupiter
Lichtspiele
Westendstraße 50/52

Die

Rosenkreuzer.

Ein Roman aus den Tagen

Kaiser Joseph II. von Oesterreich
der Revolutionär unter den Herrschern genannt.

Ferner: Der größte Luftsport-Sensationsfilm der Gegenwart

Die Herrin der Luft

6 Akte. Verleih: Forum A.-G. Breslau.

Waghalsige Attraktionen auf dem Flugzeug in schwindelnder Höhe,
die je ein Mensch ausführen kann.
Sämtliche Flugzeugszenen sind Original-Aufnahmen, ohne jegliche Tricks.

Luna-Park, Morgenau

Ostersonntag:

Eröffnung des Vergnügungsparks
Großes Motor-Radrennen

Im Sternensaal:
Saal-Sport-Fest
Großes Garten-Konzert

2. u. 3. Feiertag:
Vollbetrieb im Vergnügungspark
Großes Gartenkonzert
und
Ball in allen Sälen.

Henckners Festsäle Morgenau

- 1. Osterfeiertag**
nachmittags 5 Uhr:
Große Solree von H.-G.-V. „Krone“ 1931
- 2. Osterfeiertag**
nachmittags 4 Uhr:
Theater und Tanzabend im Rahmen der Reichsfeierlichkeiten des Kriegesingens Breslau
- 3. Osterfeiertag**
Großer Tanz mit Einheitsmusik. Neue, erstklassige Musik.

Trinkt überall
das wohlbekömmliche
Echte Grätzer Bier



Nikolaistraße 27

Der Gefangene auf Castell d'Jif

Der gewaltige Abenteuerfilm

10 riesige Akte
— Fox-Film —

Anfang Wochentags 4 1/2, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr
Feiertags 3, 4 3/4, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr

Alle Herrenhüte
arbeiten am
auf neu
A. Schaefer
Kopierstraße 44.

Auch Du suchst
Nist über Behinderung der Kinderzahl. Des Buch von
Carl-Fritz Dr. Heber
Die Verhütung der Sämannereidung!
Ist die Wahrheit und gibt volle Befriedigung in ge-
schlechtlichen Dingen. Preis 2,50 RM. Distriktvertrieb:
Bucherland E. Weidmann, Berlin N. 31, Abt. 27.

Etablissement „Schleibwerder“
Dienstag, den 22. April:

Großer Böttcherball

veranstaltet vom
Zentralverband der Deutschen Böttcher
Filiale Breslau
verbunden mit historischem Rittentanz
und diversen Überraschungen
Eintritt 5 Uhr
Eintrittspreis: Herren 80 u. 30 Pf. Steuer
5508 Damen 54 u. 21 Pf. Steuer

Theater-Tunnel
an der Liebigstraße
1. u. 2. Osterfeiertag
Gr. Sonder-Konzerte
Beide Feiertage v. 11-2 Uhr:
Frühstücken-Konzert. 15 Mann starkes
Sireidiorchester.
Leitung: Kapellmeister Pauli. 5508
Ab 5 Uhr: KONZERT der beliebten Hauskapelle.
Neueste Schlager, Vorträge, Stimmungsgedänge. Eintritt frei.

„Erholung“, Wolfswitz.

2. Feiertag, sowie jeden Sonntag:
Vornehmer Tanz.
Rose Müll. Anfang 8 1/2 Uhr.
Den weiten Vereinen empfehle meinen Saal zur Ab-
haltung von Frühjahrs- und Sommerfesten
zu besonders günstigen Bedingungen. 5588

Bürgergarten, Oswitz

Künstlerkonzert
Eintritt frei
Vornehmer Ball
G. Klein.

Pa. Himbeersirup
empfiehlt in Toffen und
Stöckchen
Liquorfabrik Curt Loewe,
Breslau, Schwabstr. 38.
Telephon 8858.
Gut eingeführte Vertreter
können sich melden.

Übergangshüte
Lederhüte
Neueste Strohhüte
und Linostormen
Freund & Krebs
Strohstoffabrik
Karlsruhe 30
(neben der Hofkirche).
Strohüte jeder Art.
Herrenhüte werden
schon jetzt auf aus-
gezeichnete Formen
umgeformt.
Den ganzen Tag
geöffnet.

**Blaue Arbeits-
Jaden**
süß und grabe
Sofen
in nur 1a Qualität.
Oskar Dehmel
Rheinstr. 45.

Frauen
gebrauchen bei unregelmäßiger
Störung
m. garantiert ungeschl. Mittel.
Frau D. Jurek: Heute habe
ich mit 100 Mittel und morgen
trat der Erfolg ein.
Sämtliche Frauenmittel.
Weißbrotmittel.
Auskunft gegen Rückporto.
Frau H. G. Schmidt, Breslau 11,
Gruntr. 9, 5588 im Postfach

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Arbeitswoche von 131 Stunden!

Vom Landeshauptmann von Pommern verordnet. Dem „Vorwärts“ wird aus Pommern geschrieben: Am 13. Februar erließ bekanntlich der Reichsarbeitsminister eine besondere Arbeitszeitverordnung für Krankenpfleger...

Auf Antrag der Gauleitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter an den Landeshauptmann von Pommern, für das nichtbeamtete Personal, das unter die Arbeitszeitverordnung fällt, die Arbeit mit den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zu regeln...

Der Landeshauptmann von Pommern hat seine eigene Ansicht über die Koalitionsfreiheit des beamteten Pflegepersonals. Er hat auch seine eigene Ansicht über die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit...

Reichskonferenz des Bergarbeiter-Verbandes.

Der alte Bergarbeiterverband hielt in diesen Tagen im Bandtagsgebäude zu Berlin eine Reichskonferenz ab, deren Ergebnis in folgender Entschließung zusammengefasst ist: „Die vom 14. bis 16. April in Berlin tagende Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erkennt die Einhellung der Reichsregierung zu den Sachverständigen-Gutachten in der Reparationsfrage an.“

Die nunmehr erfolgte Verkündigung über die Witzenberger Verträge bietet die Möglichkeit, das Wirtschaftslieben vor neuen Störungen zu bewahren. Die Konferenz spricht aber aus, dass die Lasten nicht allein von der Wirtschaft des besetzten Gebietes getragen werden können...

Die Konferenz erhebt gegen die von den Unternehmern und der Regierung betriebene Lohnpolitik entschiedenen Einspruch. Trotzdem die gegenwärtigen Lebenshaltungskosten noch wesentlich über denen der Vorkriegszeit stehen, hat die von den Unternehmern und der Reichsregierung betriebene Lohnpolitik dahin geführt, dass die Bergarbeiterlöhne in den einzelnen Revieren einschließlich der Löhne für die tarifliche Heberarbeit noch längst nicht die Höhe der Vorkriegszeit erreicht haben.

Das Rundschreiben der Arbeitgeberverbände vom 28. März dieses Jahres veranlaßt die Konferenz, zu erklären, daß die Mehrheit über die Arbeit- bzw. Siedensindensität hinaus nur durch besondere Vereinbarungen auf tariflicher Grundlage den jetzt weitestgehenden Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechend zuzufügen ist. Der Versuch, eine längere Arbeitszeit im Manteltarif festzusetzen, muß als unzulässig mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bekämpft werden.

Generalsammlung des Textilarbeiterverbandes.

Am Mittwoch vormittag wurde in der Stadthalle in Rastatt die 15. Generalsammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes durch den Verbandsvorstandenden Hüblich eröffnet. Der Kongress ist von zahlreichen in- und ausländischen Gästen besucht. Oberbürgermeister Genosse Scheidemann begrüßte die Vertreter der Textilarbeiter und sprach die Hoffnung aus, daß der

Verbandsrat mit dazu beitragen werde, die unbedingt notwendige Einheit der Arbeiterbewegung herbeizuführen. Von ausländischen Gästen sprachen Kaiser-Tschekoslowakei, Geleff-Milchhausen im Elsaß und Fischer-Wien für den A. D. G. B. begrüßte Genosse Müller den Kongress. Bei der Feststellung der Geschäftsordnung versuchten die wenigen kommunistischen Delegierten, eine erregte Debatte zu entfesseln. Der Versuch wurde jedoch von der großen Mehrheit des Verbandstages vereitelt. Mit der gleichen Mehrheit wurde die Geschäftsordnung angenommen, das Büro und die Mandatsprüfungscommission gewählt.

Den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes erarbeitete Hermann Jädel. Er brandmarkt zunächst, daß die kommunistischen Delegierten von Moskau angewiesen sind, den Verhandlungen alle nur möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Eine zu diesem Zweck erlassene kommunistische Instruktionsvorschrift sei im Besten des Verbandsvorstandes. Die Generalsammlung habe den besten Zweck, die kommunistischen Verbandssprenger zur Besinnung zu bringen; es müsse von ihnen verlangt werden, daß sie sich den Beschlüssen der Mehrheit fügen und nicht auf Befehl Moskaus gegen den Verband intrigieren. Es handle sich um die Herstellung der Geschlossenheit des Verbandes, um auf gewerkschaftlicher Grundlage für die Arbeiterschaft kämpfen zu können. Jädel ging dann auf die kommunistischen Vorwürfe gegen die Gewerkschaften ein und zeigte, daß die gewalttätige Konzentration des Kapitals in Verbindung mit der Wirtschaftskrise die Gewerkschaften unmöglich gemacht habe, mehr zu leisten als es geschah. Es fehle die intellektuelle Vorbereitung der Arbeiterschaft, um die Umfassung der Wirtschaft mit Erfolg betreiben zu können. Dieser geistigen Vorbereitung müsse die Arbeit des Verbandes gelten. Mit dem Generalkongress sei nichts erreicht. Alle kommunistischen Auffassungen hätten nur von Niederlage zu Niederlage geführt und die Arbeiterbewegung außerordentlich geschwächt. Der Redner streifte dann in Verbindung mit dem Reparationsproblem das Ruhr-Weinereis und verleidigte die in diesen Tagen betriebene Politik der Gewerkschaften. Weiter wandte er sich gegen den Versuch der Kommunisten, den Textilarbeiterverband der internationalen Arbeiterhilfe dienstbar zu machen; diese sei ein rein kommunistische Agitationszentrale. Den kommunistischen Zersplitterern müsse der Verbandstag zurufen: Bis hierher und nicht weiter! Es sei falsch, wenn man die Aufhebung des Achtstundentages allein dem Ermächtigungsgesetz zuschreibe. Wenn die Arbeiterschaft sich zu ihrer Kraft zurückgefunden habe, werde sie sich auch den Achtstundentag wieder holen. Dazu sei aber die Bildung einer wirklichen Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterschaft die unerlässliche Vorbedingung (lebhafter Beifall).

In der Nachmittags-Sitzung erarbeitete Otto Rehms den Rassenbericht. Darauf berichtete Feinbals über Tarif- und Lohnbewegungen. Der Textilarbeiter-Verband habe das Kämpfen keineswegs verlernt. Zwar sei man nicht auf die „revolutionäre“ Praxis der Kommunisten verfallen, sondern habe die Kämpfe auf gewerkschaftlicher Grundlage erfolgreich durchgeführt. Wenn es auch in der Inflationszeit nicht möglich gewesen sei, die Löhne reell der Geldwertverwertung anzupassen, so seien doch immerhin beachtliche Fortschritte erzielt worden. Mitte 1923 habe die kommunistische Mißarbeit im Verband eingeleitet, und von diesem Zeitpunkt an sei die Durchführung der Kämpfe ganz erheblich erschwert worden.

Konflikt im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe.

Das Vorgehen der Holzindustrie scheint nun zu einer weiteren Eskalation der Wirtschaft führen zu sollen. Das rheinisch-westfälische Holzgewerbe hat am 29. März an den Holzarbeiterverband die Aufforderung gerichtet, sich bereit zu erklären, einen Bezirksrat für Rheinland-Westfalen abzuschießen. Der Holzarbeiter-Verband hat diese Forderung abgelehnt. Auf die von Holzarbeiter-Verband nach Kündigung der bisherigen Lohnabkommen geforderte Lohnhöhe wolle sich die Unternehmer nur einlassen, wenn ein Bezirksrat geschaffen und eine zehnstündige Arbeitszeit ohne prozentualen Aufschlag anerkannt wird. Der Holzarbeiter-Verband bemühete sich vergeblich, eine Zwischeneinigung in der Arbeitszeitsfrage herbeizuführen, bis die Zentralgewerkschaften Verhandlungen zum Abschluß von Unternehmen wären. Da schließlich erhobene Lohnforderungen von den Unternehmern abgewiesen wurden, kam es in einigen Betrieben zu Arbeitseinstellungen. Die Unternehmer riefen den Schlichter an. Da sie jedoch auf dem Abschluß eines Bezirtsvertrages und auf einer Arbeitszeit von 54 Stunden bestanden, kam es nicht zu einer Verkündigung. Auch die Lohnforderungen wurden abgelehnt. Nunmehr sind die Unternehmer in Eilen und Eile dazu übergegangen, die Arbeiter auszusperrten.

Kein Streik bei der Berliner Hochbahn.

Der Verkehrsband teilt der Direktion der Hochbahngesellschaft mit, daß auf Grund eines Beschlusses der Funktionäre ein Streik der Hochbahner nicht stattfinden wird.

5000 Ausgesperrte in der westfälischen Textilindustrie.

Die Aussperrung der Webereiarbeiter im Glatbach-Meeraner Gebiet nimmt an Ausdehnung an. Zurzeit sind bereits circa 5000 Arbeiter ausgesperrt. Die Lohnweber sind nicht ausgesperrt worden, da auf der Grundlage der 48-Stundenwoche eine Einigung erzielt wurde.

Der Abbau auf Gaswert I.

Unter dieser Überschrift erschien in der Nr. 25 der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ vom Sonnabend, den 12. April d. Js., ein Artikel, welcher sich mit den Entlassungen auf dem Gaswert IV, also nicht Gaswert I, befaßte. In diesem Gebiete zeigt es sich so recht, daß die kommunistische Agitationsweise aufgebaut ist nach dem Moskauer Rezept: Man muß versuchen, die Massen mit Lügen und Beschuldigungen an uns heranzuholen und darf evtl. auch vor Lügen nicht zurückweichen, um zum Ziele zu gelangen.

Eine Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Gaswerkes IV hat sich nun mit dem Artikel beschäftigt und die Feststellungen haben ergeben, daß Lügen nur kurze Weile haben. Selbst von den anwesenden kommunistischen Kollegen wurde angegeben, daß der Redakteur, der dies geschrieben habe, ein Däne und mit den Breslauer Gemeindeverhältnissen nicht vertraut sei, da er das Gaswert IV mit Gaswert I verwechselt habe. Auch in den sonstigen Ausführungen seien so viel Böde und Entstellungen“ enthalten, daß, wenn ein Betriebsratsmitglied diesen Artikel geschrieben hätte, er ohne weiteres abgesetzt worden wäre. Kein anwesender Kommunist konnte diesen Artikel erklären, denn es mußte von dem größtenteils kommunistischen Betriebsrat zugegeben werden, daß die Gewerkschaft ihre Pflicht nicht und ganz gelan hat. Es ist es ihr gelungen, die Abfindung, welche eigentlich nur einen Wochenlohn betrug, mit Hilfe des Stadtrats Neufisch auf einen bis vier Monatslöhne heraufzubringen. Bei den Kommunisten ist das ja nur reformistische Arbeit; sie hätten es revolutionärer gemacht, indem sie offensichtlich geschäftig und dann die Arbeiter ihrem Schicksal überlassen hätten. Aber die Organisation hat eine gute Rückendeckung; denn der größtenteils kommunistische Betriebsrat hat mit dem Organisationsleiter Blaud gemeinsam die Abmachungen unterschrieben. Daher sagte die Versammlung folgende Resolution: „Die am 15. April 1924 neuernannte freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft des Gaswerkes IV stellt fest, daß in dem Artikel der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ vom 12. April d. Js. beifolgt „Der Abbau auf Gaswert I“ (richtig Gaswert IV), nur

Unrichtigkeiten und Entstellungen enthalten sind, welche gewerkschaftlich abgelehnt werden müssen.

Sie stellt fest, daß der größtenteils kommunistische Betriebsrat die volle Verantwortung für die freiwilligen Abgänge mit Abfindung, Verlegung in andere Betriebe und Pensionierungen mit trägt und die Regelung deshalb mit seiner Zustimmung erfolgt ist.“

Trotzdem einzelne scharfe Formulierungen auf Anraten der Kommunisten fallen gelassen wurden und sie keine Verteidigung für diesen Artikel unternehmen haben, im Gegenteil ihr Verhalten stimmten sie nachher gegen die Resolution. Kommunistische Inkonsequenz. Zum Schluß wurde dem Betriebsrat wegen seiner Haltung und Inaktivität das Mißtrauensvotum ausgesprochen und er zur Niederlegung seines Amtes aufgefordert.

Der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied erklärten, daß sie sich diesem Beschluß nicht fügen würden; denn er sei nur von einem Teil der Arbeiterschaft gefaßt worden. Was kümmert es ihn, nur die Interessen der gewerkschaftlich nicht organisierten Klassenbewußten Arbeiter? Aus allem diesen geht aber hervor, daß die organisierte Arbeiterschaft über die Tätigkeit der Gewerkschaften etwas anders denkt wie die SPD, und daß man wohl den besten Arbeiter gegen die Gewerkschaft ausspielen kann, aber keineswegs Klassenbewußte organisiert. Daher auch die neue Parole zu den Betriebsratswahlen, daß man keine kommunistische Gewerkschaftler, sondern in erster Linie kommunistische Parteimitglieder wählen sollte, um dadurch die praktische Gewerkschaftsarbeit zu unterminieren. Die Gewerkschaftsbewegung wird sich trotz alledem weiter entwickeln und läßt sich von Moskau keine Direktiven erteilen. Mag nur die „Schlesische Arbeiterzeitung“ die als „Schlesische Böllische Zeitung“ in der Versammlung genannt wurde, weiter solche Märchen verbreiten, in kurzer Zeit werden die Gemeindeglieder, die heute noch Leser derselben sind, weit von ihr abdrücken und werden wieder eine solche Zeitung lesen, welche die Interessen der Arbeiterschaft vertritt.

Deutscher Verkehrsband, Ortsverein Breslau.

In zwei außerordentlichen Versammlungen am 20. März und am 7. April hat sich die Mitgliedschaft Breslaus mit den Lehren des Handelshilfsarbeiterkreises und der Entlassung des Kollegen Vogel beschäftigt. Der Streik ging in der Hauptsache wegen mangelhafter Beteiligung der Berufssoldaten und mangelndem Ausharrungsvermögen der Streikenden verloren. Taktische Dinge spielen auch eine Rolle. Durch ein Mißverständnis bei der Zusammenfassung zweier Entschlüsse, die vor der Opposition (des „Kommunistischen Zells“) eingebracht waren, erzielte die wohl vorbereitete Opposition eine Mehrheit von 290 gegen 109 Stimmen. Mit 290 Stimmen wurde der Ortsverwaltung, die erst im Februar gewählt ist, das Vertrauen ausgesprochen und die Wiedereröffnung des Kollegen Vogel versagt. Die Abstimmung erfolgte zu sehr früher Stunde, nachdem die Mehrheit der schon früh zur Arbeit gehenden Kollegen die Versammlung in erheblichem Umfange bereits verlassen hatte. Kollege Stände bestritt zwar das Bestehen der Zelle, hatte aber verzeihen, daß die „Schlesische Arbeiterzeitung“ doch noch einzeln gelesen wird. In der Ausgabe vom 5. April wurden alle Kommunisten aufgefordert, für den Besuch einer Vorbesprechung am 6. April, vormittags 10 Uhr, in der „Waisenhof“ Sorge zu tragen. Dort wurden auch bereits die Tätigkeitskreise für die zu wählenden neuen Verwaltungsmittelglieder verteilt. Das Beisein der „Arbeiterzeitung“ — die im übrigen von Anfang bis zum Ende keinen anderen Gegner als die freien Gewerkschaften und die BSWP. bekämpft — zeigte uns aber auch die Ausgabe vom 10. April, in der der Berichterstatter eindeutig schreibt: „Es handelt sich gar nicht um den Streik Vogel-Sohl, sondern um die Frage, ob Reformisten oder Revolutionäre die Leitung des Verbandes haben.“ Also, wozu der Streik? Die Union der Hand- und Kopparbeiter läßt die Unorganisierten sein, wo sie sind und treibt die festgesetzten Gewerkschaften auseinander. Das ist ja schließlich auch leichter als zusammenhalten und aufzubauen.

Handelshilfsarbeiter! Verkehrsarbeiter! Ihr habt den Schaden zu tragen, wenn der Verband das Spiel gewinnt! Eure Löhne werden sich unter der Leitung dieser Bratere und Berater lenken. Seid deshalb auf der Hut und erschlagt die Zelle, ehe sie größere Bedeutung gewinnt.

Russische Sparmassnahmen. Der „Dit-Express“ meldet aus Moskau: Im Rahmen der allgemeinen Sparmassnahmen hat die Sowjetregierung beschlossen, den staatlichen Beamten und Angestellten 20 Prozent des Aprilgehaltes erst in der ersten Maiwoche auszusahlen. Ausgenommen sind dabei die Beamten und Arbeiter der Eisenbahn, der Post und alle diejenigen Arbeitnehmern, die weniger als 30 Tschetwonez-Rubel im Monat beziehen.

Arbeiter-Sport.

Rugbyball. In den Osterferien steht der Breslauer Arbeiter-Sportgemeinschaft eine sportliche Delikatesse bevor, indem es gelungen ist, den inwärtigen Fußballverein „Dynamo“ Berlin zu zwei Wettkämpfen nach hier zu verpflichten. Am 1. Osterfesttag spielt S. M. „Dit“ auf dem „Südplatz“ in Rastatt gegen Berlin und am 2. Feiertag, S. M. „Dit“ auf dem „Böschung“ der Sankt-Hofmann-Laufbahn gegen U. G. Klein-Rastatt. „Dynamo“ gelangte bekanntlich im vorigen Jahre in die Endrunde um die Bundesmeisterschaft und verlor gegen „Eintracht“ nur ganz knapp (1:0). Da die Mannschaft noch in ihrer vorjährigen Aufstellung spielt, so dürfte die Begegnung mit dem Berliner Meister interessanten Aufschluß über die Spielfähigkeit unserer Mannschaften geben. Berlin tritt in folgender Aufstellung an: Hr. Müller, Hr. Klammt, Hr. Gorch, Hr. Söllinger, Hr. Blöhm, Hr. Jalkan, Hr. Bauer, Hr. Bauer, Hr. Waigt, Hr. Bergmann, Hr. Wenzel. Beide Spiele beginnen nachmittags um 3 Uhr. Vor den Spielen Jugendspiele. Wir erwarten zahlreiche Unterstützung aller Arbeiterportler und Anhänger unserer Sache. Freie Turnerschaft Breslau, 2. Männer-Abteilung. Am ersten Osterfesttag findet im Saale des Gewerkschaftshauses eine große Sportfeier statt. Schwimmverein „Poseidon“. Alle arbeitslosen Mitglieder treffen sich am Dienstag, 3. Feiertag früh, am „Poseidonbad“ zum Ausbaden eines Waggons Holz.

Jogal - Tabletten. hervorragend bewährt bei: Gicht, Rheuma, Ischias, Herzschuß, Nerven- und Kopfschmerzen. Jogal stillt die Schmerzen und fördert die Säure im Magen. In allen Apotheken erhältlich. Best. 64,3% Acid. acetyl. salic., 0,66% Citron., 12,6% Lakt., ad 100 Amyl.

Jugend

Vom Wandern.

Die beste Bildung findet ein gefeilter Mensch auf Reisen! Wenn ein Wort Berechtigung hat, dann dieses. Aber reisen können heißt Geld und Zeit besitzen müssen. Denn wenn man sich dürftig durchschlagen soll, wenn man vielleicht körperlich entbehren muß, dann werden Auge und Herz kaum in rechter Weise empfänglich sein, selbst für die herrlichsten Umgebungen. Daher dürfte das romantische „auf große Fahrt gehen“, das Jugendliche jetzt mitunter beliebt, um wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu entfliehen, kaum nennenswerte Bildungsmöglichkeit für sie bedeuten. Und dann schilt es der Arbeiterjugend immer noch an der zum Reiten auch notwendigen Zeit. Nur kann die Herrentage, in vielen Fällen wird überhaupt noch um ihre Gewährung gekämpft, so daß „Reisen“ wohl noch auf lange Zeit ein Vorrecht besitzender Kreise sein dürfte.

Dafür tritt aber eine andere Möglichkeit an seine Stelle; die Arbeiterjugend hat sich das Wandern erworben. Die Wanderung ist ein wesentlicher Teil unserer Frühjahrs- und Sommerarbeit geworden, und ist bei rechter Ausnutzung vollkommen geeignet als hervorragendes Bildungsmittel, das der Arbeiterjugend wenigstens manche Vorteile des „Reisens“ ersetzen kann.

Jedem Einzeligen ist zunächst klar, was es für die körperliche Entwicklung besonders der Großstadtjugend bedeutet, den Sonntag in freier Luft statt in der Straßen querschneider Enge zu verbringen oder gar verräucherter Tanzsäle zu beizuhen. Bewegung regt die Brust an und zeitigt wachsende Ermüdung. Fernab von wirren Geräuschen ruhen die Nerven aus. Wohlbehörden und Frische sind das Ergebnis der Jugendwanderung für jeden Teilnehmer.

Mindestens in gleicher Weise aber wirkt das Wandern auf die Schulung des Geistes und auf die Entwicklung von Eigenschaften, die die Lebendigkeit des Einzelnen erhöhen. Freizeitszeit und Absicht der wandernden Gruppe müssen genau untergeordnet werden; das erzieht zur Pünktlichkeit. Wenn der Rückfall nicht leicht werden soll, erfordert sein Vorkauf Überlegung, und so entwickelt sich praktischer Sinn. Für alle möglichen Zufälle muß der Wanderer gerüstet sein; daher darf die Handhabung von Kadel und Zorn auch den Burschen kein Geheimnis bleiben. Auf unruhiger Wanderung heißt es seine Siebenfachen selbst in Ordnung halten und in möglichst kurzer Zeit mit den täglich notwendigen Arbeiten zu Rande kommen. Die Unbequemlichkeit der „gewöhnlichen Kleidung“ führt von selbst zu einer freien, gefunden und gewöhnlichen Bekleidung. Dies und viele kaum beachtete Kleinigkeiten werden mit dazu beitragen, den Wanderer in jeder Richtung zu bilden.

Die Arbeiterjugend kann es sich auch nicht leisten, nur um romantischer Träume willen die Großstadt zu verlassen, Heide, Gebirge, See und Wald aufzusuchen. Für uns heißt es draußen beobachten, schauen lernen. Wir müssen das Wallen der Natur verstehen lernen; die Verbundenheit des Menschen mit den Lebensbedingungen, welche ihm die Natur liefert, muß uns klar werden. Wir leben die Bedingtheit, mit der menschliche Wohn- und Arbeitsstätten, Großstadt, Industriegebiet, entstanden. Wir erkennen die engen Zusammenhänge von Natur und Menschensein in all seiner Vielgestaltigkeit. Und was uns draußen an lebendiger Anschauung erwacht, gibt uns mannigfachen Stoff zu geistiger Arbeit im Verein.

Und von wesentlicher Bedeutung wird auch die Erkenntnis, daß der Mensch sich weder körperlich noch geistig außerhalb der gesamten übrigen Natur stehend dünkeln soll. Nur wer die Verbundenheit mit allem Leben spürt, wird mehr und mehr Teil des Ganzen, brüderlich werden können. Und wenn wir das Wandern zur Pflege solcher Erkenntnis bemühen, leisten wir damit ein wichtiges Stück sozialistischer Arbeit. Wer sich ganz einsehen kann für die Arbeit, wird ein Mensch von wahrhaftiger Bildung genannt werden dürfen. Und so möge denn bei wiederbeginnender Wanderzeit unser Bestreben sein, jede Wanderung auszunutzen, um die beste Bildung als gefeilter Menschen zu finden.

R. Zimmer.

Breslauer Jugendarbeit.

Diese wenigen Zeilen sollen dazu beitragen, auch das Interesse der Eltern an unserer Jugendarbeit, das noch immer sehr vernachlässigt wird, zu fördern. Die Arbeiterjugend ist nicht nur da zu Spiel und Tanz, sondern vor allen Dingen zu erster Arbeit. Ihr Ringen, bessere Menschen zu werden, ist ihr Hauptziel. Und was wir bis jetzt in unserem Streben erreicht haben, das wollen wir sehen; selbst den kleinsten Erfolg. Dann werden wir erkennen, daß es immer weiter dem Ziele entgegengeht.

Wer unsere Jugendarbeit noch vor wenigen Jahren kannte, der weiß, daß wir unsere Heimabende in Kreisen oder in Turnhallen, im Winter bei 5 Grad Kälte verbringen mußten. In eine entsprechende Arbeit war da nicht zu denken. Jetzt hat sich alles geändert. Den Heimten stehen geeignete Klassenräume, Kinder-

horte, Zeichensäle und Aulen zur Verfügung. Ja, sogar ein eigenes Heim in Bopelwitz besitzen wir, dem sich hoffentlich bald mehrere anschließen werden! In solchen Räumen kann auch eine bessere Heimarbeit geleistet werden. Als Beispiel gilt dazu unser April-Programm in der Montagnummer der „Volkswacht“. Diskussionsabende über Fragen aus unserer Bewegung, Themen aus der Arbeiterbewegung, Vorträge über Führer der Arbeiterbewegung und Dichteraufgaben wechseln miteinander ab. Daneben gelten zur Förderung wahrer Freude Volkstanz, Brettspielaufgaben und Gesellschaftsspiele. Wanderfunktionäre gibt keine gesamte Freizeit hin, um den Heimmitgliedern die Abende so schön wie möglich auszugestalten. Dann kommt man auch nicht mehr ins Heim, um sich zu amüsieren, sondern um zu lernen. Jeder ist begierig, etwas Neues zu hören. Dann bekommen die fröhlichen Spiele und Lieder etwas ganz Besonderes und jeder findet neue Kraft und frohen Mut in seiner Gemeinschaft.

Die Funktionäre könnten auf die Dauer der Zeit die Heimabende nicht mehr so auszugestalten, wie sie es möchten, weil ihnen der Stoff dazu fehlt. Dafür stellen unsere Funktionäre Lösungen. Auch hier heißt es für die Funktionäre: aufpassen und lernen. In Form einer Arbeitsgemeinschaft, deren Leituna in den Händen Dr. von Grumbow liegt, hören wir von der wirtschaftlichen Entwicklung der Geschichte, der Entstehung des Proletariats, der Entwicklung und dem Kampfe der Arbeiterklasse, wie von diesem Kampfe Partei, Gewerkschaften- und Jugendorganisationen Beweis ablegen. Als besondere Pflicht gilt Jugendarbeit, Körperpflege, Sexualfragen (Volkstanzzeiten, Geschlechtskrankheiten, Alkohol, Nikotin usw.), unsere geistigen, sittlichen und kulturellen Aufgaben und als Schlüssel zur Jugend: unsere Stellung in der Zeit (Sozial, Politik, Partei). Es kommt uns nicht nur darauf an, den Funktionären möglichst viel zu erschließen, sondern jeder soll das Gehörte auch selbst durcharbeiten. Nach jedem Vortragsabend ist eine Besprechung, wo jeder seine Meinung äußern kann. So regt ist jedoch die Funktionärarbeit nicht. Daneben läuft noch die Organisationsarbeit (Kassierung der Beiträge, Raumnähe, Jugenarbeit mit Behörden usw.). In ihrem Gelingen hängt die gesamte Arbeit ab und sie nimmt daher die meiste Zeit in Anspruch.

Zur Ergänzung des Funktionärarbeitsplanes gelten noch die Künstlerveranstaltungen, die aber leider an der finanziellen Frage scheitern sind. Ein Volksliederabend, Märchenabend, Goethe und Schiller als Menschen, das waren die ersten vier Abende, die wir erfolgreich durchführen konnten. Lichtbilderabende zur Ergänzung der einzelnen Funktionärarabende, insbesondere ein Lichtbilderabend über Geschlechtskrankheiten, vervollständigen den Arbeitsplan bis jetzt.

Ein ebenso erfreuliches Bild wie unsere Heim- und Funktionärarbeit bietet auch die Gesamtarbeit. In den Monaten Januar/Februar beteiligte sich die Arbeiterjugend an den Volksunterhaltungsabenden der Breslauer Jugend und veranstaltete mehrere Abende in den einzelnen Stadtteilen. Dabei leistete unsere Jugendhohe Hervorragendes. Jedem wird hier Gelegenheit gegeben, seine Stimme zu hören und gute und kluge Rede unterzubringen zu lernen. Zur Pflege des Volkstanzes gilt die Volkstanzgruppe. Als besonderen Erfolg können wir hier noch die Einführung eines Volkstanzkurses verzeichnen. Die besten Tänzer eines jeden Heimes sind unter der Leitung geschulter Tänzer zusammengestellt.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Jahre unsere Agitation. Wir haben uns bemüht, keine Straßen zu bleiben. Die Eltern sollten an Hand von Beispielen unsere Heimarbeit kennen lernen. Über der Besuch ließ meistens zu wünschen übrig. Wir hoffen, daß jetzt die Eltern unsere Wohnung nicht mehr verlassen werden. Die sechs Elternabende in den verschiedenen Stadtteilen zeigten durch Lied, Tanz und Jugendspiel echte Fröhlichkeit. Anknüpfend daran fanden in jedem Heim Eltern- und Jugendveranstaltungen statt. Ein Jugendlicher sprach über „Was wir wollen.“ Lieder, Tänze und Agitationen füllten den übrigen Abend aus. Wir wollten dadurch erreichen und haben es hoffentlich auch, daß jeder Arbeitervater und jede Arbeitermutter die Vederzeugung gewinnen, daß ihre schulentlassenen Burschen und Mädels in die Arbeiterjugend gehören. Nur sie allein kann ihnen den Weg zur Schönheit erobern. Zu unserem Spiel und Tanznachmittag am Sonntag hatte uns Petrus den herrlichsten Sonnenschein geschenkt. Beim Anblick unserer fröhlichen Gesichter mußte man unwillkürlich an Goethes Worte denken:

Hier ist des Volkes wahrer Himmel,
Zurückdenk jauchzet groß und klein,
Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.

Und das wollen ja all die Burschen und Mädels, die da spielen und tanzen.

Mit dieser freudigen Zuversicht, daß es trotz alledem doch vorwärts geht, wollen wir am Donnerstag unsere Jugendwoche bejahren. Eine Stunde ersten Bestimmung soll es sein, ein Schluß, unermüdet im Kampfe auszuharren! Einmal muß doch die Menschheitsstunde am Firmament in strahlender Pracht aufstrahlen!

Frei Heil!

Jugendwandern oder „Tippeln“?

In einem Vortrage über „Jugendwandern“ tauchte in der Diskussion der Gedanke auf, daß die Wanderfahrten der Jugend eine Fortsetzung des Handwerksburschenwanderns wären. Das sogenannte „Tippeln“ oder „Walzen“ sei der Ursprung des Wanderns überhaupt. Ich glaube diese Anschauung verneinen zu müssen. Niemandem entgingen beide ganz verschiedenen Ursachen. Im Nachstehenden seien kurz die unterschiedlichen Merkmale angeführt.

Die Handwerksburschen von einst waren gezwungen, eine bestimmte Anzahl von Jahren zu wandern, wenn sie Geselle und später Meister werden wollten. Die Jünste wollten durch die Wanderjahre das Meisterwerden erlernen, und so wanderten die Gesellen von einem Meister zum anderen und waren unterwegs auf die Unterführung der Mitmenschen angewiesen. Dabei wird natürlich mancher Geselle durch das unfröhliche Leben verlost sein und ans Meisterwerden konnte er nicht mehr denken. Als Landbesitzer und Söldner findet sich mancher ehrbare Geselle wieder. Bei der späteren Industrialisierung Deutschlands wurde wiederum eine große Anzahl von Handwerkern überflüssig gemacht, die ebenfalls auf die Wandererschaft gingen, in der Hoffnung, hier oder dort bei irgend einem Meister Arbeit zu finden.

Die Ansuchen verringerten sich aber immer mehr, da die Industrie dem selbständigen Handwerk sehr bald den Garaus machte. Immer schwieriger wurde es, seinem Handwerk nachzugehen und man mußte froh sein, als Lohnarbeiter in irgend einer Fabrik aufzutauchen. Die von Zeit zu Zeit ausbrechenden Wirtschaftskrisen sorgten aber dafür, daß die Landstrichen nicht entpöppelt wurden. Das Los dieser tippelnden Handwerksburschen war nicht beneidenswert. Wenn man alle Romantik von dem Leben auf der Landstraße abstreift, entblüht sich in der Wirklichkeit ein erschütterndes Bild. Hunger, Obdachlosigkeit, Kleidungsangel, Krankheit waren die ständigen Begleiter des Tippelbruders. Er war teilweise ein futuristischer Mensch, der wohl Länder und Städte kennen lernte, aber an den Kulturwerken, die die Städte bergen konnten, achtlos vorüberging. Er suchte Ortschaften überhaupt nur auf, um seine Nahrungsbedürfnisse zu befriedigen. Diese Bedürfnislosigkeit war dem Kapitalismus willkommen, dadurch konnte er das Existenzminimum herabdrücken. Er brauchte deshalb diese „Tippelbrüder“, um den Lohn zu brüden. Es ist bezeichnend, daß mit dem Erstarken der Gewerkschaften das „Tippeln“ zurückging. Das Handwerksburschenwandern ist also zum Teil auf wirtschaftliche Not zurückzuführen. Nur ein gefühlsmäßig eingestellter Mensch kann diese Romantik schon finden. Man lese z. B. „Von einem, der ausging“, von H. Bach und denke etwas über den Wert solcher „Wanderfahrten“ nach.

Das Jugendwandern hat mit dem Tippeln nichts gemein. Es unterscheidet sich vor allen Dingen darin, daß die Jugend in ihrer Freizeit wandert, um durch die Wanderung körperliche und seelische Kräfte zu sammeln zum Kampf gegen wirtschaftliche Not. Auch unsere Romantik ist eine andere als die des Tippelbruders. Die Eintönigkeit der Heide, eine wildgeriffene Gebirgslandschaft kann von uns als schön empfunden werden. Nur darf sie nicht Endzweck unseres Wanderns sein. Wir werden Zeit und Mühe haben, uns jedes Dorf, jedes Städtchen, jede Berg- und Talrunde anzuschauen, ohne dabei immer an unjenseitigen Geldbeutel oder den knurrenden Magen denken zu müssen. Unsere Wanderungen werden so zu einem wertvollen Bildungsmittel. In allen Städtchen werden wir den mittelalterlichen Bauwerk beachten und können uns dadurch viel besser in diese Zeit zurückversetzen; Burgtürme veranschaulichen uns die Blüte und den Verfall des Rittertums. Vielleicht liest man aus den bemosten Wäldern noch die ungeheure Arbeitsleistung der leib-eigenen Bauern heraus. Aber auch technische Errungenschaften der Neuzeit erregen unsere Aufmerksamkeit, eine Turbinne, ein Elektrizitätswerk, ein Kanalbauwerk usw. Steinbrüche, Kiesgruben, Tunnelbauten lassen uns den geologischen Aufbau unserer Erde und seine Veränderung erkennen. Auch den Bildungsmuseen unserer großen Städte sollte man einen Besuch abstatten. Kurz und gut, unsere Wanderungen sollen nicht nur Romantik sein, sondern uns zu denkenden Menschen ergeben, die mit offenen Augen in die Welt sehen.

Freilich werden nicht alle Wandergruppen ihre „Fahrten“ in dem erwähnten Sinne verankern. Wir sollten aber als Arbeiterjugend immer bedenken, daß wir unsere Kräfte nicht im „Walzen“ und bloßer Romantik verzeihen dürfen. Den „Walz-“ und „Tippel“brüder in unsern Reihen sollte man dies ohne weiteres zu verstehen geben. Sie vergeuden ihre Zeit nutzlos und sind müde für unsere Arbeit wertlos.

Nun möchte aber nicht die Meinung entstehen, unsere Wanderungen sollten nur „wissenschaftlichen“ Zwecken dienen. Das wäre unangenehmlich! Die Freude, der kameradschaftliche Zusammenhalt, die Ausgelassenheit sind durchaus gelund und sollen weiter bei unseren Wanderungen zur Geltung kommen. Man hüte sich nur, bloß „Tippelbrüder“ zu werden.

J.-G.

Wald und Sonnenstrahl über die Jugend und das Wandern!*)

Sonnenstrahl:

Hi Vater Wald, so laß das Schelten,
Was schön ist, muß doch bei uns gelten.
Gib's Schönes dem, als soll's ein Bild,
Das mit der Jugend klingen geht?

Wald:

Du bist es, Keiner Sonnenstrahl,
Stehst zu den Menschen allzumal,
Weiß nicht, wie du sie loben magst —

Sonnenstrahl (einfachend):

Weshalb du, Alter, sie noch pöpst!

Wald:

Sie treiben mit aus meinem Haus
Die Kuche und den Frieden aus.
Sie kommen, machen viel Geschrei,
Sie graben Löcher, lösen Steil,
Speckstein, Sämmern, Sägen, Sprengen.
Und treiben's arg mit andern Dingen.
Sie treten meine Käfer tot
Und bringen Rauch und Dampf in Not.
Hat mal ein Knäuel bei mir gegessen,
Gib's ihm aus, wo er gelegen.
Da liegen Dreck, Konterwälder,
Papier und Sand von Kurrenweiden.
Das Holz verschmachtet und über Sämmern,
Die herbe, Magen, sagt das Wäldlein.

Sonnenstrahl:

Was Vaterchen, was halt ein,
Was geh' ich fort — der Sonnenstrahl.
Du trennst die Menschen gar zu leicht,
Du trennst ein gut Teil auseinander.

Stehst immer hier in deinem Rauchen,
Um irdisch' Dinge zu erlauchen.
Dagegen ist, muß immer wandern,
Von Land zu Land, von dir zum andern,
Seh' Welten, Städte, Menschenherden
In Liebe, Lust und hebbel's Schmerzen.
Sie müssen gar zuviel sehn leben,
Sind gar nicht wohl zu diesen Zeiten.
Wenn ich aus ewig blauen Bogen
Im hellen Glanz komme angezogen,
Du treiff ich unter finstern Dächern,
In dumpfen Räumen, eng' Gemächern,
Die Menschen bei der Arbeit an.
In Not gebunden kann an Mann.
Mir's freies Wirken, frohes Schaffen,
Ein Aufwärtsstreben, Licht eroffnen,
Ein tätiges bewußtes Leben,
Ein fröhliches Zusammenleben —
Wie würden denn die Menschen sein!
In jedem Auge Sonnenschein,
In jeder Brust gesundes Wogen,
Die Kraft, Gemeinsam zu tragen —
Ich seh' in freudlos über Leben
Die Menschen hoffnungslos sich quälen.
In kalten Winkeln ihrer Mauern
Noch immer graue Sorgen lauern.
Und manches arme Herz klagt nicht
Einmal das helle Sonnenlicht.

Wald:

Und diese Städte aufräumen,
Verges' ich Steine, Äpfel, Frühen?
Es soll mir noch ein Wandermann kommen,
Es wird ihm Sturm und Wetter kommen!

Sonnenstrahl:

Hier erst noch weiter den Bericht,
Sei freundlich, unterdeß' mich nicht.
Ich habe's schon durch viele Schichten,
Sag' Hecce, Adler, Menschentreiben.

Ich kost' ein faltig schwarz Gesicht
Und nieß dabei die Kasse nicht.
Dann macht ich einen Wertlich hell,
Da — ich mit einem Fluche schnell
Ein Mann ein graues Tuch hervor,
Beisperte mir das Eingangstor.
„Auch noch die Sonne,“ sagte er,
„Ich brauch' hier keine Sonne mehr.“
Doch halt, da schob belend und lacht
Das Fenster frei, und singt und lacht,
Ein lustig braunes Jungengesicht —
Das fluchte mir, der Sonne nicht.
Das schaut dem Licht, den Wolken nach
Aus seinem grauen Arbeitstag.
Wenn solch ein Bursche zu dir kommt,
Vielleicht auch tut, was dir nicht frommt,
Wenn er im Fremdestreife geht,
Der jubeln läßt kein Wandervieh,
Das dir ein wenig lärmvoll klingt,
Weil jeder halt mit — Indrunt' singt —
Sag', mußt du da nicht lücheln lachen,
Sagst wenn sie irdisch' Dinge machen?
In diesem Jungvolk lebt die Kraft,
Die neue Sonnenmenschen schafft.
Die starr in ihrem Tagewert stehen
Und halt im freien Lichte gehen.
Die schon in diesen trüben Tagen
Das Haupt so fest und mutig tragen,
Die lauern uns ganz anders an
Als jener arme Arbeitsmann.
In Sturzentand und Gipfelmühen,
In Bier, Tabak, Konterwäldern
Hat diese Jugend kein Freude,
Da wend' dich nur an andre Leute.
Die Jugend kann auch nicht zerören,
Was bei dir ist, sie muß es ehren.
Denn deine Blumen, Büsche, Räume
Sind alle voller Jugendträume.

*) Das G. N. B. Jugendwerk, „Epikurisches Gedicht“

Familien-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Am Mittwoch, den 16. April, 18 Uhr abends, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Bolscharker Oskar Pluntke** im Alter von 21 1/2 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 5613 Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau. Beerdigung: Montag, den 21. April, 4 1/2 Uhr, von der Kapelle St. Barbara nach dem Friedhof in Cosel.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 17. April verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Tischler Paul Mährländer** im Alter von 63 Jahren. 5614 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau. Beerdigung: Dienstag, 3 1/2 Uhr, von der Halle 2 des Ostwitzer Friedhofes.

Am Dienstag verstarb die Ehefrau unseres Mitgliedes **Frau Koller**
Klara Koller.
Ein ehrendes Andenken wahren ihr Die Mitglieder der Schärpenkasse Gaswerk Dürrgoy. Beerdigung: Sonntag, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Laurentiusfriedhofes, Auenstr. 3178.

Pflichtlich und unerwartet starb am 16. April die Frau unseres Kollegen **Waldemar Lutz**
Eilfriede Lutz geb. Glück
im Alter von 28 Jahren. Ihr Andenken werden in Ehren halten Die Mitglieder der Unterabteilung der Kassenschmiede L. H. L. Beerdigung: Sonntag, den 19. April, nachmittags 1/2 2 Uhr, von der Leichenhalle des Paulus-Friedhofes in Cosel. 3120

Städtische Handelsschulen in Breslau.
Wahlfreie Aufnahme. Dauer 1/2 Jahr. 5 1/2 Uhr nachmittags bis 9 1/2 Uhr abends. Beginn der Kurse am Donnerstag, den 1. Mai. Im Hinblick auf den großen Andrang wird baldige Anmeldung empfohlen. Auskünfte und Anmeldungen bei dem Direktor, Taschenstr. 23, 1. Stock. Der Magistrat.

Sonntag, 20. April, vormittags 9 1/2 Uhr
Erbaung
in der Vortragshalle der **Monistischen Gemeinde** (Freireligiöse Gemeinde) Grünstraße 14/16 Sprecher: P. Dittich
Thema: „Auferstehung.“

+ Bruchleidende +
erzielen Heilung durch guttunende Bandagen. Unsere gesch. federlosen Bandagen bei allen Bruchleiden, Vorfällen, Hängelisten bewährt. Maßanfertigung mit Garantieschein! Kostenlose Beratung täglich 9-11 und 2-4 Uhr. Spezialinstitut für orthop. Bandagen
Dr. Blaauw & Opel
Breslau, Fürstenstraße 93.
Bei schriftl. Anfragen Rückporto u. Angabe d. Leidens.

Bekanntmachung.

Am 24. April dieses Jahres, vormittags 9 Uhr, wird die Güterabfertigung Breslau-Ost unabhängigig Güter, darunter Sachen des täglich. Gebrauchs, Maschinenteile, Eisen, Stahl- und Holzwaren aller Art, Kleiderwagen, Kleider, Wäsche, Stroh, Leinwand, Lumpen, Gummiwaren, Sägeleimwand, Klein-Holzwaren, Wäschebretter, Tische, Stühle, Schüsseln und 1 Stück leicht mehrliebend gegen sofortige Bezahlung veräußert. Breslau, 8. April 1924. Eisenbahn-Geschäftsamt.

Damen Schneiderin
Bittet um Kundenschaft!
Gellerstraße 3, 1. Etage, rechts.

Erfinder
Gedankenblitze - Erwerbungsgegenstand. Patentsache. G. H. H. Patent-Ing. H. H. Breslau, Polenerstr. 55.

Wer leicht strebt, Beamtet
2000 M.
zum Bau eines Häuschens. Nur vom Selbstgeber. Offert. unt. St. 364 Exp. d. Volksz.

Achtung, Gewerbetreibende!
Dangl, Buchhalt. Übern. sämtl. Buchführungsarb. und Erleb. von Steuerfachen. Auch ausw. Radon, Bromnitr. 36. 3117

Stottern
Dauerheilung! Ganz neues inneres Verfahren. Erfolgr. bei allen Stottern. Sprachl. Prof. G. Nückel, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgerstraße 18.

Wohlfühl-Veränderung
Ihre Behandlung System ohne Operation. Von Dr. Franz Menzel, Breslau II, Abt. 5, Gleitschneise 5.

Bandwurm
Spul- u. Madenwürmer entgeg. d. Körper die best. Mittel, die den Wurm abtöten, ohne schmerzhaft zu wirken. Von Dr. Franz Menzel, Breslau II, Abt. 5, Gleitschneise 5.

Bandwurm
Spul- u. Madenwürmer entgeg. d. Körper die best. Mittel, die den Wurm abtöten, ohne schmerzhaft zu wirken. Von Dr. Franz Menzel, Breslau II, Abt. 5, Gleitschneise 5.

Bandwurm
Spul- u. Madenwürmer entgeg. d. Körper die best. Mittel, die den Wurm abtöten, ohne schmerzhaft zu wirken. Von Dr. Franz Menzel, Breslau II, Abt. 5, Gleitschneise 5.

Bandwurm
Spul- u. Madenwürmer entgeg. d. Körper die best. Mittel, die den Wurm abtöten, ohne schmerzhaft zu wirken. Von Dr. Franz Menzel, Breslau II, Abt. 5, Gleitschneise 5.

Herren-Mäntel
Anzüge 2971
Solen, Breches neue Schuhe Arbeiter-Schuhe und Stiefel verkauft billig Sentral-Leibhaus Bruno Grundmann, Klotterstr. 28, I.

Seelig's
Kandierte Korn-Kaffee
Der Arbeiter zieht aus ihm die Kraft zu emsiger Arbeit, und seine Familie erhält durch ihn das feinste Kaffee-Getränk.

Moderne Anzüge
schon von 20 M. an kaufen Sie nur bei Fabrikanten nur 2976
Tauenhienstr. 93 (Baden) Der weiteste Weg lohnt.

Möbel
Schlaf-, Speisest.- u. Wohnzimm.-Küchen auf **Kredit**
auch Einricht.-Gegenstände, Schränke, Vertikals, Bettstellen etc. zu billigsten Preisen.
Karsunky & Co.
Rosenthalstraße 2, Ecke Matthiasstraße. 3574

Wiederverkäufer
finden geeignete Bezugswaren aller Art in dem Hochst. „Der Globus“, Nürnberg, Maxfeldstraße 25. Probekunden kostenlos. 911

Fahrrad
gummi, Fahrräder, elektrisch, Fahrradlampen verkauft billig
Geler, 674
Fahrradhandlung Freiburgerstraße 16 Ecke Graupenstraße.

Wohlfühl-Veränderung
Ihre Behandlung System ohne Operation. Von Dr. Franz Menzel, Breslau II, Abt. 5, Gleitschneise 5.

Wohlfühl-Veränderung
Ihre Behandlung System ohne Operation. Von Dr. Franz Menzel, Breslau II, Abt. 5, Gleitschneise 5.

Verkäufe
Promenaden- u. Klappwagen verkauft Schmittner Straße 15, II, 91.

Herren-Rad
Damen-Rad hochlegant, sportlich mit Garantie ver. Pohl, Größbäcker Str. 62.

Herren-Rad
Damen-Rad hochlegant, sportlich mit Garantie ver. Pohl, Größbäcker Str. 62.

Herren-Rad
Damen-Rad hochlegant, sportlich mit Garantie ver. Pohl, Größbäcker Str. 62.

Herren-Rad
Damen-Rad hochlegant, sportlich mit Garantie ver. Pohl, Größbäcker Str. 62.

Herren-Rad
Damen-Rad hochlegant, sportlich mit Garantie ver. Pohl, Größbäcker Str. 62.

Guter Lebensmittelgeschäft
mit und ohne B.-L. auch preisw. vert. Meier, Dübener Straße 33/34.

Kleine Anzeigen
sind komprom. gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkauften, Kaufgesuchen u. nur von Privat. Wort 1 Pfg. seit 2 Pfennige

Wohnungen
Seller Raum f. d. Tischlerwerkstatt geegnet, evtl. in Wohnung, f. sofort geegnet. Off. u. St. 131 an Ang.-Exp. Tischler, Breslau I.

Wohnungen
Seller Raum f. d. Tischlerwerkstatt geegnet, evtl. in Wohnung, f. sofort geegnet. Off. u. St. 131 an Ang.-Exp. Tischler, Breslau I.

Wohnungen
Seller Raum f. d. Tischlerwerkstatt geegnet, evtl. in Wohnung, f. sofort geegnet. Off. u. St. 131 an Ang.-Exp. Tischler, Breslau I.

Wohnungen
Seller Raum f. d. Tischlerwerkstatt geegnet, evtl. in Wohnung, f. sofort geegnet. Off. u. St. 131 an Ang.-Exp. Tischler, Breslau I.

Wohnungsaustausch
Biete: Großes 2-Zim.-Zimmer, gr. h. Küche, Nähe Oberbahnhof, gr. 2-Zim.-Zimmer, gr. Kabinett, helle Küche, neu renov. Krümelstraße, 2 2-Zim.-Zimmer, h. Küche, neu renov. Stadler Straße, mehrere 1- und 2-Zimmer-Wohn., möbl. mit und ohne Kücheneinrichtung. 3111
Sache: 1-2 Zimmerwohn. m. Küche, Nähe St. Laurentius-Weg, 2-Zimmerwohn. m. Küche, Nähe Waldenstraße, 2-Zimmerwohn. m. Küche, Entree, Nähe Grünstraße, 1-2 leere Zimmer für Interniererei, Nähe Grünstraße, Wohnungen bei Verzug nach auswärts; gewerbli. Räume; Geschäftsfloors mit und ohne Wohnung. Anzugsgew. bewilligt u. Ueberentlohn. Wohnungsvermittlungsgesellschaft. Büro für Miets- und Wohnungsangelegenheiten, Beschlagnahmen, Verpachtung, Tausch, Botalung. F. Lux, Sternstraße 4, I. Etg. 10-12, 3-8 Uhr.

Wohnungsaustausch
Biete: Großes 2-Zim.-Zimmer, gr. h. Küche, Nähe Oberbahnhof, gr. 2-Zim.-Zimmer, gr. Kabinett, helle Küche, neu renov. Krümelstraße, 2 2-Zim.-Zimmer, h. Küche, neu renov. Stadler Straße, mehrere 1- und 2-Zimmer-Wohn., möbl. mit und ohne Kücheneinrichtung. 3111
Sache: 1-2 Zimmerwohn. m. Küche, Nähe St. Laurentius-Weg, 2-Zimmerwohn. m. Küche, Nähe Waldenstraße, 2-Zimmerwohn. m. Küche, Entree, Nähe Grünstraße, 1-2 leere Zimmer für Interniererei, Nähe Grünstraße, Wohnungen bei Verzug nach auswärts; gewerbli. Räume; Geschäftsfloors mit und ohne Wohnung. Anzugsgew. bewilligt u. Ueberentlohn. Wohnungsvermittlungsgesellschaft. Büro für Miets- und Wohnungsangelegenheiten, Beschlagnahmen, Verpachtung, Tausch, Botalung. F. Lux, Sternstraße 4, I. Etg. 10-12, 3-8 Uhr.

VERGRÖßERUNGEN
nach jeder Photographie in Schwarz, Braun, Aquarell, Öl, Pastell, Gravüren liefert erstklassig u. billig
VOKA A.G.
BRESLAU 8 Nikolaisr. 65/68.

Bitte bei allen Einfäuren stets die Interenten unterer Zeitung zu berücksichtigen.

Strickjaden 3112
Sportjaden, Strickjaden etc., für Seebad, Gebirge, Promenade f. gr. Ausw. u. einfacht. b. j. feinst. Gewe. postbillich. Kein Laden, u. Fabrikatager, keine Spesen.
G. Fromm, Breslau, Grenzkstraße 1, III.

Ausschneiden für die nächste Mußestunde!
Preisausschreiben für Hausfrauen.
Lösungen werden nur bis 5. Mai d. J. angenommen.
Die Verlosung findet unter Mitwirkung eines Notars am 10. Mai statt.

a a a a a, b, e e, h h, l l, m m, o o o o, p p p p, r r, t t.

Diese 28 Buchstaben sind so zusammenzustellen, daß sie 8 Wörter ergeben. Die Wörter bedeuten: 1. weiblichen Vornamen. 2. Stadt in Italien. 3. Edelstein. 4. Familienoberhaupt. 5. Bezeichnung für Berge. 6. männlichen Vornamen. 7. Neger. 8. Versteher eines Klosters.

Die Anfangsbuchstaben dieser Wörter von oben nach unten und die Endbuchstaben von unten nach oben gelesen, müssen das Wort „Tropalma“ ergeben.

Die Lösung ist auf einen Zettel niederzuschreiben und mit der deutlichen Adresse der Absenderin zu versehen. „Ein Original-Tropalma-Etikett ist beizulegen.“ Das Ganze ist als Brief mit der Aufschrift

„Preisausschreiben“
An die Deutsche Speisefabrik-Aktiengesellschaft, Schweidnitz i. Schl., einzusenden.

Wir stiften insgesamt 100 wertvolle Preise, die unter den Einsenderinnen der richtigen Lösungen, die obigen Bedingungen entsprechen, unter Ausschluß des Rechtsweges verlost werden.

- Preis: Kompl. hochfeine weiß-schwarz lackierte Küchen-Einrichtung, bestehend aus Herd, Tisch, Stühlen, Spülisch mit Zinkblechablagen, Küchenschrank, Wasserbank, Handtuchhalter, 22 teill. Garnitur und Gasbackofen (oder Kochmaschine nach Wahl).
- Preis: Ein Patent-Grudeherd mit Wellblechföderung.
- Preis: Ein schwarzwälder „Wellner“ Besteckkasten (Inhalt 48 Teile — je 12 Messer, Gabeln, ELFEL, Kaffeelöffel).
- Preis: Ein schwarzsilbernes 5teil. handgearb. Kaffeeservice, oder ein massiv silberner Brotkorb (nach Wahl).
- Preis: Eine dreiwälzige Hausmangel.
- Preis: Eine John'sche Waschmaschine.
- Preis: Zwei reichgeschliffene Salatschüsseln aus Bleikristall mit echtem Silbervergold.
- Preis: Ein schwarzvergoldenes Kaffeeservice mit Zuckersauge.
- Preis: Ein Dutzend massiv silberne Kaffeelöffel.
- Preis: Ein Gaskochherd mit Backofen.
- Preis: Zehn hochfeine 22 teilige Küchengeräte.
- Preis: Zehn Patent-Brotbackmaschinen.
- Preis: Zehn Fleischmühlen, Größe 3.
- Preis: Zehn vollwertige Satz Alu... ..
- Preis: Zehn große Waschkörbe.
- Preis: Zehn Wandhaarbürsten.
- Preis: Zehn Kartoffeldämpfer.
- Preis: Zehn Duzend Glaskeller mit großem Kuchenteller.
- Preis: Zehn Petroleumlampen.

Außerdem erhält jede Preisrätigin eine Preisbesand „Tropalma“. Sämtliche Preise gelangen sofort nach der Verlosung zum Versand. Die Einsenderinnen von richtigen Lösungen, die nicht mit einem Preise bedacht werden konnten, erhalten als Trostpreis eine Preisbesand „Tropalma“, ein schwarzweißes, garantiert reines Kuchenteller zum Ersten, Backen und Kochen, ist in 1 und 1/2 Pfg.-Tafeln überall zu haben.

Fabriklager und Alleinvertriebung bei der Firma: K. A. Oehl, Breslau 23, Georgenstraße 18. Fernsprecher: Ring 9644.

Kapital steht sofort zur Verfügung!

Wortbeständig!

Deutscher Begräbnis-Versicherungsverein
(Sitz Berlin)

unter **Reichsaufsicht**

Die Geschäftsstellen:

Georg Delate, Lehmdamm 7.
Joh. Bitter, Inh.: Ed. Straube, Friedrich-Wilhelm-Straße 99.
Reinhold Erbe, Graben 10.
verm. C. Meymann, Inh.: Max Caspary, Kiosterstraße 93.
Hans Heidenreich, Bismarckstraße 23.
A. Köhler, Inh.: Hermann Mahn, Bohrauer Straße 21.
Richard Mann, Kiosterstraße 35.
Oskar Schoenow verm. H. Köschel, Matthiasstraße 22.
Thiemann Nachfolger, Inh.: E. Müller, Matthiasstraße 124.
Dieter, Inh.: Wilhelm Schneider, zur Schulbrücke 56, Ecke Kupfer-schmiedestraße.

Fußball-Wettspiel. Alemannia-Berlin (Norddeutscher Verbandsmeister)

Sonntag, den 20. April (1. Osterfeiertag), nachmittags 3 Uhr:
S. V. Süd — Alemannia-Berlin

Sportplatz Krietern.
 Straßenbahn-Linie 2 (Südpark).

Montag, den 21. April (2. Osterfeiertag), nachmittags 3 Uhr:

V. f. L. - Breslau — Alemannia-Berlin

Linke-Hofmann-Lauchhammer-Sportplatz (Kl. Modbern).
 Zugverbindung ab Freiburger Bahnhof. Straßenbahn-Linien 5 und 6.

Volksstümliche Eintrittspreise.

Stadttheater.
 Sonnabend abend 7 1/2 Uhr:
Karelle von Nymwegen.
 Sonntag nachmittag 6 Uhr:
Parfüm.
 Montag nachmittag 3 Uhr:
Catmen.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Figaros Hochzeit.
 Dienstag abend 7 Uhr:
Tannhäuser.

Opernhaus.
 Spezialvorführung. Tel. Ring 2543
 Heute und täglich 8 Uhr:
Die Ballkönigin.
 Sonntag und Montag
 nachmittags 3 1/2 Uhr:
Wä d i.
 Mittwoch und Freitag 8 Uhr:
Wä d i.

Opernhaus.
 Tel. Ring 6700
 Heute 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Ein Sommeradelsroman
 von William Shakespears.
 Musik von
 Felix v. Mendelssohn.
 Sonntag, den 20. 8 Uhr.
 u. Montag, d. 21., 8 Uhr:
Ein Sommeradelsroman
 von William Shakespears.
 Musik von
 Felix v. Mendelssohn.

Viktoria-Theater
 Ab Sonnabend
 täglich 8 Uhr:
Die „neue“
Revue:
Breslau —
das ist was
für dich!
20 Bilder
Volksstümliche
Eintrittspreise
50, 80 Pl., 1.-,
1.20, 1.50 Mk. und
höher.
 Näheres Anschlag-
 989
 eäulen.

Dominikaner!!!
 4 und 8 Uhr: 5609
Das große
Festtags-Programm.
 Neu: Berlin bleibt Berlin.
 Auf Wunsch: Die reizende Kath.
 Walter Adreha, Die alte Nudel.
 Walter Köhler, Sächsische Ranzene.
 Dir. Leo. Charles Richardo

Fledermaus-

 Ohlauer Stadtgraben 21.

Fledermaus-

 Ohlauer Stadtgraben 21.

Täglich 4 1/2 Uhr
 An den drei Feiertagen ab 3 Uhr:
Das phänomenale Oster-Programm!
2 sensationelle Erstaufführungen 2

Im flammenden Schacht
 Ein gewaltiger amerikanischer Sensationsfilm in 5 Akten mit
Priszilla Dean
 Ferner: **Die Tochter des Marquis von Chester**
 Abenteurer-Sittenfilm in 5 Akten

Wir bitten dringend darum,
 an den Osterfeiertagen die Nachmittags-
 Vorstellungen bevorzugen zu wollen.

Fledermaus-

 Ohlauer Stadtgraben 21.

Fledermaus-

 Ohlauer Stadtgraben 21.

Feiertags - Veranstaltungen
 im
Gewerkschaftshause.

1. Feiertag
 vormittags 11 Uhr:
Große Matinee
 Eintritt frei im Saale. Eintritt frei!

Nachmittags 4 Uhr:
Konzert und turnerische
Aufführungen
 im großen Saale.
Künstler-Konzert
 im Restaurationslokale.

2. Feiertag:
Großer Festball
 in beiden Sälen.
 im Restaurationslokale
Künstler-Konzert.

3. Feiertag:
Festball
 im großen Saale. 5659

Wir wünschen unseren zahlreichen „P. T.“-Besuchern ein frohes und gesundes Fest und bieten nachstehendes

erstklassiges Oster-Fest-Programm!
 Täglich 4 1/4, 6 1/4, 8 1/4 Uhr. (Saalplatz Mk. 0.60, 0.90, 1.20)
 Uraufführung für Schlesien!

Olaf Fjord zwei Menschen
 Der Hauptdarsteller aus
 in dem tiefgreifenden Drama aus den Höhen und Tiefen
 des menschlichen Lebens.

Das Schicksal des Thomas Balt!
 5 gewaltige Akte nach dem
 weltberühmten Roman
 Bearbeitet von Ad. Schtrockauer und Fr. Seitz.

Der Weg zu Gott.

Bilder von berauschernder Pracht und Schönheit aus dem Bergesgaden Land und den Alpen. Eines der schönsten und wertvollsten Filmwerke, welches jemals über eine Film-Bühne ging.

In den weiteren Hauptrollen:
Eduard v. Winterstein, Wilhelm Diegelmann, Paul Biensfeld, Agnes Straub, Maria Mindszenty, Ferdinand Martini.

Dazu: Das bekannt gute Belprogramm.

Verleih: Bayernfilms-München-Breslau

Henkner's Festsäle * Morgen
 Sonntag, den 20. April (1. Osterfeiertag):
Vokal-Konzert
 des M.-G.-V. „Krona“ (Breslauer Korarbeiter)
 Leitung: Herr Seiffert. 3125
 Eintritt pro Person 0.60 Mk. Kinder die Hälfte.
 Anfang 5 Uhr.
 Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Freitag u. Sonnabend, 25. u. 26. April, 86rzo
Leo Erichsen
 über 5610
Grenziragen des Uebersinnlichen
 Karten 4,- bis 1,- Mk., Halbzener u. Abendkasse

Die Volksschule als Einheitschule
 Von Dr. Max Apel.
 Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
 sowie von sämtlichen Kolporturen entgegengenommen.

Fahrräder (beste Fabrikate),
Zubehörteile (nur gute Qualitäten).
S. Berger & Co.,
 Altstädterstraße 27. 2629

Atrocollin
Kampfen
Pulver
 Fabrikant
 MORGEN-APOTHEKE, BRESLAU 1

Schallplatten
Bergmann
 Karlsplatz 1, II. Etage
Spezialgeschäft — Tauschzentrale
 Schallplatten Mk 1.20, 2.- u. 2.80.
 Neueste Aufnahmen stets vorrätig.
 Tausch auch jede spielbare Platte in eine andere
 bei Zuzahlung von 20 Pfg.

Rundschiff-Nähmaschinen,
 mit Garantie von 25—78 Mk. zu fert.
Singer-Schneidemaschine 78 Mk.
3 Fahrräder, tadellos, 38—55 Mk.
Wenzlers, Mechanikermeister
 Nur Gräbischerer Straße 45.

Karl Kautsky
Rasse und Judentum
 Statt 1 Mk. nur 50 Pf. (zuswärts 10 Pf. Porto).
 Wichtiges Material zur Frage des Antisemitismus!
Volksrecht-Buchhandlung (Moderne Antisemit)
 BRESLAU III, Neue Gräbenstraße 5.

Gardinen
 Bettdecken
 Bettwäsche
 Inletts, Handtücher
Bettfedern
 Wanduhren
 Taschenuhren
Trauringe
 verkauft billig
 Zentral-Reihhaus
 Bruno Grundmann,
 Klosterstr. 28, I.

Beliebteste
 Kauf, Verkauf von
 Brillanten, Gold u. s.
 und Wertes jeder Art
 Felix Sonnenfeld
 Bresl. Eing. Nr. 151
 Ohlauerstr. 151

Möbel
 zu billigen Preisen
 r. Kasse.
 Teilzahlung gestattet.
F. Dawid
 Friedrich-
 Wilhelm-Straße 9, I.
 Eingang Wachtplatz.

Alle Frauen
 wenden sich an
Frau A. Gebauer
 Breslau 6 V, Deffauerstr. 11.
 Ede Friedrich-Wilhelmstr. 10.

Rennen Sie
 Apotheker Haber's
Radiumsalze
 und Radiumpräpar.
 in ihrer wunderbaren Wir-
 kung bei Nerven, Pflücken,
 Hautunreinigkeiten jeder
 Art? Zu haben in der
 Apotheken- und Drogerien-
 geschäften.

Uffallend billig!
Kinderräder,
Klavirwagen,
**Kinderspiel-
 Bettstellen**
Leiter- und
Koffertwagen,
Reisekörbe
 Kinderwagenhaus
 Friedrich-Wilhelmstraße 17.

Geschenke
 können Sie von mir 200
 bis 1000 la Zigaretten
 bekommen u. noch mehr
 für mittellose Gefällig-
 keiten! Bestellen Sie zur
 Probe 200 la rein oriani.
 Zigaretten zum 4.- u.
 Nachn. u. verlangen Sie
 zugleich Prospekt über
 obiges Geschäfte Tabak-
 vere. Elsenz, Stuttgart 41
 Schloßstraße 57 B.

Wagertoll
 Schöne volle Körperform
 durch unsere orient. Kraft-
 pflanz (für Damen prächt-
 volle Büste) preisgekrönt mit
 gold. Medaille u. Ehrenpl.
 In kurzer Zeit große Ge-
 wichtszun. 25 Jahre weiblich.
 Garant ungeschäd. Herzlich
 empfohlen. Stenzl reell.
 Viele Dankschreiben. Preis
 100 Pfg. (100 Stück) 2.75
 Porto extra. Postamt, ober
 Nachn. Dr. Franz Stöcker
 & Co., G. m. b. H., Berlin
 W. 39/390. In Breslau zu
 haben in der Reichardt-
 Apotheke, Ring 44. 974

Kräutergon
 bewährte
 unauflösl. mild, ungesch.
 Zucker u. fette Bestandteile
 Nachschmerz-Apoplekt., Ring
 Auch Versand.

Bergkeller Klefischkastraße 33.
 Inh.: Fritz Hoffmann.
 2. und 3. Oster-Feiertag:
Großer öffentlicher Tanz
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
 Wozu ergebenst einladet Der Wirt.

Druckerei Volkswacht
 Breslau 2
 Gluckstraße 47/8

Unterhaltung

Die Göttin aus dem Osten.

Von Rolf Gustaf Haebler.

Als Herbert Mach zu dem großen Kongress fuhr, der in einer der schönsten Städte Deutschlands tagte, und auf dem er sprechen sollte als einer der Deutschen, welche die Hand der Welle der Zeit haben und um die Schicksale und Witterungen dieser Tage wissen, war ihm längst die tiefe Stimmung, mit der er zugehört hatte, verflüchtigt, und eine müde Welle stand auf seiner Stirn.

„Ich bin müde, meinte er zu sich, müde des vieler Herberber und Hülberberber, der großen Worte und kleinen Taten, die im Rahmen dieser Tage zerrinnen wie trockener Sand zwischen den Fingern; und er überlegte, ob er nicht einen, irgendeinen anderen Menschen von den vielen bitten sollte, an seiner Stelle zu sprechen.“

„Aber als er ausstieg und plötzlich in dem Trübel festlicher Beute stand, Menschen, die, deren Antlitz ihm Erinnerung gab an schöne Stunden, die die neu waren, und in deren Augen sie ihm eine Freude war, und als diese nicht lärmende, wohl aber froh bewegte und herzliche Freundlichkeit einer irgendeiner vordem gemeinsamen Innerlichkeit, eines Verbundenheits in Stimmung, geistiger Haltung und Willens ihm überströmte: da war die saure und abwehrende Trübung seines Geistes rasch bezwungen. Er lebte auf, wurde froh und lebhaft wie viele, seine Bewegungen sprangen rascher aus dem Brustkorb, der Körper ward mehr und mehr Instrument, auf dem zu spielen, eine heitere und beschwingte Melodie, ihm inneres Vergnügen bereite. Sein Geist löste sich aus den Hemmungen eines schweren Blutes, das von Trübsinn und Schwermut zuweilen dunkler gefärbt schien. Und als er broden stand, festlich, in krasser Zucht des Geistes, das dunkle Haar leicht sprühend, und sein Auge über eine unruhige Menge ging, die zu bändigen in der Richtung seiner Ziele ihm stets eine tolle Wollust erschien, ein Reiter, der ohne Sporen und Geißel, nur mit dem Willen kräftiger Kraft das Tier Masse kändelte und leitete, da krönte über ihm die lange vergebene Fröhslichkeit eines unmittelbaren Lebens; Befehl bezauberte ihn leicht, lockerte die Fugen seiner misstrauischen Zurückhaltung, die das Leben jedem einpreist, den Schicksal in eine vordere Stellung wana. Eine strahlende Helligkeit war plötzlich in ihm, eine Bewandtheit, ein Helligkeit der Seele über schönen Menschenlandschaften, jenes herrliche Vogelstein, das dem geistlichen Menschen kaum ist, taufendmal schöner als die Befreiungen der Schwere, die aus der Luft heißer Sonne über Menschen kühlen. Und es geschah das Seltsame, als man sich noch zusammenfand zu schließlichen Reigen, und längerer Zeit und Melodie die Menschen auseinander wana; Herbert Mach, der viel seinen Jahren kaum mehr und im Grunde unwillig getarnt hatte, er erlebte nun Freude an dem schönen Dahingehen über glatten Boden, an der lehen und unerschütterten Bewegung des Körpers und an dem engen Schützen des anderen Menschen, irgendeines Mädchens oder einer Frau, die ihm gleichgültig waren, nur Instrument, Mittelgang seiner frohen Entzückung. Als er, im Dahinschleudern durch festliche Menge, plötzlich vor jener inebigen Göttin stand, deren Statue er so sehr liebte. Er hatte einst, in einer verzweifelter Stunde, in einem Buch über östliche Kunst das Bildnis einer Göttin über irgendeiner Marmor, einer Lieblingsfrau oder irgendeines Weibes jener märchenhaften Welt gefunden; kurz, in jener Stunde, da er unruhig war und voller Sehnsucht, da hatte ihm jenes Bild einen Trost gebracht; wie eine weiche, lebende Hand war es über die zerwühlten Faltten seines Gesichtes gestreift und hatte ihn beruhigt. Und siehe da: nun, mitten im Trübel dieser schönen Stadt, stand sie da, die braunen Augen ruhte über der frohen Menge, die hohen Augenbrauen in jenem wunderbaren Bogen gezogen, in dem so viel Erstaunen liegt und rätselhaftes Schweben, die dunklen Haare ein wenig aufgestrichelt, ein tiefer Schatten über der runden, hohen, glatten Stirn, der Mund schön und schmal gezeichnet, ein ganzer, sein wenig starker die Backenfalten betont in den Wangen, und dann der schlante Hals, die schlanken Hände, ihre Farbe war ein mattes Weiß wie von altem Ebenholz. . . .

Herbert Mach, der ja alle kannte in diesem Saal, ging auf sie zu; nein, er wäre nicht erstarkt gewesen, wenn sie ihm in einem liebenden Klang geantwortet hätte, er hielt in diesem Augenblick alles für möglich; aber sie sprach ein klares Deutsch. Sie tanzten zusammen; sie war — das schien eigentlich festlich — fast so groß wie er; eine schlante, schmale Frau; ihr Tanz aber von einer fließenden Ruhe, mehr ein sanftes Schreiten denn ein Schwingen in irgendeiner Melodie. Das Merkwürdigste aber sah ihm: seit er mit ihr zusammen war, hatte sich ihm jene jorgolische Heiterkeit und sein ein klein wenig lustiges Wesen gelöst und war ihm entfallen, kühl, unbemerkt, wie ein seidenes Tuch vom Nacken einer schlanken Frau. Eine große Stille war nun in ihm. Die Menschen und die Dinge ringsumher glitten wie Schatten an den Wänden hin, sie hoben sich und sanken, sie wurden unmerklich, zerfloßen in einem Nebel, durch den man nichts deutlich erkennen konnte. Herbert Mach hatte plötzlich alle Lust an lauter Fröhslichkeit verloren; er empfand einen wehen Mühsang in all der heiteren Ausgelassenheit ringsumher. Sie gingen in den Park. Er lag buntel, in sommerlicher Tiefe, blau und schwefelgarn. Zwischen den Büschen durch schimmerten die festlichen Lichter des Saales, und zwischen Klang ein Stück Musik herüber. Sie wanderten durch die Nacht, langsam, ohne viel zu sprechen. Das Blut sang keine Melodie, es war eine fremde Weise, in hohen Bögen glitt sie wie eine Barke über den heiligen Fluß. Irrend was das Tor. Irrend was fanden sie einen Wagen. Er trug sie in mäßigem Gelingen aus dem Tal zur Höhe. Es war schon so, unter ihnen stand die Stadt, die vielen Lichter, die Türme, die Dächer, die Menschen; all der erragte, taumelnde Irrgang dieser Zeit kam mit ihnen in die Tiefe. Was bleibt noch? Ein wunderbares Schweben, still alimenes Wissen um die selige Ruhe einer großen Mühsamkeit. . . .

„Das Haus lag hoch oben am Hang über dem großen Fluß. Herbert hegob sich auf die Terrasse und wartete. Eine hohe tote Lampe glühte matt in die Nacht hinaus. Es war schon, so dachte er, nach all dem erragten Treiben nichts als ein stiller Natur, das atmet und lebt und nichts mehr will. Als die Göttin kam, das sie ein weiches, fallendes Gewand von östlichem Schnitt. Sie bewegte sich auf dem Divan, in dem grünen Schatten der hohen Säulen. Das alles ist wie ein Traum, vielleicht ist es auch nur ein Traum, dachte Herbert. Höchste Wirklichkeit ist in nur dort, wo Leben und Traum in eines zusammenfließen, ein Spiel Gottes. . . . Das alles ist wie, irgendeine Erfüllung, ganz er keise, eine Bewandtheit. Als ich hierherfuhr, war ich müde und wäre mir nichts umgegangen; und als ich hier war, und die Menschen um mich und all das Frohe und Schöne und Zukunftsichere: wie lebte ich auf und ließ mich gerne tragen in diesem Strom. Und nun da es da nicht mehr wahr, die Mühsamkeit und das Sittliche, sie ist nur wie ein dunkler und heller Schatten aus einem Sein, das einmal war, gestern, vorgelesen. . . .“

„Wir sind stets Manderer zwischen gestern und morgen“, antwortete die Göttin. „Wahrheit ist nur das Heute, der Pulsschlag des Seins, das unendlich Gegenwärtige, das keine Zeit und keinen Raum kennt. Und aller Irrtum ruht darin, daß ihr Menschen meint, das Ewigkeitige sei heute noch wahr und weil ihr an euren Willen glaubt, der das Kommende sein will. Nur wer stets sich lebt, in jedem Augenblick sein tiefstes Ich, stets Bewusstheit ist zwischen Gott und Tier, stets darum weiß, daß sein Ich nur wahrhaft lebendig ist, wenn er sich löst von der Schwere des Gestern und der Hast nach dem Morgen, nur der . . . ist in Wahrheit seinen Gott. . . .“

„Ich? Was ist mein Ich, mein tiefstes, abgrundtiefes Ich?“ fragte Herbert nach einem Schweben. Seine Stimme klang flüsternd, eine stille Frage, die aus den Schleier heben will von den Geheimnissen des Lebens.

In der Tiefe stimmten die Lichter der Stadt, Sterne, die niedergebückt waren ins Tal, Funken, die sich spiegelten im dunkeln Schweben eines Abgrundes. . . . o, es war schön, in dieses Schweben eine Frage zu werfen wie einen Stein, der Kreise zog im Wasser, wunderbare Ringe um das Ewig, das Bewegung und Kraft und Anstöß war und nun ruht irgendwo in der schwarzen Tiefe. . . . Und die Göttin erhob sich leise, wie ein Kieselstein eines großen festlichen Bogens war das Aussehen ihres Kleides, und nahm seinen Kopf in ihre schlanken Hände und sprach: „Ich — bin — Du. . . .“



Ostern.

Von Karl Henckell.

Und wir schritten durch Schleier, und jeder sah Wie blind der Erde Gesicht, Und wieder hob sich auf Golgatha Im Nebel das blutige Bild.

Und wieder bebte der Erde Grund, Versank die Lichtwelt in Nacht, Und die Liebe neigte sich todessund Und sprach: „Es ist vollbracht!“

O, die wir gewandelt in Dunkelheit Und gelitten in Kreuz und Not, Wir hungern nach wahrer Gerechtigkeit Und dürsten nach neuem Gebot.

Wir recken die schaffenden Hände zum Licht Für unser Leben und Land, Und aus dem Schoße der Himmel bricht Ein Strahl, der die Finsternis bannet.

Wir schöpfen die Himmel, wir schöpfen den Strahl Aus des eigenen Volkes Schoß, Und wir erzeugen in Krampf und Qual Der Menschheit schöneres Los.

Und wir schreiten in stählender Rüste Wehn Durch der kreisenden Erde Gesicht — Und das blutende Leben muß aufstehen In der Zukunft geläutertem Bild.

Aus dem „Buch des Kampfes“ (Verlag von J. Michael Müller in München.)



Rüsttag.

Von Max Ed-Troll.

Jede Bewegung, die die Masse aus Dunkelheit dem Licht zuführen will, muß den Lebensweg von Beklammern über Gefühlsame nach Golgatha nehmen, wenn sie die ewige Auferstehung feiern will.

Ohne Stationen des Lebens gibt es keine Aufwärtsentwicklung. Ohne Reaktion keinen Fortschritt. Ohne die barbarischen, neorömischen Christenverfolgungen wären die Lehren der Nächstenliebe nie so rasch voran geschritten. Und es ist nicht die Schuld der ersten Christen, wenn ihr Wort von ihnen Nachfolgern durch Reherzintoleranz und Scheiterhaufenentaktit gesäubert wurde. Ohne Sozialistengeist hätte der sozialistische Gedanke nie so schnell das Millionenherd der Proletariat zu seiner heutigen, alles übertragenden Nachstellung emporgehoben.

Ohne die größte Reaktion, die die Menschheit seit Jahrhunderten erleben mußte, ohne den furchtbaren Männer mordenden Weltkrieg wäre der monarchistische Gedanke nie so schnell besichtigt worden, wie wir es in der Novemberrevolution von 1918 erleben durften.

Noch sind wir mitten drin in der Passionszeit. Viel Leid und Rückschläge müssen wir noch erdulden, wenn wir Ostern feiern wollen.

Das darf und soll uns nicht entmutigen. Noch leben und wirken zwar die Pharisäer von gestern und suchen einen neuen Judas Ischariot, der für lumpige Silberlinge oder kappilischer Eigenneut das Volk von neuem verraten soll. Ihr pathologischer Ehrgeiz führt die Zeit der Protektion zurück in der sie Fenster und Wänden und Macht in ihrem kleinen Klügel verteilten und despotisch über das Volk unbeschränkten herrschen konnten. Das kümmerliche ist das Wohl und Wehe der Masse, wenn sie nur ihre Erfolge und ihre volksausbeutenden Privilegien haben. Sie tragen wie Josef von Ägypten einen bunten Hof und dünken sich besser als ihre Brüder.

Diese Pharisäer aber gelte das Wort von Karl Marx: „Der Staat ist ein zu erstes Ding, um zu einer Farbeinade gemacht zu werden. Man könnte vielleicht ein Schiff voll Narren eine gute Weile vor dem Winde treiben lassen, aber keinem Schiffaltrieb es entgegen ehen darum, weil die Narren dies nicht glauben. Dieses Schiffal ist die „Revoluzion“.“

Der Rapp-Lupenort genügt der Generalfzeit, um das Narrenschiff zu gescheitern.

Und wir haben die Stümer und Dränger, Fanatiker und Wunschbelesenen mitten in den Reihen jenerer Brüder, die da glücken in einer Nacht durch das Mittel der Gewalt die Menschheit und ihre Lebensbedingungen so umformen zu können, wie sie es und wie wir es wünschen.

Wer die Gesichte aller Umwälzungen kennt, weiß, daß Gewalt Macht gibt. Nur die Macht kann dauernden Bestand haben, die sich von der Mehrheit des Volkes getragen weiß.

Der Weg zu diesem Ziele ist nicht mehr allzu fern, wenn wir statt in Selbsterlösung in Einigkeit marschieren.

Unsere Masse ist die des Geistes und der Erleuchtung. Nicht an Helle wollen wir durch unermüdliche Aufklärungsarbeit jeder an seinem Posten und zu ihrem Teile in die Röpfe tragen, die Religion der Gemeinschaft in die Herzen empflanzen, um so durch nimmer raufende Erziehung den Ungeist des Eigenmutes aus Herz und Hirn hinauszutreiben. Nicht dürfen wir die Hände müßig in den Schoß legen.

Je mehr wir in uns arbeiten, desto größer wird unser Einfluß auf die uns Umstehenden.

Sozialist sein verpflichtet. Verpflichtet zu stetigem Siefortbilden, verpflichtet zu innerlichem Erleben, im Geiste brüderlicher Gemeinschaft, zu Harmonie von Seele, Geist und Tat.

Dann erst sind wir fern von fanatischen und sektulischen Grundtönen, nach denen der Zweck die Mittel heiligen soll. Sind fern von joidlicher Gewaltpolitik, da unser Verstand uns den Gebanten eingibt, daß eine Gesellschaftsform nur Bestand haben wird, wenn die Mehrheit von ihrer Notwendigkeit durchdrungen ist.

Noch ist unsere Passionszeit nicht ganz überwunden. Doch neigt die Karwoche ihrem Ende zu.

Und überlegen wir das Wort Kar nicht mit den alten Dogmatikern, mit Fasten oder Buße, sondern mit Martin Luther nach dem altheutischen Kara oder Gara, also mit Rüsttag, dann ist uns Sozialisten das Programm für die nächste Zeit gegeben.

Rüsten wir uns für die kommenden Kämpfe. Geilisch und geistlich.

Tragen wir den Geist und Sinn des „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, fern allem Mystizismus in alle Herzen. So bewirken wir den Boden für die Auferstehung des Proletariats vor.

Ohne Arbeit, ohne Einsatz keine Frucht. Ohne Rüsttag . . . ohne Karfreitag . . . kein Osterfest.

Lord Byron.

(Zu seinem 100. Todestage am 19. April.)

Am 19. April 1823 starb George Byron in Missolonghi in Griechenland, in dürftigem Krankenzimmer, von weinenden Freunden und Bedienten umgeben. Aus seinem Vaterlande hatten ihm Verleumdungen und Gehässigkeit vertrieben, und heute noch liegen die Gebirge eines der größten englischen Dichter an der Küste einer Dorfkirche und nicht im Westminster, dem englischen Pantheon.

Nach einer freudlosen Jugend sollte oberflächliche Bildung den jungen Menschen für die damalige Gesellschaft reif machen. Durch seine Mündigkeit überreich geworden, bereist er Europa, bis nach Griechenland, wo er bereist seine Augen schlüßeln sollte. Auf diez Reise entsteht das Epos „Childe Harold's Pilgerfahrt“, dessen Stoff der ältesten englischen Geschichte entnommen ist, ein Werk voll poetischen Feuers, in edlem Stil, mit einer ändernden und prägnanten Sprache. Mit einem Schlage ist er berühmt: ganz London umjubelt den jungen Poeten. Er verbringt zeitweise gerades im gesellschaftlichen Trübel wie später sein Leidensgenosse Ostar Wilde, bis das Unglück in Gestalt der Amabel Milbank über ihn hereinbricht. Er heiratet diese Frau, doch bei der Geburt seiner Tochter, da verläßt sie ihn plötzlich, gibt Bekannten als Grund dieses Schrittes die „unnatürliche“ Liebe des Gatten an, und nun entläßt sich über dem Haupte des bisher so Gefeierten das ganze heuerliche Pharisäertum der Gesellschaft; sie wendet sich ostentativ von ihm ab, seine zahllosen Schuldner werden plötzlich dringend und unerbittlich, und der Dichter, der inzwischen wieder mehrere feingegütige und bildhaft eindrucksvolle Gedichte veröffentlicht hat, verläßt resigniert das Land seiner Väter, um ruhelos in der Ferne, in den Ländern des Mittelmeeres, umherzuwandern.

Das „Blau Italien“ nimmt ihn gästelich auf. Venedig, Neapel, Livorno, Florenz, Turin — sein flüchtiger Fuß weilt überall nur kurze Spanne Zeit; wieder taucht er unter in den Genuss des mondänen Lebens, Wein, Musik führen ihn seinen überhäufenden Leidenschaften zu; in den Stunden der Besinnung kommt weiche und müde Trauer über ihn, ausströmend in neue epische und dramatische Gedichte, in den „Don Juan“, den „Kain“, den „Manfred“ — und schließlich, wie Faust Erlösung in der Tat jugend, stellt er sich dem englischen Komitee für das damals um seine Freiheit kämpfende Griechenland zur Verfügung und begibt sich auf den Kriegsschauplatz. Vier Monate hat er dort nur noch zugebracht, bis ihn der Tod, 37jährig, hinrafft.

Byron ist der klassische Dichter des Weltkummerzes. Seine Gedichte sind die Emanationen einer empfindlichen, trotzdem aber heroisch unerschütterten Natur, die gegen die eigenen Besessenheiten und gegen die Widrigkeiten der Umgebung kämpft, ohne die Kraft zu ihrer Überwindung aufbringen zu können. Goethe hat ihn begeistert begrüßt und in der Gestalt des Euphorion im zweiten Teile des „Faust“ verehrt, und die Schar seiner Nachahmer und Epigonen auch in Deutschland ist Legion gewesen. Byrons künstlerischer Zug war sehr praktisches Mitgefühl mit Bedrängten und Unterdrückten, für die er gelegentlich auch im englischen Parlament mannhaft eingetreten ist, und so wie er ist wohl noch nie ein Mensch von seinen Bedienten geliebt worden. 3.

Die armenische Volksdichtung.

Von Zeno Surenjan.

In der Kulturgeschichte des armenischen Volkes gehört seine urwüchsige, populäre Poesie von einer durchaus ausgeprägten Eigenart. Die älteste Periode dieser Dichtung reicht bis in das Mittelalter zurück und ist überaus reichhaltig. Leider sind bis jetzt nur einige Fragmente herausgegeben worden aus der Fülle einer durchaus origineller lyrischer Produktion, die, ungeachtet des Umstandes, daß Armenien infolge seiner geographischen Lage in sehr engen Beziehungen zu Persien stand, zumal einige Jahrhunderte lang von arabischen Herrschern regiert war, ihren nationalen Charakter bewahrte und eine stark christlich-religiöse Farbe aufweist. Die armenische Volksdichtung besteht aus Liebesliedern, aus Lobgesängen auf die Braut und Herzlichkeit der orientalischen Natur, aus Kantielen, aus Chroniken, die über zeitgenössische Begebenheiten in Versform berichten. Die Heldensagen des Freiheitkämpfers, dann der Märtyrertod von Huzarjan, die ihres Christentums wegen gefoltert worden waren, ferner Sinnräusche, Einwürfe von allerlei kirchlichen Gebieten, alles mit einem vorherrschenden lyrischen Grundton, sind herumziehender Volksdichtern belungen worden. Minnelänger hat es auch in Armenien sehr viele gegeben, in jener fernem, märchenbewingten Zeit, wo noch das Volk sich seiner Freiheit langweil und lebhaft erfreute. Schimmernde Holzgemäuer, künstliche Schiffe, die rasige Weiber heberbesigen, wo kein Schatten der Betrübtheit die Dialektfreude zu verdrängen wagte.

Das Lied des Huzarjan ist ein sehr populäres Volkslied in Armenien und wird seiner Schlichtheit von kleinen nichtlichen Kindern durchgehallt. Das Wort der Poesie ist folgendes: Ein junges Mädchen hat in früher Morgenstunde am Seeufer und flüster sorgfältig ihr schönes, üppiges Haar. Möglich, ge-

Seidel's

**Zwieback
Kette und
Schokoladen-**

Desserts

Sollten auf keinem Kaffee-
oder Teetisch fehlen

Erfülltlich in fast allen Konfekt- und Kolonial-
waren-Geschäften, sowie in den
Verkaufsstellen des Breslauer Konsum-Verelns

Münsterberger Konserven-
und Nahrungsmittel-Fabrik
Carl Seidel & Co.
Münsterberg i. Schles.

Berücksichtigt unsere Inferenten!

Mode ne

Sprechapparate
von größter Tonschönheit
— silberneueste —

Schallplatten
in größter Auswahl

Violinen :: Laufen
Mandolinen :: Zithern etc.
vom Guten das Beste
zu mäßigen Preisen

im
Musik-Haus Melzer
BRESLAU
Friedrich-Wilhelm-Straße 36
Tel. Ring 7181 Ecke Dessauerstr. Tel. Ring 7181

Riesen-Auswahl! Auffallend billige Preise!



Kinderwagen

Puppenwagen
Korbmöbel 2060
Kinderbettstellen
B. Suchanke
14 Ohlauer Straße 14

Der große

Bazar

Albert Marcus

Ring 51/52 parterre u. 1. Etage Ring 51/52

Meine

Spezial-Abteilungen

- Geschenkartikel**
Die reichste Auswahl, der beste Geschmack
- Wirtschaftswaren**
Emaille, Steingut, Porzellan, Glas etc.
- Lederwaren**
Damentaschen, Aktentaschen, Reisetaschen, Koffer, nur gute Qualitäten bekannt billigste Preise.
- Spielwaren**
Puppen aller Art, Kinderspiele Sportwagen

In jeder Abteilung
bleibt es das Beste in großer Aus-
wahl zu billigsten Preisen.

Der große Bazar

Albert Marcus

Ring 51/52 Ring 51/52

12



DIE REEMTSMA-CIGARETTE CAVALLA

BRINGT DURCH EIN BESONDERES
MISCHUNGSVERHÄLTNISS DIE GANZE
RASSE REINER CAVALLA-TABAKE ZUR
AUSWIRKUNG, VOR ALLEM DAS SÜSSE
UND VOLLE AROMA, DAS DIESE EDLEN
TABAKE AUS SICH HERAUS ENTWICKELN
KÖNNEN.

REEMTSMA A.-G.
ALTONA-BAHRENFELD



Reinigung und Instand-
setzung von Frühjahrs-
Garderoben aller Art

W. Kelling

Färbererei und chem. Reinigung
Läden in allen Stadtteilen

Feinwäscherei, Gardinen-
wäscherei mit neuesten
- Maschinen ausgerüstet -

Bürgerliches Brauhaus Breslau A.-G.

Hubenstraße 44/48 Anruf Ring 1583
empfiehlt seine wohlschmeckenden und
bekömmlichen Biere

Seemann & Herrstadt

BRESLAU, Karlstraße 12 Telefon: Ohle 8303 und 9507

Strumpfwaren-, Handschuhe-, Trikotagen- und Wollwaren-Großhandlung

Gebr. Adler, Likörfabrik

Breslau Brockau
Ausschankstellen in allen Stadtteilen
Fabrik: Taschenstraße 16/17

Goldenkranz & Grüntfeld

Strumpfwaren
Wollwaren
u. Trikotagen

Engros Breslau
Schloßplatz 7 Karlstraße 30

A. Bielschowsky

Inhaber: K. Grzik
Modעהaus Breslau Hauptgeschäft: Ohlauer Straße 35
Filialen: Schmiedebrücke 29a
Taschenstraße 3/4

S. Beyer Nachf.

Ohlauer Straße 60/61
Gegründet 1892
Spezial-Geschäft für Glas, Porzellan
:: Haus- und Wirtschaftsartikel ::

Geschäftliche Rundschau

Ohne Gewähr	Verkehr: Breslau-Deutsch-Lissa												Musterzahlen	
Breslau Hbf. ab	616	232											855	1130
Breslau Freibg. Bhf. . . . ab	1248	520	W603	W1285	148		8	260	W408	545	8643	8	741	**1142
Deutsch-Lissa an	12	551	641	708	100	310	241	315	430	610	701	808	910	1185
Deutsch-Lissa-Breslau														
Deutsch-Lissa ab	330	W442	W603	W711	801	1019	W115	216	8	838	450	W407	W603	8
Breslau Freibg. Bhf. . . . an	513	629	786				186	341	354		522	700	814	850
Breslau Hbf. an	414					824	1042				613			822
* bis 31. März. ** ab 1. April. 3 Mal bis Ende Oktober täglich, November bis Ende April wochentags.														

Kaufhaus Lieblichshöhe

Taschenstraße 13/15
Strumpfwaren - Trikotagen - Herrenartikel
Stets sehr preiswerte Angebote.

Schuhhaus Josef Gruschka

Neue Taschenstraße 6
Stets reichhaltiges Lager in sämtlichen
Schuhwaren zu billigen kalkulierten Preisen.

Konfektions-Watte

für Schneiderei, Kürschnerel
:: Steppdecken etc. ::
liefert

Eduard Langer & Co.
BRESLAU, Rosenstraße 25
Abt.: Waffelfabrik Fernspr. Ohle 1533 u. 790

Gebrüder Markus G.m.b.H.

Abteilung I: Königstraße 11. Trikotagen :: Strumpf- u. Wollwaren
Abteilung II: Karlsstraße 1. Baumwollwaren :: Textilwaren

B. Pohl

Kakao + Schokoladen
und Zuckerwaren

Geschw. Trautner Nachf.

Breslau A.-G. Ring 46/50
Kleider - Blusen - Röcke - Strickwaren - Kleiderstoffe
in Wolle, Seide und Baumwolle - Handschuhe - Strümpfe
Wollwaren - Bänder - Kurzwaren und sämtliche Schneider-Artikel

Louis Cohn Jr. Nfg.

Schweidnitzer Straße 34/35
Spezialhaus für Blusen, Kleider, Röcke
Täglich Eingang v. Neuheiten / Größte Auswahl
Besichtigung ohne Kaufzwang



**AKTIENGESELLSCHAFT
FÜR WEGWAREN UND BEKLEIDUNG**
BRESLAU + BERLIN

Julius Ruben

Bekleidung für Herren und Knaben
fertig und nach Maß zu billigsten Tagespreisen.
Frankfurter Straße 60/63 (am Bahnhof Nikolaitor).

Schlesische Aktiengesellschaft für Häute und Felle

Breslau I, Lange Gasse 22. Tel. Ring 101, 702, 804
Häute, Felle, Bauchweilen, Haare

Oldawer & Zerkowski, Herrenkleiderfabrik

Breslau I, Schweidnitzer Straße 29, III.

**SPORTGERÄTE
SPORTBEKLEIDUNG**
in größter Auswahl zu billigsten Preisen
Herman Schönberg
Sport und Mode

Schweidnitzer
Straße 21

Pa. argentinisches Gefrierfleisch!

Zur Hebung des Fleischkonsums und Preisregulierung auf dem Inlandsmarkt bringt die **Carnis G.m.b.H., Breslau-Schlachthof** seit längerer Zeit

Gefrier-Rind-, Hammel- und Schweinefleisch

blutfrisch, vom besten Viehslage der Welt, in den Konsum.



Das Gefrierfleisch ist im Geschmack nicht von frischem Fleisch zu unterscheiden.

Das Gefrierfleisch hat einen höheren Nährwert, weil beim Einfrieren ein Teil des wertlosen Wassergehaltes verdunstet und danach die Nährstoffe in stärkerer Konzentration zurückbleiben.



Das Gefrierfleisch unterliegt sorgfältigster tierärztlicher Untersuchung und hygienischer Behandlung.

Gefrierfleisch ist billiger

und ist in Breslau in folgenden Fleischereien zu haben:

Gefrierfleisch-Verkaufshalle: Markthalle Gartenstraße

Gefrierfleisch-Verkaufshalle: Markthalle Ritterplatz

Fleischermstr. **M. Bräuer**, Schießwenderstr. 30
Paul Koch, Kronprinzenstr. 78
Adolf Mücke, Gneisenauplatz
F. Vogt, Friedr.-Wilhelm-Str. 79
A. Weiß, Holkestr. 13

Fleischermstr. **R. Heiduck**, Schweitzerstr. 4
J. Langner, Tauentzienstr. 180
F. Sperlich, Brüderstr. 21
H. Wandel, Augustastr. 87
H. Winkler, Brigittenal 3

Sonderangebot für Fleischer: **Frisch geschlachtete prima holländische Speckschweine.**



Herbi-Virginia

die preiswerte aromatische 2-Pfennig-Zigarette, hergestellt aus den feinsten Virginia-Tabaken, die selbst den Ansprüchen der vorwichtigsten Virginia-Raucher genügt.

2

Herbi A.-G. Zigarettenfabrik, Magdeburg

Schränke Vertilos
 Betten, komplette
 Küchen, Sofas
 Chaiselongues
 komplette Schlafzimmer
 komplette Speisezimmer
 liefert direkt an Private
 zu billigen Preisen
 Möbelverleihhaus
Joh. Botta
 Bismarckstraße 20.
 Acht Ecken — Fabrikhaus

Tapeten Hutschränke Hutschrankkappe
W. Hnilischka
 Tapetenhaus
 Drosselstraße 7a
 Tel. Ohle 562

Metallbetten
 Stahlmatt., Rinderbetten
 dir. an Priv. Katalog 64 k frei
 Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

HALT!

Alles wieder eingetroffen auf Schallplatten und Noten
Ich bring dich um die Ecke

Muß. — Halt dich fest. — Wahre Liebe. — Bananen. — Ich hab' ein Stückchen. — Wenn du nicht kannst. — Wenn ich dich seh'. — Am Pipa, am Pipa, am Potsdamer Platz. — Die Mittel von Java. — Ich sag nicht ja. — Schatz, wozu hast du ein Himmelbett. — Mittel vom Rhein. — Wo hast du die blauen Augen her? — Im blauen Beck. — Ich möchte einmal. — Mariotta, Kleopatra usw.
 Sprechapparate, gut spielend, schon von 15 Mk. an.
 Schallplatten 1,50, 1,80, 2,50, 3,30 Mk.
 Pathé-Platten 2,50 Mk.
 Mandolinen von 9,50, Gitarren 18, Lesion 21.
 Violinen kompl. 15, Zithern 5, Ziehharmonikas 5 Mk. an. Formaktionen, Notenpulte usw.
 Alles zu herabgesetzten Preisen soweit Vorrat.
Franz Heppner, Musikwaren
 Breslau IX, Scheitniger Str. 32. Tel. Ohle 8503.

Grubenholz-Großhandlung

Vereinigte Holzindustrie Akt.-Ges.
 BRESLAU 13 * Kaiser-Wilhelm-Str. 100/102
 Telefon Ring No. 7482, 7483, 7484, 7485

Dampfsäge-, Hobel- und Spaltwerke

Brauerei Zum großen Meerschiff
 Inh.: E. Vogel
 Reuschestraße Nr. 28

Luch Lager Cart Korte
 Herrenstoffe
 Verkaufsstellen:
 Herrenstraße 7, Tauentzienstraße 2, Matthiassstraße 62
 Poststraße 3, Vorwerkstraße 43
 Damen-Kostüm- u. Mantelstoffe, feinste blaue u. schwarze
 Tuche, Kammgarn und Cheviots, Homespuns, Covercoat,
 Marengo, Wetterloden, Manchester

Damenhüte
 geschmackvoll — preiswert
M. Tichauer Reuschestraße 47
 an gros — en détail
 größtes Spezialhaus für Damenputz

Meisner's Edelliköre
 werden überall bevorzugt.
Gottard Meisner G. m. b. H., Breslau I
 Poststraße 3.

Ball, Bromberger & Co. Breslau I
 Schweidnitzer Str. 31 Hosenfabrik Fernspr.: Amt Ohle 278
 Spezialität: Breeches.
 Größte Auswahl Lagerbesuch stets lohnend

S. Matzdorff
 BRESLAU 3, Gräbachersstr. 14,
 dicht am Sonnenplatz.
 Damen-, Herren-, Kinder-Wäsche in be-
 kanntester Ausführung, sowie Strümpfe,
 Trikotasen, Schürzen.
 — Eigene Weißbüherei —



Geschäftliche Rundschau
 Vorortverkehr: Breslau Hbf. — Kattorn

Ohne Gewähr	Muslerschutz
Breslau Hbf. . . . ab	W1218 426 502 W538 633 W745 843 W1090 W1135 1218 130 140 233 337 445 539 W648 618 715 921 1100
Brockau an	1226 435 512 547 642 734 853 1068 1144 1227 130 149 241 346 454 548 627 696 724 931 1100
Kattorn an	1234 444 550 632 802 901 1128 157 249 356 503 704 724 939
Kattorn — Breslau Hbf.	
Kattorn ab	442 W606 717 W812 921 114 228 305 500 539 813 1082
Brockau ab	456 545 614 728 734 830 931 1041 W1159 122 239 W223 313 431 509 547 821 1013 1041
Breslau Hbf. an	503 534 623 735 743 828 929 1050 1298 131 245 282 322 440 518 559 820 1022 1050

Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“, Breslau
 Hauptgeschäft: Bohrauer Straße 2, an der Teichstraße
 Filialen: Schmiedebüchse 19, rechts vom Ringe aus
 N. Schweidn. Str. 5a, rechts v. d. Gartenstr. aus
 Billigste und beste Bezugsquelle für Seefische,
 Fischwaren, Räucherwaren, Salzheringe
 Größtes Fischgeschäft des Ostens

Gebr. Rosenthal
 Herrenkleiderfabrik
 Reuschestraße 51, Niepoldshof

Friedmann, Riesenfeld & Co.
 Tauentzienstraße 55 Tabakwaren-Großhandlung Nähe Hauptbahnhof
 Spezialität: Beste u. billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer — Spezialmarke: „Friedrico“

Kaiser-Lichtspiele
 Neue Schweidnitzer Straße 19
 Mäßige Preise
 Ständig Vorführung erstklassiger Programme mit Ia Musikbegleitung

Benno Freund
 Reuschestr. 34, I. Tel. Ring 4062. Gegr. 1899
 Strumpf-Fabrik
 Trikotasen — Handschuhe — Strickgarne

Albert Gutsche :: Lederhandlung
 Breslau, Reuschestraße 29/31. Telefon Ohle 2949.
 Gummi-Absätze — Schuhbedarfs-Artikel — en gros, en détail
 Filialen: Gräbachers Straße 19/21, Klosterstraße 2, Holkestraße 14, Bohrauer Straße 27

Abramsohn & Lippstadt
 Herrenkleiderfabrik
 Breslau 1, Reuschestraße 20/21
 Fernsprecher Ring 9018 * Telegramm-Adresse: A.lib.

L. & J. Offner
 Mikalitzstraße 68a — Telefon Ohle 8038
 Tuch-Großhandlung

Badrian & Cohn
 Baumwollwaren und Kleiderstoffe
 Breslau 1, Schindels 6 und Karlestraße 3 :: Fernsprecher Amt Ohle 214

Max Guttman A.-G.
 REUSCHESTRASSE 51
 Futterstoffe :: Knöpfe :: Seiden
 Großhandel :: Einzelverkauf

Georg Nathan
 Webwaren-Großhandlung
 Spez.: Kleiderstoffe
 Karlestraße 28 — Geuppenstraße 34

Wiener & Schneller
 Neue Schweidnitzer Straße 6 :: Tel. Ring 4997 a. 6097
 Holzgroßhandlung
 Dampfsäge- u. Hobelwerke
 Spezialität:
 Hobelwerke u. Rahnspand nach schwed. Art bearbeitet

J. Traumann
 Breslau I — Karlestraße 27
 Gegr. 1886
 Textil-, Kurz- und Wollwaren — en gros

Dresel & Adler
 Kupferschmiedestr. 7 & Telefon Ohle 9056
 Herren- u. Knabenkleiderfabrik
 Spezialität: Größen 1—12